



**4. ALTERNATIVER
HOCHSCHULTAG
(11. MÄRZ 1995)**

TEXTE ZUR HOCHSCHULPOLITIK

Herausgegeben von Werner Bramke

Heft 1

ISBN 3-929994-33-X

© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e.V.
Sternwartenstraße 31
D-04103 Leipzig

Redaktion: Giesela Neuhaus
Korrektur: Ursula Albert
Satz: Giesela Neuhaus
Umschlaggestaltung: Hans Rossmann
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

1	Vorwort	5
2	Torsten Bultmann: Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler	7
3	Markus Gunkel: Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet	13
4	Barbara Höll: Frauen in der Wissenschaft	19
5	Astrid Franzke: Frauen unter Hochschulgesetzen	23
6	Rainer Rilling: Mit der Datenautobahn in den Elfenbeinturm?	35
7	Peter Döge und Brigitte Fenner: Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik	41
8	Peer Pasternack: Die Zusammenführung der Defizite Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus	57
9	Siegfried Kiel: Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneuerung	65

10	Ludwig Elm: Aufarbeitung von Vergangenem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen	71
11	Werner Bramke: Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz	81
12	Uwe Hirschfeld: Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven	89
13	Werner Grahn: Hochschulen und Staat in Thüringen	99
14	Andreas Trunschke: Brandenburgische Hochschulreförmchen in der Krise	103
15	Autoren dieses Heftes	115
16	Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V.	117

Vorwort

Mit dem Protokollband zum 4. Alternativen Hochschultag der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt wird eine weitere Publikationsreihe des Rosa-Luxemburg-Vereins eröffnet, die »Texte zur Hochschulpolitik«.

Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der Rosa-Luxemburg-Verein hatten als Veranstalter für den 11. März 1995 zum 4. Alternativen Hochschultag nach Leipzig eingeladen. Zur Diskussion standen die Thesen des BdWi »Hochschule als gesellschaftliches Risiko«, die Umgestaltung der ostdeutschen Hochschullandschaft sowie Ziele und erste Erfahrungen einer Novellierung der Hochschulgesetze in Ostdeutschland. Mehr als 50 Teilnehmer aus Bonn, Marburg, Rosenheim, Berlin, Potsdam, Erfurt und anderen Universitätsstädten Sachsens und Sachsen-Anhalts waren der Einladung gefolgt. Die nunmehr vorliegenden 13 Diskussionsbeiträge widerspiegeln die interessante, teils auch kontroverse Diskussion, die auch Themen wie Frauen in der Wissenschaft und sozial-ökologische Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik einschloß. Daß die meisten Diskussionsbeiträge nunmehr in überarbeiteter Fassung vorliegen, ermöglicht einen noch deutlicheren Eindruck der Intentionen ihrer Verfasser.

Die »Texte zur Hochschulpolitik« sollen in unregelmäßiger Folge fortgesetzt werden. Beiträge sind jederzeit erwünscht. Als Adresse für einen hochschulpolitischen Diskurs, der Diskussionsrunden, Publikationen und andere Formen des Meinungs-austausches beinhalten kann, steht das Hochschulpolitische Zentrum 04103 Leipzig, Sternwartenstraße 29. Es wurde am 9. Juni 1995 eröffnet und soll zu einer Stätte der Begegnung für alle werden, die sich über Wissenschaftsfragen und Hochschulpolitik austauschen möchten. Wir würden uns freuen, wenn das Interesse, das unser Treffpunkt bisher gefunden hat, anhält und wenn wir weitere Anregungen für eine interessante Arbeit erhalten.

Werner Bramke, Giesela Neuhaus

TORSTEN BULTMANN

Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko«* des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

I.

Wir gehen von zwei Prämissen aus. *Erstens*: Die globalen ökologischen Risiken stehen in einem sehr engen Verursachungszusammenhang mit dem vorherrschenden wissenschaftlich-technischen Zivilisationstyp in den kapitalistischen Industriestaaten. Das Hochschulsystem hat dabei eine prägende Funktion für das dominierende Verständnis von Wissenschaft und Technik. Dieser Zivilisationstyp ist a) nicht zukunftsfähig und b) nicht global verallgemeinerbar. Beide Aussagen (a und b) sind mittlerweile eine Binsenweisheit, haben aber – merkwürdigerweise – in die hochschulpolitische Reformdiskussion noch kaum Eingang gefunden.

Zweitens: Es ist immer mehr Wissenschaft erforderlich, um die im sozialen und ökologischen Sinne negativen Folgen zeitlich vorangegangener *angewandter* Wissenschaft zu erkennen und zu beseitigen. Oder frei nach Egon Becker: Die Reflexionsfähigkeit auf die Folgen von Wissenschaft sinkt umgekehrt proportional zur technokratischen Innovationsfähigkeit mit Hilfe von Wissenschaft. Kurz: Je mehr wir wissen, umso weniger wissen wir!¹

* Hochschule als gesellschaftliches Risiko. Thesen des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) anlässlich einer hochschulpolitischen Arbeitstagung am 2./3.12.1994 in Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Torsten Bultmann und Peter Döge. (Im folgenden: Hochschule als gesellschaftliches Risiko. Thesen des BdWi.) Gekürzte Fassung in: Forum Wissenschaft 12(1995)1. S. 77–80.

1 Siehe Egon Becker/Peter Wehling: Risiko Wissenschaft – ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Hochschule. Frankfurt am Main 1993.

Deswegen sollte in einer problemorientierten Hochschulreformdiskussion der methodische Zweifel auch prinzipiell auf den Gegenstand derselben ausgedehnt werden; anders gesagt: Sind die Hochschulen nicht selbst das Problem, zu dessen Lösung sie angeblich etwas beitragen sollen? Die Fragestellung »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« ist provokativ zugespitzt, um Diskussionen auszulösen. Sie wendet sich gegen ein naives Wissenschaftsverständnis (das gelegentlich auch noch in linken Reformüberlegungen anzutreffen ist), welches einen Zuwachs an gesellschaftlichen Problemen mit einem entsprechenden linearen Zuwachs wissenschaftlicher »Aufgaben« und »Herausforderungen« verkoppelt sieht. Seitens der Bundesregierung ist dies Programm: Das Konzept »Wissenschaft für den Standort Deutschland« ist davon bestimmt, die Lösung der zentralen gesellschaftlichen Zukunftsfragen auf eine wissenschaftlich-technische »Effizienzrevolution« zu projizieren. Dies läßt sich plastisch etwa im Bundesforschungsbericht 1993 nachlesen. Dort wird versucht, die Definitionsmacht über die ökologische Krise mit dem Programm einer konzentrierten Entwicklung von Zukunftstechnologien, die zugleich wohlstandssteigernd, »wettbewerbsfähig« und ressourcenschonend etc. seien, zu erhalten. Dies entspricht der Tendenz, immer größere Bereiche des gesellschaftlichen Problemhaushaltes an das Wissenschaftssystem – resp. die Hochschulen – zu delegieren. Dort werden die Probleme dann lediglich symbolisch bearbeitet und/oder auf das Niveau wissenschaftlich-technischer Verfahren komplexitätsreduziert – oder aber schlicht endgelagert.

Diese Form der »Verwissenschaftlichung« gesellschaftlicher Aufgaben ist gleichbedeutend mit deren Entpolitisierung. Denn: In eine entsprechend weite Ferne rückt der denkbare und denknwendige politische Umbau der gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsstrukturen, welcher zur Entschärfung ökologischer Risiken erforderlich ist. (Ein linker Diskussionsansatz, der sich darauf beschränkt, aus einer Moralisierung der globalen Krise auf die Hochschulen immer neuere, verantwortlichere und gigantischere Aufgaben im Interesse der gesamten Menschheit zu kommen zu sehen, bringt die herrschenden technokratischen Omnipotenzphantasien lediglich spiegelverkehrt zum Ausdruck.)

In den BdWi-Thesen wird ausführlicher dazu argumentiert, wie diese Art der technokratischen Problemreduktion in die dominanten Entwicklungsformen neuzeitlicher Wissenschaft als Ausdruck von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen eingeschrieben ist: Expansion und Ausdifferenzierung eines »autonomen« Wissenschaftsbereiches und

dessen bürgerlich-kapitalistische sowie patriarchalische Prägung widersprechen sich nicht, sondern bedingen sich gegenseitig.

II.

Schlußfolgerung: Die ökologische Krise ist nicht primär ein Ausdruck wissenschaftlicher Defizite, sondern auch ein *Ausdruck* der Wissenschaft, wie sie traditionell betrieben wird; eine *Krise der Formen*, innerhalb derer Wissenschaft erzeugt wird. Was folgt daraus? Wie kann man angesichts dessen überhaupt sinnvollerweise von Hochschulreform reden? Zunächst: Wir versuchen nicht, das Ziel einer grundlegenden Hochschulreform in Frage zu stellen, sondern die Optik auf diese Aufgabenstellung zu verändern. Dies läßt sich verdeutlichen, wenn wir zwei Thesen in eine Beziehung setzen. Die erste lautet: Das Hochschulsystem ist aus sich selbst heraus nicht erneuerbar. Dies wäre nur möglich, wenn der Nachweis geführt werden könnte, daß die Wissenschaft – d. h. ihre entwicklungsbestimmenden sozialen Akteure – *in sich* die Möglichkeit besitzt, die negativen Folgen ihrer eigenen gesellschaftlichen Expansion zu erkennen und mit ihren eigenen Mitteln zu bearbeiten. Schon von einem interessenpolitischen Standpunkt wäre dies paradox. Die zweite These, welche der ersten nur zum Schein widerspricht, lautet: Es ist sinnvoll, für Reformen *an der Hochschule* einzutreten, wenn dort Potentiale, d. h. kritisches Wissen, Erfahrungen, Möglichkeiten neuer Kombinationen von Wissenschaft vorhanden sind – oder schlicht: Möglichkeiten, daß verschiedene Menschen mit einander sinnvoll ergänzenden Fähigkeiten in eine sinnvolle Arbeitsbeziehung treten – sowohl gegenseitig als auch mit Interessengruppen außerhalb der Hochschule. Dies ist eine Möglichkeit und zugleich wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Reformen.

Erforderlich ist es in jedem Fall, den Blickwinkel einer isolierten Institutionenreform aufzusprengen, indem an den *Bedingungen der Produktion wissenschaftlicher Probleme und Fragestellungen* angesetzt wird: Das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft läßt sich nicht mehr dualistisch als eine Innen-Außen-Beziehung abbilden. Wissenschaftliche Prioritäten, Problemdefinitionen und Arbeitsmuster entstehen nicht genuin an der Hochschule (von wo sie sich dann etwa konzentrisch über die äußerliche gesellschaftliche Umwelt ausbreiten würden). Sie sind – über die Verinnerlichung herrschender Nachfrage-, Leistungs- und Erfolgskriterien – Resultat eines *gesellschaftlichen Verhältnisses*, welches

keinen spezifischen Ort hat. Allerdings eine soziale Adresse: in Gestalt derjenigen gesellschaftlichen Interessengruppen, die nachfragebestimmend sind. Damit ist eine alternative inhaltliche Orientierung des Wissenschaftssystems zwangsläufig verbunden mit der schrittweisen Ausbildung neuer Praxisbezüge und anderen Formen sozialer Vernetzung. Etwas grobmaschig zusammengefaßt ergeben sich daraus folgende Leitlinien einer reformpolitischen Praxis:

Erstens: Eine historisch-systematisch ansetzende Wissenschaftskritik ist immanente Voraussetzung jeder Hochschulreform im allgemeinen und (fachbezogenen) Studienreform im besonderen, weil nur aus dieser Perspektive ein Verständnis für die aktuellen Funktionsdefizite des Wissenschaftssystems erschlossen werden kann. Die Institutionalisierung feministischer Wissenschaft ist *ein* notwendiger Bestandteil dieser historischen Selbst-Reflexion des Wissenschaftssystems und damit untrennbar mit Hochschulreform verbunden.

Zweitens: Eine ökologisch verantwortbare Entwicklungsalternative des Wissenschaftssystems – oder zunächst einzelner, neu kombinierter Elemente desselben – ist nicht primär eine Frage der »anderen« Inhalte, sondern nur in Verbindung mit einer alternativen gesellschaftlichen Praxis vorstellbar. Die feministische Wissenschaftskritik etwa konstituiert sich vergleichbar durch einen derartigen Interessen- und Bewegungsbezug. Bereits im Kontext der »sozialen Öffnung« der Hochschulen in der BRD der 70er Jahre war der Bezug auf andere soziale Akteure als die traditionellen Eliten in Staat und Wirtschaft Programm der Hochschulreformer. Wissenschaftsangebote als Vorlauf gesellschaftlicher Reformen sollten etwa für Gewerkschaften und soziale Bewegungen insgesamt erarbeitet werden. Heute akzentuiert sich diese Aufgabenstellung schärfer: Ein alternativer Ansatz beginnt bereits bei der dem eigentlichen Wissenschaftsprozess vorgelagerten »Entstehung« wissenschaftlich relevanter Probleme, bei der politischen Definition dessen, welche gesellschaftlichen Probleme wissenschaftlich relevant sind und welche nicht, bei der Entwicklung von Prioritäten für Forschung und Studium. Dies ist sozial verträglich nur möglich, wenn ein breit gefächertes Spektrum von Interessengruppen auf derartige Entscheidungs- und Aushandlungsbedingungen Einfluß nehmen kann.

Drittens: Ansatzpunkt für Hochschulreform ist folglich nicht mehr das isolierte administrative Funktionssystem Hochschule, sondern sind die gesamten Verhältnisse der Entstehung, der Produktion und des Transfers von Wissenschaft.

Viertens: Alternative wissenschaftliche und wissenschaftspraktische Ansätze müssen schrittweise in kooperativen Strukturen institutionalisiert werden. Dazu könnten etwa ein erweitertes Verständnis der Kuratorialverfassung beitragen oder die Einrichtung gesellschaftlicher Beiräte auf Fachbereichsebene, die sich aus den verschiedenen Interessengruppen des der jeweiligen Wissenschaftsrichtung zugeordneten gesellschaftlichen Praxisfeldes zusammensetzen. Modellversuche der Studienreform oder der ökologisch orientierten Projektforschung könnten an den Hochschulen vorhandene Kompetenzen bereits im Ansatz mit Interessengruppen des auf diese Weise bearbeiteten gesellschaftlichen Problemfeldes kombinieren.

Eine Faustregel oder eine für alle Male gültige institutionelle Lösung für all dies gibt es nicht. Der Grundgedanke jeder hochschulreformerischen Praxis ist, die soziale Entscheidungsbasis über Wissenschaft in Richtung aller von Wissenschaft Betroffenen zu erweitern. Eine interne Demokratisierung der Hochschulen ist so systematisch mit einer stärkeren Beteiligung gesellschaftlicher Akteure auf Hochschulentscheidungen verbunden. Es gibt keine Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um damit beginnen zu können. Im Prinzip ist es möglich, sofort damit anzufangen, wie wir in den BdWi-Thesen schreiben: Es geht darum, daß kritische Hochschulangehörige in Auseinandersetzung mit der etablierten Wissenschaft neue Problemdefinitionen und Fragestellungen erarbeiten und dabei von vornherein den Kontakt mit Interessengruppen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit einbeziehen. Verantwortliches wissenschaftliches Denken und wissenschaftspolitisches Verhalten greifen so ineinander.

Weiterführende Literatur: Gernot Böhme/Michael von Engelhardt: Entfremdete Wissenschaft. Frankfurt am Main 1979. – Sandra Harding: Feministische Wissenschaftstheorie – Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht. Hamburg 1991.

MARKUS GUNKEL

Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet

Zwei kritische Bemerkungen zu den Thesen des BdWi »Hochschule als gesellschaftliches Risiko«

Die Thesen beschreiben das bestehende Hochschul- und Wissenschaftssystem als ein gesellschaftliches Risiko, das nicht nur keinen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leistet, sondern selbst Teil derselben ist. Hier werden viele inhaltliche und strukturelle Mängel beschrieben und daraus Anforderungen an eine Hochschulreform abgeleitet: Das Wissenschaftssystem muß politisiert und demokratisiert werden. Die gegenwärtigen Veränderungen des Hochschulsystems werden jedoch angesichts des eh schon schlechten Zustandes dabei nicht genügend berücksichtigt, und die Alternativen bleiben nebulös, weil die gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Interessen, die dieses Wissenschaftssystem zu dem mach(t)en, was es ist, nicht klar benannt werden.

Durchsetzung konsequenter Marktorientierung

Es wird kritisiert, daß die bestehenden Reformkonzepte für die Hochschulen sich nur an den Kriterien ökonomischer Verwertung orientieren und daß es keine entwickelten Gegenkonzepte gibt. Ich möchte hier nicht eine Lanze für das alte Hochschulsystem der BRD brechen, wie es sich nach dem Reformschub Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre darstellte. Auch dieses System war ökonomisch funktional und bildete die gesellschaftlichen Eliten für Staat und Kapital aus. Fortschrittliche Wissenschaft, ausgehend von sozialen Interessen, führte immer ein Nischendasein.

Was zur Zeit an den Hochschulen geschieht, ist jedoch die völlige und unmittelbare Unterordnung des Wissenschaftssystems unter Kapital-

verwertungsinteressen in einer neuen Qualität. Ehemalige Reformansätze werden marginalisiert und zurückgenommen, sozialkritische oder gar systemkritische Nischen fallen dem Markt zum Opfer (z. T. durch Selbstanpassung der Professoren), die Selbstverwaltungsorgane werden zunehmend entwertet, die Demokratie an den Hochschulen weiter abgebaut, globale gesellschaftliche Themen spielen eine abnehmende Rolle. Die verschiedenen sozialen Interessen der Menschen, die bislang bei einer gehörigen Portion von eigenem Engagement von Seiten der Studierenden zumindest auch als Gegenstand von Wissenschaft vorkamen, werden mehr und mehr völlig ausgegrenzt zugunsten der Interessen derjenigen, die Produktionsmittel und Geld besitzen. Direkte Zusammenarbeit in Forschung und Lehre mit Wirtschaftsunternehmen ist auf dem Vormarsch und wird kaum hinterfragt. Die ehemals fortschrittliche Losung der Praxisorientierung erhält einen neuen Inhalt.

Das einzige Interesse eines Studierenden, welches noch anerkannt wird, ist die Erhöhung seines Wertes als Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt: Studium ist effizient als Vermittlung von marktfähigem Wissen in möglichst kurzer Zeit. Es geht um die freiwillige Aneignung von Qualifikationen, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. War es bislang schon schwierig genug, sich ausgehend von seinen sozialen Interessen gesellschaftlich relevantes Wissen an den Hochschulen anzueignen, wird dies durch den laufenden Umbau des Hochschulsystems nahezu unmöglich – die Freiheit von Forschung und Lehre für Studierende existiert weniger denn je. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel setzen sich die rigide Zuteilung und Auslosung von Seminaren und Referatsthemen und Elemente der Verschulung mehr und mehr durch. Auch die Lehrenden legen die Freiheit der Wissenschaft unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen überwiegend dahingehend aus, daß sie sich freiwillig den Markterfordernissen unterordnen.

Diese Entwicklung, die sich unter dem Stichwort der Marktorientierung fassen läßt, setzt sich z. T. unbewußt unter dem Diktat der Finanzpolitik der leeren Kassen durch und wird von den hochschulpolitischen Akteuren der etablierten Parteien und staatlichen Verwaltung vorangetrieben. Sie ist nicht zufällig, sondern beruht auf den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung, die dazu führt, daß die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Qualifikationen in der Produktion für das Bestehen wirtschaftlicher Betriebe unter den Bedingungen der ausschaltenden kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz immer unverzichtbarer werden.

Sozialismusperspektive

Dieser sich vollziehende Umbau des Hochschul- und Wissenschaftssystems macht die Entwicklung einer gesellschaftlichen Alternative um so nötiger, rückt doch sonst die Lösung der sozialen und ökologischen Krise¹ in immer weitere Ferne – oder, um mit den Thesen zu sprechen, wird das Wissenschaftssystem zu einem immer größeren Risiko. Doch leider findet sich hierzu in den Thesen nur sehr Verschwommenes. Die sozialen Ursachen des Bestehenden und seiner Veränderungen werden nur angedeutet. (Positiv könnte unterstellt werden, sie werden mitgedacht, und die Autoren trauen sich nicht, sie offen auszusprechen. Doch rächt sich dieser Mangel bei den vorgeschlagenen Maßnahmen, die keine überzeugende Alternative anbieten können, weil sie ebenfalls die sozialen Interessen ausblenden.)

Die bestehende Gesellschaft wird umschrieben als »sozial und ökologisch destruktives Konsum- und Produktionsmodell der Industriestaaten« (in der Vorrede immerhin ergänzt durch die Charakterisierung »marktwirtschaftlich-kapitalistisch«), es ist von einem »fordistisch-industrialistischen Akkumulationsmodell« die Rede, von »ökologischen und sozialen Risiken«, denen mittels einer »sustainable development« begegnet werden soll, die den genannten Modellen entgegengehalten wird. Immerhin wird konstatiert, daß das »patriarchale und verwertungsorientierte Wissenschaftssystem« keinen Beitrag zur Lösung der sozialen und ökologi-

1 In den Thesen wird von sozialen und ökologischen Risiken gesprochen. Ich halte es für sinnvoller, von sozialer Krise zu sprechen, belasse es in diesem Text jedoch bei der Terminologie der Thesen, weil in der öffentlichen Debatte die soziale Krise die ökologische nicht mit umfaßt. Die ökologischen Probleme haben jedoch ihre Ursache in dem gesellschaftlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Die Protagonisten der ökologischen Krise vergessen dies häufig und verfallen dann in menschenverachtende Lösungsvorschläge – anders kann die Parole vom Konsumverzicht angesichts der Armut eines großen Teils der Erdbevölkerung nicht verstanden werden. Hier wird das notwendige Interesse an einer lebenswerten Umwelt gegen das ebenfalls notwendige Interesse an einem Anteil am gesellschaftlich erzeugten Reichtum ausgespielt. Es ist die Produktion, die die Probleme schafft und sinnlose und schädliche Konsumtion erst ermöglicht. Damit ist die Hauptverantwortung für die gesellschaftlichen Probleme klar zugeordnet: Sie liegt bei denjenigen, die über die gesellschaftlichen Produktionsmittel verfügen. Die Verantwortung des einzelnen Menschen liegt darin, sich gegen diese gesellschaftlichen Verhältnisse zu stellen und an ihrer Überwindung zu arbeiten.

schen Probleme leisten kann und der Umbau des Wissenschaftssystems nur Teil eines gesellschaftlichen Reformprozesses des ökologischen Umbaus und der Erneuerung des Sozialstaates sein kann.

Diese unklaren Umschreibungen führen zu unbrauchbaren Forderungen, weil sie nicht in eine gesamtgesellschaftliche Perspektive eingebettet sind. Wissenschaftszentren für den regionalen Bedarf bedeuten unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen regionale Marktorientierung. Der moralische Appell an die Individuen, sich dem herrschenden Vergesellschaftungsmodell zu entziehen, bleibt folgenlos, wenn er nicht darauf gerichtet ist, die gesellschaftlichen Bedingungen als Ganzes zu verändern, die die Anpassung der Mehrheit der Individuen an eben dieses Vergesellschaftungsmodell ständig neu reproduzieren – genau das aber fehlt. Anstatt des »Schutzes von Minderheiten und nicht-marktfähiger gesellschaftlicher Interessen« geht es um die Durchsetzung sozialer Interessen und die Ausschaltung des Verwertungsinteresses, um die sozialen und ökologischen Risiken zu beseitigen.

Reformideen, die die soziale Ursache der sozialen und ökologischen Krise ausblenden – die private Verfügung über die gesellschaftlichen Produktionsmittel –, beschränken sich auf die Mitgestaltung des Mangels und können keinen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. Ein Reformansatz für das Wissenschaftssystem macht nur dann einen Sinn, wenn er eingebettet ist in eine gesellschaftliche Perspektive, die die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellt, die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Menschen, sozial sinnvolle Arbeit, soziale Absicherung, politische Freiheit etc. Eine solche Perspektive ist untrennbar mit der Vergesellschaftung und Demokratisierung des Wissenschaftssystem verbunden. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Mit kapitalistischer Marktwirtschaft, wo die privaten Interessen der Kapitalbesitzer über den sozialen Inhalt von Arbeit und Wissenschaft bestimmen, ist dies unvereinbar. Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung von Natur und Mensch. Es ist für jeden Betrieb unverzichtbar, möglichst viel zu produzieren und zu verkaufen. Tut er das nicht, ist der Konkurs unausweichlich, weil er von seinen Konkurrenten ausgestochen wird – völlig unabhängig vom möglichen sozialen und ökologischen Willen eines Unternehmers. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist kann ebenfalls nicht die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus außer Kraft setzen, sondern bestenfalls die schlimmsten und sichtbarsten Auswüchse des sozialen und ökologischen Raubbaus eingrenzen. Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Planung als Voraussetzung für eine soziale und

ökologische Produktionsweise, in der nur gesellschaftlich nützliche und notwendige Produkte hergestellt werden.

Es gilt also über eine sozialistische Perspektive nachzudenken, innerhalb derer dem Umbau des Wissenschaftssystems eine bedeutende Rolle zukommt. Eine sozialistische Perspektive darf nicht bei der Verstaatlichung der Produktionsmittel haltmachen, sondern muß die Vergesellschaftung und Demokratisierung von Wissenschaft und Produktion konsequent vorantreiben. Wissenschaft hat in der heutigen Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Der erreichte Stand der Produktivkraftentwicklung macht es für alle Menschen unverzichtbar, sich wissenschaftliche Erkenntnisse und Qualifikationen anzueignen, alleine schon, um sich im alltäglichen Leben zurechtzufinden. Die gesellschaftlichen Probleme lassen sich nur mit wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen lösen. (Wobei Wissenschaft nicht mit dem real existierenden Wissenschaftssystem zu verwechseln ist. In den Thesen wird herausgearbeitet, daß das dort erzeugte Wissen zum großen Teil unbrauchbar ist und auch außerhalb der Hochschulen wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden.)

Die politische Praxis vor Ort, das Eingreifen in die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen, müssen sich an einer sozialistischen Perspektive orientieren, ansonsten beschränkt man sich freiwillig (bewußt oder unbewußt) auf das Mitgestalten der Marktorientierung und gibt den Anspruch auf Emanzipation des Menschen und Lösung der gesellschaftlichen Probleme, ausgehend von den sozialen Interessen der Menschen, die keine Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzen, auf.

BARBARA HÖLL

Frauen in der Wissenschaft

Am 4. März 1995 fand sich in der »Sächsischen Zeitung« auf Seite 6 – ganz klein und versteckt – eine dpa-Meldung mit der Überschrift, daß in Sachsen fast jeder zehnte Professor eine Frau und somit eine Professorin sei. Fast zur gleichen Zeit wurden die aktuellen sächsischen Arbeitslosenzahlen veröffentlicht, die besagten, daß der Anteil weiblicher Arbeitsloser an der Erwerbslosenquote derzeit bei 65,6 % liegt. Lothar Meyer, der Direktor des Leipziger Arbeitsamtes, schätzte im Gespräch mit der »Leipziger Volkszeitung« ein, daß Frauen bei gleicher Qualifikation häufig kaum eine Chance gegen Männer auf dem Arbeitsmarkt hätten.

Diese beiden Sachverhalte widersprechen sich keinesfalls: Trotz der im Bundesdurchschnitt bemerkenswerten Professorinnen-Quote ist die Wissenschaft auch in Sachsen wie anderswo keine frauenfreundliche Insel im Meer patriarchalischer Strukturen. Ganz im Gegenteil: Die von Lothar Meyer angesprochene Benachteiligung von Frauen läßt sich statistisch an nahezu jeder akademischen Struktur nachweisen. Letztlich entscheiden auch in Sachsen in den hierarchischen Strukturen fast immer Männer über die Stellenbesetzung mit den entsprechenden Konsequenzen. »Die Benachteiligung wird besonders deutlich«, resümierte im August vergangenen Jahres die Gleichstellungsbeauftragte der TU Dresden, Karin Reiche, »bei den sehr gut bezahlten Stellen«.

Frauen sind im Bereich des wissenschaftlichen Personals immer noch konstant unterrepräsentiert: Waren 1980 5,3 % aller Hochschullehrer weiblich, sind es heute nach BdWi-Veröffentlichungen 5,7 %. Der entscheidende Aspekt dabei ist, daß Frauen sowohl in den oberen Rängen der Hierarchien als auch in den sogenannten zukunftsrelevanten wirtschafts- und technikwissenschaftlichen Fachbereichen weit unter ihrem durchschnittlichen Anteil an den jeweiligen Personengruppen vorhanden sind, womit sowohl abnehmende Berufschancen als auch der patriarchalische Konservatismus der jeweiligen Wissenschaftszweige vorprogrammiert sind. Auch die »Abwicklung« hat ihren Beitrag dazu geleistet, in

vielen ostdeutschen Fachbereichen die Frauenquote in Richtung Alt-BRD-Niveau zu drücken; mit 40 % war die Frauenquote im wissenschaftlichen Mittelbau der DDR immerhin doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.

Gleichstellung an Hochschulen ist wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen mehr als eine Frage »sozialer Gerechtigkeit«. Es handelt sich um eine Aufgabe von zentraler gesellschafts- und wissenschaftspolitischer Bedeutung. Bisherige hochschulbezogene staatliche Frauenförderung in Form von Sonderprogrammen etc. zielt bei allen begrüßenswerten Gleichstellungseffekten lediglich darauf ab, die individuelle Konkurrenzposition von Frauen zu verbessern, etwa durch (Teil-)Quotierung von Qualifikationsstipendien. An den systemtragenden Pfeilern der Personalrekrutierung und der Reproduktion der wissenschaftlichen Elite wird auf diese Weise noch nicht gerührt.

Abgesicherte Gleichstellung erfordert folglich eine tiefgreifende Reform aller Hochschulfunktionen, weil in der Diskriminierung von Frauen Defizite der Wissenschaftsplanung, der Forschungsförderung, der Personal- und Entscheidungsstrukturen zum Ausdruck kommen. Dieser Befund kann jedoch nicht auf den billigen Ausweg hinauslaufen, konkrete Frauenpolitik auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Bereits unterhalb der Ebene grundlegender Strukturveränderungen müssen gezielte personenbezogene Fördermaßnahmen mit Schritten strukturpolitischen Diskriminierungsabbaus ineinandergreifen. Diesen Zielstellungen liegt die Grundaussage aller Anti-Diskriminierungsgesetze zugrunde, daß in allen Bereichen des öffentlichen Sektors bei gleicher Qualifikation Frauen so lange bevorzugt einzustellen seien, bis ihr Anteil mindestens 50 % beträgt. Diese Maßnahmen rufen zum Teil erhebliche Widerstände hervor. Viele Männer vermuten dahinter Einbußen an Macht, an eigenen Einfluß- und Wirkungsmöglichkeiten. Viele Frauen dagegen wollen »es selbst schaffen«, keine »Quoten-Frau« sein. Der Begriff der »Förderung« trägt nach dem Urteil von Christine Färber, der ehemaligen Frauenbeauftragten der FU Berlin, wesentlich zu diesen Konflikten bei, da er es provoziert, Frauen als defizitär und hilfsbedürftig erscheinen zu lassen oder Frauen als Humankapital, als zu mobilisierende Reservearmee, darzustellen. Der Förderbegriff macht sich oft an Zahlen fest und vertraut auf die verändernde Funktion der in die Institutionen hineingeförderten Frauen.

Da Zahlen allerdings nicht nur Schall und Rauch sind, habe ich gestern mal die Probe aufs Exempel gemacht und die gewiß repräsentative Annoncenrubrik »Lehre und Forschung« in der »ZEIT« von dieser Woche etwas genauer analysiert; bei insgesamt 64 Anzeigen wird in 26 expli-

zit darauf verwiesen, Frauen bevorzugt einzustellen; die Uni Leipzig zählt übrigens nicht dazu. Dabei differiert der Text erheblich; während frau aus der Annonce der Fachhochschule Bielefeld, die lapidar ihr Bemühen erklärt, den Frauenanteil im ausgeschriebenen Bereich zu erhöhen, fast eine gewisse Widerwilligkeit verspürt, liest sich die Anzeige der Fachhochschule Hildesheim ganz anders: »Frauen sollen nach § 47 Abs. 3 NHG bei gleichwertiger Qualifikation berücksichtigt werden. Wenn aus frauenbiologischen Gründen die Promotion noch nicht abgeschlossen oder die fünfjährige qualifizierte Berufstätigkeit noch nicht vollständig absolviert werden konnte, besteht die Möglichkeit, die noch fehlende Qualifikation während einer zweijährigen Verwaltung der Professur nachzuerwerben. Sobald dies der Fall ist, erfolgt grundsätzlich die Berufung zur Professorin.«

Nach Rücksprache mit der Fachhochschule Hildesheim stellte sich übrigens heraus, daß dieser Text auf ausdrückliche Intervention der dortigen Frauenbeauftragten so formuliert wurde; d. h., daß die kleinen Fortschritte des Alltags oftmals vom individuellen Engagement des einzelnen abhängig sind.

Besonders kompliziert die Situation, daß die frauenpolitische Forderung nach gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern gegenläufig zu einem Prozeß der gesamtgesellschaftlichen Deregulierung abläuft und daher auf besondere Widerstände trifft – das wäre jedoch ein anderes Thema.

ASTRID FRANZKE

Frauen unter Hochschulgesetzen

Bilanz, Grenzen, Auswege

Ist das zentrale Thema des 4. Alternativen Hochschultages die Evaluierung und Novellierung der ostdeutschen Hochschulgesetze, so sollen dazu einige Probleme unter dem Frauen- bzw. Gleichstellungsaspekt aufgeworfen und zur Diskussion gestellt werden. Denn die Notwendigkeit einer umfangreichen Hochschulstruktur- und Universitätsreform erweist sich nicht zuletzt eben gerade auch unter diesem Aspekt als unabdingbar. Frauen unter männlichen Paragraphen, das trifft auch für die Hochschulgesetze zu. Sie sind keineswegs »geschlechtslos«.

Unter drei Schwerpunkten sollen hierzu Probleme formuliert und Positionen bezogen werden: *Erstens* Analyse der wichtigen für Ostdeutschland gültigen Hochschulgesetze und diesbezüglichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene mit besonderer Berücksichtigung Sachsens, *zweitens* Stand der geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstruktur an der Universität Leipzig, *drittens* Vorschläge für wirksame Frauenförderung zur kurz- und mittelfristigen Umsetzung.

Analyse der wichtigen für Ostdeutschland gültigen Hochschulgesetze und diesbezüglichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene mit besonderer Berücksichtigung Sachsens

Die Hochschulen sind nach wie vor feste Bastionen des Patriarchats. Als streng hierarchisch gegliederte Systeme reproduzieren sie beständig die bundesweit typische Beschäftigungspyramide. Frauen rangieren in deren unteren Chargen, ihr Anteil nimmt mit der Höhe der Statusgruppe ab.

Der Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann gehört indes zum wissenschaftspolitischen Grundkonsens aller Hochschulgesetze der BRD, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Es ist zu fragen,

wie sich dieser in den Hochschulgesetzen konkret niederschlägt, welche Umsetzungsmechanismen bestimmt werden, um die Frage nach dem »Wie« des Abbaus von Benachteiligungen für Frauen und der Herstellung von Chancengleichheit für Frau und Mann einer praktischen Lösung zuzuführen. An der Beantwortung dieser Frage muß sich die Ernsthaftigkeit der Aufgabenstellung messen lassen. Wo also ist das Frauenproblem in den Gesetzen angesiedelt?

Das Hochschulrahmengesetz (HRG) in der Fassung von 1987 kennt keinen separaten Gleichstellungsparagraphen, aber es plaziert das Gleichstellungsproblem immerhin unter dem § 2 als Aufgabe der Hochschule als Ganzes und verleiht diesem dadurch einen gewichtigen Status. Es heißt dort: »Die Hochschulen wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile hin.« Allerdings formuliert es diese Aufgabe *nicht für alle* weiblichen Beschäftigten an den Hochschulen und spart auch die Studentinnen aus.

Zumindest an folgenden weiteren Stellen wären eine Änderung bzw. Ergänzung dringend geboten:

- a) Der § 17 bestimmt die Voraussetzungen zum vorzeitigen Ablegen von Prüfungen. Hier sind Regelungen aufzunehmen, die die spezifische Situation von Frauen berücksichtigen. Bei Schwangerschaft, wegen Mutterschutzfristen oder Erziehungsurlaub müssen, sofern die entsprechenden fachlichen Voraussetzungen erbracht sind, solche Möglichkeiten bestehen wie: Prüfungsreihenfolge zu verändern, Unterbrechen des laufenden Prüfungsrhythmus' und vor- bzw. nachfristiges Ablegen von Prüfungen.
- b) Der § 57 regelt die Befristung von Arbeitsverhältnissen. Er sieht in § 57b den erstmaligen Abschluß eines befristeten Arbeitsvertrages nicht später als vier Jahre nach der letzten Hochschulprüfung vor. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat bereits 1991 hierzu Änderungsbedarf angemeldet.¹ Diese Frist muß im Falle von Mutterschutz und Erziehungsurlaub um drei Jahre verlängert werden. Ebenso ist eine Nichtanrechnung von Zeiten vorzunehmen, in denen ein Graduiertenstipendium unmittelbar anschließt.

1 Siehe Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft. In: Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung 19. Hrsg. von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Bonn 1991. S. 34.

- c) Der § 57c legt die Dauer der Befristung und die Nichtanrechnung von Zeiten auf diese fest. In Abschnitt 6 wird geregelt, daß Zeiten der Beurlaubung für die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen auf die Befristung nicht anzurechnen sind, sofern die Dauer von zwei Jahren nicht überschritten wird. Es ist eine Anpassung dieser rechtlichen Regelung an das Bundeserziehungsurlaubsgesetz (drei Jahre) dringend notwendig.

Im Mai 1991 wurde das *Hochschulernerungsprogramm* (HEP) verabschiedet, um den Integrationsprozeß des ostdeutschen Hochschulsystems und den Übergang zu einer föderalen Struktur zu erleichtern. Das Gleichstellungsproblem kommt in diesem zwar vor, da es aber die konkreten Formen nicht benennt und keine nur für diesen Zweck zu verwendenden Mittel verankert, überläßt es den Hochschulen, ob und wie die proklamierte Zielstellung erreicht wird. In Artikel 9 heißt es: »Mit den personenbezogenen Förderungsmaßnahmen soll durch eine entsprechende Ausgestaltung auch eine deutliche Anhebung des Frauenanteils an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere bei der Habilitation und bei den Professoren erreicht werden.« undefiniert ist, was eine deutliche Anhebung des Frauenanteils meint, es werden keine anvisierten Zielvorgaben benannt. Im Vergleich dazu bleibt das Hochschulernerungsprogramm eindeutig hinter dem in den alten Bundesländern geltenden Hochschulsonderprogramm (HSP II) zurück, welches zumindest einige Formen von Frauenförderung konkret beschreibt: Kontakt- und Wiedereinstiegsstipendien sowie Werkverträge. Erstere sind für Frauen vorgesehen, die bedingt durch die Familienphase ihren Ausbildungs- bzw. Bildungsweg unterbrechen müssen und sich durch ein solches Stipendium noch während dieser Zeit den entsprechenden Kontakt erhalten möchten. So können zum Beispiel Frauen, die sich nach einer längeren Familienphase zunächst den Anschluß für den Wiedereinstieg in die Ausbildung oder den Beruf erarbeiten müssen, die Finanzierung von Konferenzaufenthalten und andere Wiedereinstiegsstipendien in Anspruch nehmen. Werkverträge können auf Grund ihrer arbeitsrechtlichen Konstellation bestenfalls eine flankierende Maßnahme für Frauenförderung darstellen, da sie nahezu keine soziale Grundabsicherung bieten.

Das Sächsische Hochschulgesetz (SHG) vom August 1993 weist im Vergleich zum bis dahin geltenden Sächsischen Hochschulernerungs-gesetz bestimmte Vorzüge auf, sicher auch bedingt durch Interventionen und konkrete Vorschläge der Gleichstellungsbeauftragten.

Im § 4 »Aufgaben« geht es über § 2 des Hochschulrahmengesetzes hinaus, indem die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Beseitigung der bestehenden Nachteile für alle weiblichen Hochschulangehörigen und -mitglieder gefordert werden. Die Hochschulen sind aufgefordert, »die Lösung der besonderen Probleme [...] der Studenten mit Kindern« zu fördern.

Ansätze für die Lösung dieses Problems finden sich aber im weiteren Gesetzestext nur noch punktuell an einer Stelle. Dies erfolgt im § 121 »Gleichstellungsbeauftragte«. Was zuvor als Aufgabe der Hochschule fixiert wurde, findet sich nun auch als Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten (§ 121, Absatz 1).

Im Unterschied zum Sächsischen Hochschülerneuerungsgesetz ist es gelungen, die Stellvertreterfunktion zu verankern. Neben der zentralen Gleichstellungsbeauftragten wird eine entsprechende Unterstruktur auf Fakultätsebene etabliert, um durch Fachfrauen eine kompetente Mitwirkung zu ermöglichen. Hauptaufgabe der Gleichstellungsbeauftragten ist die Beteiligung in den Stellenbesetzungs- und Berufungsverfahren, aber ihre Kompetenz beschränkt sich auf eine beratende Funktion. Sie können folglich den Entscheidungsprozeß selbst nicht unmittelbar beeinflussen.

Verglichen mit dem in Sachsen seit 1994 geltenden Frauenförderungsgesetz für den öffentlichen Dienst weist die für die Hochschulen existierende Regelung dennoch Vorzüge auf. Das betrifft insbesondere das »Zustandekommen« der Gleichstellungsbeauftragten. Die Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten gehen aus einem Wahlprozeß hervor, wobei allerdings alle Mitglieder der Fakultät, d. h. sowohl Frauen als auch Männer, wahlberechtigt sind. Die gewählten Fakultäts-Gleichstellungsbeauftragten unterbreiten Vorschläge für die Gleichstellungsbeauftragte der Universität und deren Stellvertreterin, die dann vom Senat bestellt werden. Es ist also eine Kombination aus einem demokratischen Wahlprozeß und der Bestellung, während das Sächsische Frauenförderungsgesetz nur die Bestellung durch die Dienststelle kennt.

Insofern ist diese »Zwitterstellung« sicher positiv zu sehen, wenngleich die Gleichstellungsbeauftragte nicht unter dem Abschnitt Selbstverwaltungsorgane zu finden ist, sondern als »Beauftragte«, und daher ist ihr vom Gesetzgeber doch stärker die Arbeitgeberseite zugedacht als die Interessenvertretung der Frauen, woraus sich Konfliktfelder ergeben.

Die gesetzliche Verankerung, wonach die Gleichstellungsbeauftragte vierteljährlich berechtigt ist, an den Beratungen der Dienststellenleitung

direkt teilzunehmen, ist nach Sächsischem Frauenförderungsgesetz und Sächsischem Personalvertretungsgesetz vom Januar 1993 eine wichtige, die Gleichstellungsarbeit unterstützende Maßnahme.

Im Zusammenhang mit der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses tritt das Gleichstellungsproblem im § 26 (3) des Sächsischen Hochschulgesetzes unter dem Schwerpunkt der Graduiertenförderung auf. Dort heißt es: »Bei der Gewährung von Förderleistungen ist die besondere Lebenssituation von Frauen im Blick auf ihre Gleichstellung in Wissenschaft, Kunst und Hochschulbildung zu beachten.«

Seit 1994 besitzt Sachsen ein Graduiertengesetz, das zu den wenigen in der BRD gehört. Frauenförderung kommt hier in den §§ 13, 14, 15 und 16 vor, in denen eine Reihe konkreter, die Gleichstellung befördernde Regelungen festgeschrieben wird. Darin schlagen sich auch die intensiven Bemühungen der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen, vor allem ihre unterbreiteten konsensfähigen Vorschläge, nieder.

Es wird ein Familienzuschlag gewährt. Wenn beide Ehegatten nach diesem Gesetz gefördert werden, erfolgt dies nur einmal (§ 13). Die in der Regel auf drei Jahre beschränkte Dauer der Förderung kann bis zu einem weiteren Jahr verlängert werden, wenn besondere Familienpflichten zu erfüllen sind (§ 14). Diese Regelung ist insofern bemerkenswert, als sie vom Gesetzgeber her nicht ausschließlich auf Frauen fixiert ist, sondern auch für Männer gilt. Denn die Fürsorge für Familie und Kinder ist bekanntermaßen ansonsten vom Gesetzgeber her häufig eindeutig den Frauen zugeordnetes Terrain.

Eine Unterbrechung des Graduiertenstudiums ist für Frauen wegen Mutterschutzfristen und Erziehungsurlaub so möglich, daß keine Anrechnung dieser Zeiten auf die Dauer des Graduiertenstudiums erfolgt (§ 15). Problematisch ist jedoch, daß die Staatsregierung über Verordnungsermächtigung die Höhe des Grundstipendiums (zur Zeit monatlich 1 300 DM), die Voraussetzungen und die Höhe der Familienzuschläge und die Gewährung von Sachmitteln jährlich in Abhängigkeit vom Finanzhaushalt festsetzt.

*Stand der geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstruktur
an der Universität Leipzig*

Es ist nun weiter zu fragen, zu welchen Ergebnissen die Umstrukturierungsprozesse, die noch nicht völlig abgeschlossen sind, auf Basis dieser gesetzlichen Regelungen und Programme unter dem Aspekt der geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstruktur an der Universität Leipzig geführt haben.

Der radikale absolute Personalabbau von 7 853 (Stand 1989) auf unter 2 939 (Stand 1993) hat prozentual gesehen zu keiner deutlich höheren Betroffenheit von Frauen als Männern geführt (ca. 52–54 % der Entlassenen waren Frauen). Dennoch ist der Fakt eindeutig und schwerwiegend, daß, wie die Vermittlungsstatistik der Arbeitsämter ausweist, Frauen bei gleicher Eignung und Qualifizierung wesentlich schwieriger wieder in Arbeit zu bringen sind als Männer. Dadurch relativiert sich die obige Aussage.

Sachsenweit steht die Universität Leipzig mit einem Frauenanteil von ca. 52 % sicher an vorderster Position, dies kann aber nicht als Ausdruck einer besonderen Frauenförderung gewertet werden, sondern hängt wesentlich mit dem nach wie vor ausgeprägten sozial- und geisteswissenschaftlichen Spektrum zusammen, durch das der traditionell hohe Frauenanteil sich reproduziert. Deshalb läßt sie sich unter diesem Gesichtspunkt nicht so ohne weiteres mit der Technischen Universität Dresden (ca. 30 % Frauen) oder der Technischen Universität Chemnitz/Zwickau vergleichen.

Die Entscheidungsebene der Universität liegt nahezu ausschließlich in männlicher Hand. Das betrifft den Senat, das Rektoratskollegium, die Dekane. Bilanziert man den erreichten Frauenanteil unter den Professuren und Dozenturen neuen Rechts, so muten die Zustände faßt paradiesisch an. Er liegt z. T. beachtlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt, dennoch verglichen mit dem Frauenanteil an den Habilitationen und damit an den Berufungsfähigen darunter, insbesondere in den höher dotierten Stellen: C4-Stellen ca. 7 %, C3-Stellen ca. 17 %, C2-Stellen ca. 39 % (Stand 1994, nur Hochschulbereich ohne Medizin).

An den Hochschulen der BRD (alt) waren 1990 Frauen zu 2,6 % in C4-Stellen, 7,3 % in C3-Stellen und 8,9 % in C2-Stellen vertreten. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren nahezu unverändert geblieben (siehe Thesen des BdWi, insbesondere These 3).

Die Berufungen von Frauen unter dem Aspekt der Fakultäten und Berufungsgebiete betrachtet, zeigt eindeutig eine Konzentration auf die Philologische Fakultät, Fakultät für Geschichts-, Kunst- und Orientalwissenschaften, Fakultät für Philosophie und Sozialwissenschaften und damit unverändert die typische geschlechterspezifische Segmentierung.

Trotz des z. T. beachtlichen Frauenanteils wird sichtbar, daß dieser mit der Höhe der Dotierung und Kompetenz abnimmt, denn auf den wissenschaftspolitisch und forschungsprofilentscheidenden C4-Stellen befinden sich die wenigsten Frauen.

Für ostdeutsche Wissenschaftlerinnen zeigt sich noch ein weiterer problematischer Fakt. Bei den Berufungen wirkt sich für sie neben der geschlechtsspezifischen auch die Ost-West-Konstellation äußerst ungünstig für ihre Chancen aus. In der Regel ergibt sich folgendes Bild der Platzierung: West-Mann vor Ost-Mann und West-Frau vor Ost-Frau. Das letztere ist um so tragischer, sind es doch sehr häufig Frauen, die unter komplizierten und kräftezehrenden Bedingungen über Jahre hinweg die Gratwanderung zwischen Familie, Kind/Kindern und Beruf gemeistert, nun aber die geringsten Chancen für eine Berufung haben. Denn signifikant für Ost-Frauen im Unterschied zu West-Frauen ist, daß sie größtenteils Habilitation und Familie/Kinder miteinander vereinbaren konnten/vereinbart haben.

An der Universität Leipzig ist nach 1990 ein drastischer absoluter Rückgang abgeschlossener Qualifizierungsarbeiten, sowohl der Promotionen als auch der Habilitationen, von Frauen und Männern nachweisbar. Besorgniserregend und folgenreich, insbesondere hinsichtlich der Berufungsfähigkeit, ist die Situation bezogen auf die abgeschlossenen Habilitationen (in Hochschulbereich und Medizin) bei Frauen. Hier ist die Tendenz nicht nur stagnierend, sondern eindeutig rückläufig:

Abschlußjahr:	Promotionen:	Habilitationen:
1989	38 %	30 %
1990	38 %	19 %
1991	42 %	21 %
1992	39 %	19 %
1993	37 %	14 %
1994	37 %	21 %

Ein Weg, der zunehmend beschritten wird, auch um den Personalabbau zu minimieren, ist das Stellensplitting. Unter dem Teilzeitaspekt

ergibt sich eine deutliche geschlechtsspezifische Segmentierung. Nur oder immerhin doch schon 30 % aller Teilzeitbeschäftigten sind Männer und 70 % sind Frauen. Untersucht man die Teilzeitbeschäftigung unter dem Aspekt der Statusgruppen, so zeigt sich das Problem noch deutlicher: Ca. 55 % der teilzeitbeschäftigten Männer sind wissenschaftliche Mitarbeiter, nur 6 % gehören dem nichtwissenschaftlichen Personal an. Bei den Frauen ist dies genau umgekehrt. Nur 45 % sind wissenschaftlich tätig, jedoch 94 % sind im nichtwissenschaftlichen Bereich beschäftigt.

*Vorschläge für wirksame Frauenförderung
zur kurz- und mittelfristigen Umsetzung*

Welche kurz- und mittelfristigen Vorschläge für wirksame Frauenförderung lassen sich zunächst unterbreiten? Wenn im folgenden einige benannt werden, so ist zu beachten, daß sie ihre Begrenzung darin haben, aus der jetzigen Situation entwickelt zu sein und sich weitestgehend innerhalb des vorgegebenen Rahmens zu bewegen. Sie stellen keine ganzheitliche Alternative dar.

Hochschulen unterliegen als staatliche Einrichtungen der Länder den Prinzipien nicht nur des staatlichen Haushaltsrechts, sondern in Sachen Frauengleichstellung auch dem derzeitigen gesellschaftlichen Grundmuster, und dieses sieht Frauen primär über ihre Ehemänner definiert und nicht als selbständige, nach qualifikationsgerechter Integration auf den Arbeitsmarkt Strebende.

Eine tiefgreifende Hochschulstrukturreform, die Forschungs-, Personal-, Führungsstruktur und die Lehre gleichzeitig einschließen muß², hat neben den ungelösten Problemen der permanenten Unterfinanzierung, Vermassung, langen Studiendauer und Unterbewertung der Lehre³ auch den Frauenaspekt konzeptionell/immanent zu berücksichtigen, auf jeder dieser Ebenen und nicht nur punktuell. Solche Auffassungen, wie auch in den Materialien zur heutigen Konferenz zu finden, wonach die Frauenbe-

-
- 2 Siehe Gerhard Neuweiler: Das gesamtdeutsche Haus für Forschung und Lehre. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament». Nr. 25 vom 24. Juni 1994, S. 7.
 - 3 Siehe Bernd-Reiner Fischer: Westdeutsche Fehlentwicklungen wiederholen sich im Osten. Hochschulpolitik in den neuen Ländern. In: »Das Parlament« vom 17. Juni 1994, S. 15.

auftragte als »Minderheitsvertretung«⁴ in der Aufzählung neben Behinderten- und Ausländerbeauftragten völlig unbedarft genannt wird, markieren die Dimension des Weges, der hier noch zu beschreiten ist.

Frauenförderung bringt nur dann eine dauerhafte Integration von Frauen in die Wissenschaft, wenn sie zur Veränderung patriarchaler Strukturen führt. Perspektivisch gesehen kann es also nicht lediglich darum gehen, daß die Frauen quasi die prozentuale Differenz, die sie von Männern z. B. in den Statusgruppen des wissenschaftlichen Personals trennt, aufholen (das ist Ziel der aus verschiedenen Gründen auch unter Frauen umstrittenen »Frauenquote«, sie kann bestenfalls zur Aufhebung der mittelbaren Diskriminierung führen). Es geht, und da ist Frigga Haug zuzustimmen, um einen neuen Geschlechtervertrag⁵, der innerhalb des jetzigen Gesellschaftsvertrags sicher nicht oder nur in Ansätzen möglich ist. Dieser muß die Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zum Ziel haben, wonach der Mann die Sphäre des öffentlichen Bereichs (bezahlte Berufsarbeit etc.) und die Frau die Sphäre des privaten Bereichs repräsentieren (unbezahlte Reproduktionsarbeit in der Familie).

Der Weg dahin ist m. E. ohne ein spezielles und umfangreiches Frauenförderprogramm nicht zu beschreiten.

Das derzeitige Kardinalproblem besteht m. E. darin, daß es für die Hochschulen bisher keinerlei Auswirkungen hat, zu keinerlei Konsequenzen führt, ob sie § 4 des Hochschulrahmengesetzes (Frauenförderung) ernst nehmen oder nicht. Einfache Rechenschaftslegung reicht nicht aus, es sind Kontrollmechanismen zu entwickeln und umzusetzen. Frauenförderung muß an Mittelvergabe gebunden werden. Denkbar wäre ein Bonussystem für wirksame Frauenförderung ebenso wie Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen die Gleichstellung.

Solch ein Frauenförderprogramm müßte ferner berücksichtigen (die nachfolgend aufgeführten Momente sollen nicht als Rangfolge verstanden werden):

- Qualifikationskriterien sind an der männlichen Normalbiographie orientiert, auf diese fixiert/zugeschnitten; es ist daher neu zu bestimmen:

4 Siehe Detlef Müller-Böling: Von der Gelehrtenrepublik zum Dienstleistungsunternehmen? In: *Forschung und Lehre* (1994)7. S. 237.

5 Siehe Frigga Haug: Die fromme Mär von der Gleichstellung. In: »Neues Deutschland« vom 4./5. März 1995. S. 1.

Was heißt gleiche Qualifikation und Eignung? (Publikationen, Konferenzauftritte, Auslandsaufenthalte nicht als primär quantitative Parameter bewerten, zugunsten qualitativer verschieben, Lehre stärker und differenzierter einschätzen, z. B. geistige Flexibilität, Problemlösungsstrategien);

- Graduiertenförderung (insbesondere Promotion) bisher nahezu ausschließlich auf Stipendienbasis (diese bieten nur geringe soziale Absicherung, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld);
- Teilzeitstipendien mit Laufzeitverlängerung für Frauen in Familienphase;
- Kontakt- und Wiedereinstiegsstipendien während bzw. nach der Familienphase bei Gewährung der sozialen Grundsicherung;
- Habilitationsförderung nicht ausreichend, spezielle Stellenprogramme für Frauen;
- Aufhebung der Altersgrenzen, insbesondere auch für Verbeamtung (zumindest flexible Handhabung bzw. Nichtanrechnung der Zeiten nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz);
- Nichtanrechnung von Erziehungsurlaubszeiten auf befristete Arbeitsverträge (bisher nur bei Wissenschaftlerinnen und Auszubildenden; daher Ungleichbehandlung von Frauen);
- Teilzeitarbeit häufig nahezu ausschließlich als Frauenproblem betrachtet, notwendig generell neue Konzepte für Verteilung von Arbeit (der Vorschlag im Sächsisches Frauenförderungsgesetz, Teilzeitstellen auch für Vorgesetztentätigkeit, ist ein zu unterstützender Ansatz);
- Gleitzeit im Hochschulsystem, sofern mit dienstlichen Belangen vereinbar, Reduzierung von Präsenzzeit für Wissenschaftlerinnen zugunsten von Forschungszeit;
- Bevorzugung von Frauen bei Stellenbesetzungs- und Berufungsverfahren, sofern Eignung und wenn Unterrepräsentanz in der entsprechenden Statusgruppe, flexible Zielvorgaben/Quoten;
- Frauen- und Geschlechterforschung und Frauenforschungsprofessuren etablieren;
- individuelle Fördermöglichkeiten für Frauen in Abhängigkeit vom Dienstgeschehen;
- Beteiligung von Frauen an Gremien entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Statusgruppe anstreben;
- Mitentscheidungsrecht der Gleichstellungsbeauftragten, Kompetenzerweiterung, Widerspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung.

Es sollte versucht werden, das für 1996 angekündigte Hochschulsonderprogramm unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen zu prägen und im Sinne einer wirksamen Frauenförderung zu nutzen.

RAINER RILLING

Mit der Datenautobahn in den Elfenbeinturm?

Was Hochschulpolitik mit G-7, World Wide Web und nicht nur mit der PDS zu tun hat

Fast völlig unbeachtet von der normalen hochschulpolitischen Öffentlichkeit und ihren Akteuren sind Wissenschaft und Hochschule zum politischen Kampfplatz um ein Medium geworden, das in den letzten Wochen die Gazetten füllte: Ob die »Woche« oder die »Wochenpost«, der »Spiegel« oder »Die Zeit«, »Newsweek« oder »Neues Deutschland«, »Bild der Wissenschaft«, »Spektrum der Wissenschaft« oder »Forum Wissenschaft« – alle redeten von der Datenautobahn. Keines der genannten Blätter vergaß lustige Hinweise derart, daß, wer will, in Santa Monica sich eine Pizza per Internet ordern, eine Sammlung von jetzt rund 25 Realzeit-Cola-Automaten aus aller Welt sich auf den heimischen Bildschirm bringen und im Computer-Laboratorium der Universität von Cambridge per Videokamera und World Wide Web eine leerlaufende Kaffeemaschine beobachten könne.

Kaum jemand erwähnte, daß das Internet als bisheriges Kernstück dieser Autobahn ein akademisch-wissenschaftliches Netz ist und das Deutsche Wissenschaftsnetz der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in der BRD das Rückgrat des deutschen Internet bildet und dieses wissenschaftliche Kommunikationsmedium, dessen Nutzung auch an den Hochschulen gegenwärtig rapide zunimmt, damit zentral von zwei weiteren Sachverhalten betroffen ist, die ebenfalls kaum Thema für die erwähnten Blätter sind

- daß nämlich gegenwärtig die entscheidende Auseinandersetzung um die politische Regulierung, ökonomische Kontrolle und inhaltliche Ausgestaltung dieses neuen Mediums begonnen hat und
- daß das Internet – ausgehend von den USA – mit großem Tempo zum modernsten Instrument der Verbreitung konservativer, militaristi-

scher und religiös-fundamentalistischer Politik, Kultur und Ideologie wird, also ein immer deutlicher explizit politisches Medium wird.

Nun gibt es ja auch *good news*: Weder Kohl noch Kinkel noch Stoiber sind online. Die *bad news*: Das wird sich ändern. Mit Sicherheit wird es in absehbarer Zeit eine propagandistisch gut gepflegte E-Mail-Adresse oder World Wide Web-Home Page des Bundeskanzleramts geben, wie schon seit 1994 in den USA das Weiße Haus. Und man sollte sich nicht täuschen: Wie in den USA werden hier täglich Tausende und bald auch Zehntausende vorbeischauen, lesen und das glauben, was sie da lesen und vor allem an bunten Bildern sehen. Wie rasch dieses Medium expandiert, zeigen wenige Zahlen: Wöchentlich werden in der Bundesrepublik 30 000 Modems ans Telephonnetz gehängt, heute sind es schon zwei Millionen; die Zahl der NutzerInnen in der BRD hat sich im letzten Jahr verdoppelt, weltweit hängen am Internet (das nur ein Netz unter vielen ist) rund 35 Millionen NutzerInnen und knapp fünf Millionen Computer. Über 2 000 Konzerne kommunizieren und offerieren Angebote über ihre eigenen Server. Die großen deutschen Print- und Multimediakonzerne wie der Spiegel oder Bertelsmann haben sich mit großen Netzanbietern, CompuServe und American Online zusammengetan und bauen ein kommerzielles Netzangebot auf. Die neuen Betriebssysteme OS/2 bzw. Windows 95, die zukünftig auf allen PC's liegen werden, haben den Hauptzweck, die bislang fast ausschließlich als *private Textverarbeitungssysteme* genutzten Maschinen in *soziale* und damit auch *kapitalisierbare Kommunikationssysteme* zu verwandeln, sei es in *rezeptive* (Video-on-demand etc.) oder in *interaktive*. Die neuen Textverarbeitungssysteme werden es sehr leicht machen, Texte so zu erstellen, daß sie auf das Netz gebracht werden und dort weltweit gelesen werden können. Diese neuen Kommunikationsverhältnisse reflektieren, reproduzieren und rekonstruieren natürlich die modernen allgemeinen politischen, kulturellen und sozialökonomischen Verhältnisse – und zwar gegenwärtig auf eine sehr zugespitzte Weise.

Die auf dem G-7 Ministertreffen zur Informationsgesellschaft letzte Woche beschworene globale Datenkommunikation ist bislang auf etwa ein knappes Prozent der Weltbevölkerung begrenzt. Das Cyberspace ist kein *global village*, sondern ein von lautstarken weißen Männern bevölkerter Vorstadtclub der amerikanisierten globalen Mittelklasse. Tips für Arbeitslose gibts nicht auf dem Netz. *Middle Class* ist das globale Paßwort des Internet: Wer keine Arbeit hat oder arm ist, als Frau geboren

wurde oder zum Beispiel auf Grönland und in Afrika lebt – der/die hat zur Zeit praktisch keine Chancen, die neuen Server mit Namen aus der männlichen europäischen Wissenschaftsgeschichte (Newton, Hobbes, Gauß), amerikanischen Comics (Mickey, Snoopy – aber auch Asterix), griechischen Mythologie, nördlichen Astronomie und Hollywood-SF-Kultur (Spock) ausstatten zu dürfen. Die Leistungsanmahnungen ans akademische Mittelklassenethos («Wer die Netzinformation nicht nutzt, wird auf Dauer abgehängt«¹) bleiben ihr versagt. Die Einkaufszonen (Malls) des Cyberspace sind die neuen Konsumtempel weißer monokultureller Mittelklassenmänner, die Frauen müssen eigentlich leider draußen bleiben, nix Cyberspace, kein Login – die ersten Opfer der Datenautobahn. Die Netzkultur ist männlich, da gibt es keine Quote.

Dies alles nun hat sehr viel mit Hochschulpolitik zu tun. Hochschulen bilden weiterhin das Gros der Anbieter auf dem deutschen Internet. An den Hochschulen kommen täglich Dutzende oder noch mehr, niemand weiß das, neue Anbieter, also Institute, Fachbereiche, Projekte, Gruppen hinzu. An zahlreichen Hochschulen können Studierende mit der Immatrikulation eigene E-Mail-Adressen bekommen, an einigen Hochschulen haben mittlerweile mehrere Tausend Studierende Nutzergenehmigungen, können also, auf gut deutsch gesagt, zum Ortstarif stundenlang mit Kommilitonen in New York auf dem Bildschirm plaudern (was sie natürlich nicht tun sollten, aber tun) und können, wenn es die Hochschuladministrationen erlauben, mit eigenen Angeboten auf das Internet gehen. Im Unterschied zu vor etwa zwei Jahren werden sie auf dem universitätseigenen Netz nicht nur so hochspannende Informationen wie Busfahrpläne, Sprechstundenzeiten oder ziemlich selbstreferentielle Literaturlisten der Hochschullehrer und Erklärungen zum ethischen Netzverhalten beim klammheimlichen Anwählen von immergleich drögen pornographischen Newsgruppen vorfinden. Sie werden auf dem Netz Hochschuleinrichtungen finden, die sich darum streiten, wer auf die zentrale Home-Page oder Einstiegsseite der Universität kommt, wenn möglich mit Fettdruck; mit elaborierten Benutzerführungen werden ihnen Abzweigungen, Parkplätze und Tankstellen auf der Datenautobahn empfohlen, hinter denen natürlich zunehmend hochschulpolitische Entscheidungen stehen. Und sie kön-

1 Geistesblitz im Cyber-Space. Wie elektronische Kommunikation die Wissenschaft revolutioniert. In: Bild der Wissenschaft (1995)3. S. 83.

nen schließlich die rasch aufblühende Politikkultur konsumieren, *the right side of the Web* etwa, beginnend mit Hunderten von WWW-Servern und Gophers aus unserer *Weltmilitärordnung*, von der NATO über die CIA bis zu Bundeswehruniversitäten, schon ästhetisch völlig grausam mit den immer gleichen Wappen und Abzeichen, mal tumb, mal martialisch, unterfüttert von überhaupt nicht zivilgesellschaftlichen Pages der Fans der Gewalt- und Waffenkultur. Dann die blühende *religiöse Rechte*: Das Verzeichnis ihrer elektronischen Präsenz auf dem Internet überschreitet ein paar Hundert Megabyte, die gut gepflegten ProLife und Anti-Abortion-Angebote eingeschlossen. Und schließlich die explizit *politische* Arena, die von dem »Nuclear Informations WWW-Server« (»Nuke-Home-Page«) oder der »Atomic-Home-Page« mit nützlichen Diagrammen zur Herstellung der Atombombe über die politisch agierenden Rüstungskonzerne à la Lookheed oder Rockwell bis zu der Propagandaseite des neuen Stars der US-Rechten Newt Gingrich reicht. The left and green side of the Web dagegen gibt es kaum, ein paar Organisationen der Friedensbewegung, keine Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, immerhin manche Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Greenpeace. Die SPD soll auf Datex-J zu finden sein, die Bündnisgrünen sind eher clever an der Oldenburger Uni auf einer Inforseite zur Forschung und Lehre untergeschlüpft, das Schmutzkind PDS ist, was Gopher und World Wide Web angeht, offline.

Doch es geht nicht nur um die naheliegende Frage, wie diese politischen Verhältnisse etwas pluralistischer gestaltet werden können – zum Beispiel: Sind Organisationen von Hochschulangehörigen, also auch demokratische wie der BdWi, berechtigt, ihre eigenen Angebote auf Hochschulservern auf das Netz zu bringen? Dürfen eine Studentin oder ein Hochschullehrer der Politikwissenschaften davon abgehalten werden, ihren Plattenplatz auf dem Hochschulrechner, auf den sie Anspruch haben, mit forschungs- und lehrebezogenen Informationen über die Parteien der Bundesrepublik, nennen wir die SPD oder die PDS als Beispiele, zu nutzen? Informationen, die dann eben, wie es dem Charakter des Mediums entspricht, bundes- oder weltweit gelesen und/oder kopiert werden können? Das Internet bietet heute noch politische Räume, die es in anderen Medien nicht einmal ansatzweise gibt. Ist es also nicht auch an der Zeit, die zentralen hochschulinformationpolitischen Fragen zu erörtern? Die *erste* Zutrittsfrage – access als Recht des gleichen Zutritts zu Informationen für alle, die *zweite* Zutrittsfrage – access als die Architektur des Zugangs zu den (technischen) Informationsmitteln, *drittens* die Eigen-

tumsfrage – property, wem gehört die Information? *Viertens* die Privatheit – also die Sicherung der Privatheit der Kommunikation, *fünftens* die Frage nach der Freiheit des Schreibens, des Redens und der Verbreitung von bildlichem Material, *sechstens* die soziale Frage nach der Sozialstruktur der AnbieterInnen und NutzerInnen, nach der politischen Soziologie von Informationsmacht.

Hochschulen sind Einrichtungen, in denen durch Kommunikation, den Austausch von Argumenten, Wahrheit ermittelt und weitergegeben werden soll. Ohne Vorstellung davon, wie diese Kommunikation beschaffen sein soll, kommen sie nicht aus. Wir sollten uns Gedanken machen, wir sollten darüber sprechen, wie eine solche Utopie der modernen Wissenschaftskommunikation aussehen könnte. Der amerikanische Science-fiction-Autor William Gibson, auf dessen 1987 erschienenen Roman »Neuromancer« das Wort vom Cyberspace zurückgeht, der bei ihm die negative Utopie eines virtuellen Raums ist, welcher von hyperintelligenten Rechnern multinationaler Konzerne beherrscht ist, William Gibson hat vor der amerikanischen Wissenschaftsakademie auch einige Sätze zu einer verblüffend simplen Positivutopie formuliert: »In meinem eigenen best-case-scenario«, so Gibson, »haben jede Grundschule und jeder Lehrer in den USA unbegrenzten und absolut kostenlosen beruflichen Zugang zu Telephondiensten. Alle Telephongesellschaften sollten gesetzlich verpflichtet sein, einen solchen Dienst bereitzustellen. Das würde natürlich auch für das Kabelfernsehen zutreffen. Ebenso sollte jeder Lehrer in jeder amerikanischen Schule von den Firmen auf Anfrage kostenlos mit jeglicher Software versorgt werden. Was würde uns das, als Gesellschaft, wirklich kosten? Nichts. Es würde nur einen Verlust an potentielltem Gewinn für einige der fettesten und am besten gefütterten Konzerne des Planeten bedeuten ... Oder verlangt irgend jemand jemals eine Lizenzgebühr, wenn einem Kind das Alphabet gelehrt wird?«

Weiterführende Literatur: Martin Bangemann [u. a.]: Europa und die globale Informationsgesellschaft. Empfehlungen für den Europäischen Rat. Brüssel 1994. – Jörg Becker: Der Weltmarkt für Information und Kommunikation. Von der »Informationsordnung« zur globalen »Wissensindustrie« auf Kosten der Dritten Welt. In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik 14(1994)28. S. 5–18. – Hans-Jürgen Bieling: Telekratische Öffentlichkeiten. In: Forum Wissenschaft 12(1995)1. S. 6–9. – Achim Bühl: Cyberspace und Virtual Reality. In: Forum Wissenschaft 12(1995)1. S. 16–19. – Weert Canzler/Sabine Helmers/Ute Hoffmann [Kulturraum Internet Wissenschaftszentrum Berlin]: Die Datenautobahn – Sinn und Unsinn

einer populären Metapher. Berlin 1995. S. 95–101 (WZB Papers FS II). – Robert Darlington: The Information Superhighway: An International Trade Union Review. Prepared for the Postal, Telegraph and Telephone International by R. Darlington of the Communication Workers Union of the United Kingdom. Juni 1995. – Helmut Fangmann/Michael Schwemmler: Von der Telematik zur Medienintegration. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 40(1995)2. S. 203–213. – Claudia von Grote/Sabine Helmers/Ute Hoffmann & Jeanette Hofman (Hrsg.): Kommunikationsnetze der Zukunft – Leitbilder und Praxis. Dokumentation einer Konferenz am 3. Juni 1994. Berlin 1994. S. 94–103 und 237–247 (WZB-Paper FS II). – Kurt van Haaren/Detlef Henschel (Hrsg.): Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand. Hamburg 1995. S. 29–42. – Doris Kretzen: Information-Highways und Hitchhiker. In: Forum Wissenschaft 11(1994)1. S. 21–25. – Herbert Kubicek: Die soziale Dimension der Neuen Medien als politische Herausforderung. In: Herbert Kubicek [u. a.]: Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1995: Multimedia – Technik sucht Anwendung. Heidelberg 1995. – Arbeitsgruppe IG Medien/Deutsche Postgewerkschaft: Materialien zu »Multimedia«. Stuttgart 1994. – IG Medien und Deutsche Postgewerkschaft: Memorandum zur Gestaltung der Informationsgesellschaft. In: IG Medien Forum 133(1995)6. S. 11–13. – William J. Mitchell: City of Bits. MIT Press. Cambridge 1995 (als elektronischer Text vorhanden). – Howard Rheingold: The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier. Reading (Mass.) 1993. – Rainer Rilling: On the other side of the web. In: Forum Wissenschaft 12(1995)1. S. 20–23; Netz 1. In: Georg Ahrweiler (Hrsg.): Soziologische Ausflüge. Opladen 1995. – Spiros Simitis: Das scheinbar Private ist längst öffentlich. In: »Frankfurter Rundschau« vom 19. Juni 1995. S. 9.

PETER DÖGE UND BRIGITTE FENNER

Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik*

*Forschungs- und Technologiepolitik
zwischen Standort- und Nachhaltigkeitsparadigma
– zur Notwendigkeit einer Trendwende*

Vor dem Hintergrund zunehmender ökologischer und sozialer Probleme von globaler Natur erscheint es äußerst kontraproduktiv, daß die gegenwärtigen Forschungs- und Technologiepolitiker Deutschlands auf Bundes- und Landesebene ihre Maßnahmen in erster Linie an der Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt ausrichten, wobei vor allem die Förderung sogenannter Schlüsseltechnologien¹, die Verbesserung des industrieorientierten Technologietransfers sowie der Abbau vermeintlich innovationshemmender Rahmenbedingungen im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen. Ökologische und soziale Grenzen sowie negative Effekte und destruktive Potentiale des gegenwärtigen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Industrialisierungsmodells werden negiert und seine globale Beschränktheit nicht reflektiert.² Dies hat dazu geführt, daß gegenwärtig

* Der hier vorliegende Text umreißt die konzeptionellen Überlegungen im Zusammenhang einer Studie im Auftrag der PDS-Fraktion des Brandenburgischen Landtages zu Perspektiven einer sozial-ökologischen Forschungs- und Technologiepolitik in Brandenburg, die am Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e. V. (IAIZ) erarbeitet worden ist.

- 1 Als Schlüsseltechnologien werden im wesentlichen Informationstechnik, neue Materialien, physikalische und chemische Technologien, Laser- und Biotechnologie bezeichnet.
- 2 Als paradigmatisch für diesen Denkansatz können die Empfehlungen des vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) eingesetzten »Strategiekreises For-

- Technikfolgenabschätzung und Umweltforschung nach wie vor in Umfang und Ausstattung marginal sind;
- ökologische Aspekte noch immer nicht Bestandteil sämtlicher Förderbereiche sind;
- eine angemessene Risikoabschätzung der sogenannten »strategischen Technologien« nicht stattfindet;
- im Bereich der Energieforschung die Aufwendungen für regenerative Energietechnologien gegenüber der Nuklear- und Fusionstechnologie noch immer keinen Förderschwerpunkt darstellen;
- die Rüstungsforschung fast ein Fünftel der Forschungsausgaben des Bundes auf sich vereinigen kann;
- der wissenschaftlich umstrittene Bereich der Weltraumforschung mit rund 20 % Anteil an den Forschungsausgaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) nach wie vor den zentralen Förderungsschwerpunkt bildet und
- die Forschungsförderung in den Bereichen der sogenannten »Vorsorgeforschung«³, für die insgesamt nur ein Fünftel der Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes aufgewendet werden, größtenteils technikzentriert angelegt ist und somit den Anforderungen an eine sozial-ökologische Ausrichtung nicht gerecht wird.⁴

schung und Technologie« angesehen werden. Dort heißt es unter anderem: »Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands könnte als Zielgröße für künftige wirtschaftliche Herausforderungen nicht mehr ausreichen. Die Zielgröße sollte der Wettbewerbserfolg, also die wirtschaftliche und technologische Führungsposition im weltweiten Maßstab sein« (Strategiekreis 1994, S. 2).

- 3 Unter der »Vorsorgeforschung« werden vom BMFT unter anderen neben der Umwelt- und Gesundheitsforschung sowie der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung auch Gebiete wie die Straßenbauforschung subsumiert.
- 4 Siehe Peter Döge und Brigitte Fenner: Zwischen Ökonomisierung und Technologisierung. Eine kritische Analyse des aktuellen Forschungsberichts aus sozial-ökologischer Perspektive. In: Wechselwirkung 16(1994)65. S. 37–40. – Brigitte Fenner: Technik in Wissenschaft und Politik. Eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen sozialwissenschaftlichen Technikforschung und der Technikfolgenabschätzung aus feministischer Perspektive. In: Brigitte Fenner (Hrsg.): Technikfolgenabschätzung heute – Akzeptanzsteuerung oder Technikgestaltung? Standortbestimmung GRÜNER Forschungs- und Technologiepolitik. Marburg 1994. S. 117–140. – Georg Ahrweiler/Peter Döge/Rainer Rilling (Hrsg.): Memorandum Forschungs- und Technologiepolitik 1994/1995. Gestaltung statt Standortverwaltung. Für eine sozial-ökologische Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik. Marburg 1994.

Ein derartiger Ansatz ist unzureichend und stellt keine zukunftsfähige forschungs- und technologiepolitische Strategie dar, denn er

- vergrößert die ökologischen Risikolagen und entzieht damit letztendlich jeglichem Wirtschaften die Basis;
- verschärft soziale und geschlechtsspezifische Disparitäten sowohl auf nationaler Ebene als auch im globalen Zusammenhang und ist zudem unter sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten völlig unzureichend;
- führt zu wachsender, unkontrollierter und risikoreicher Technologieentwicklung, indem in erster Linie auf eine ökonomische Verwertbarkeit hin gefördert wird. Dabei bleiben die sozial, global und vor allem geschlechtsspezifisch ungleich verteilten Chancen und Risiken neuer Technologien völlig außer acht;
- vernachlässigt stark die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung, die insbesondere im Zusammenhang mit technologischen Weiterentwicklungen einen hohen Stellenwert aufweisen sollte, und entzieht einer angemessenen Risikoreflexion und Technologiefolgenabschätzung damit die Basis.

Die aktuellen sozialen und ökologischen Problemlagen erfordern zu ihrer Lösung sowohl auf Länder- als auch Bundesebene eine Kehrtwende der forschungs- und technologiepolitischen Konzepte hin zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsorientierung. Das Nachhaltigkeitsparadigma geht davon aus, daß dem marktwirtschaftlich-kapitalistischen Industrialisierungsmodell, das sich in der Zwischenzeit auch in den neuen Bundesländern sowie den ehemals realsozialistischen Staaten durchgesetzt hat, massive ökologische und soziale Destruktivitäten strukturell immanent sind und es von daher keine zukunftsfähige sozio-ökonomische Formation darstellt. Das Nachhaltigkeitsparadigma beinhaltet eine Neuorientierung forschungs- und technologiepolitischer Maßnahmen an den Zielen: Schonung natürlicher Ressourcen, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie insbesondere Abbau sozialer und geschlechtsspezifischer Disparitäten.

*Orientierungspunkte und Leitlinien
einer sozial-ökologischen Forschungs- und Technologiepolitik*

a) Orientierungspunkt Technikkritik

Vor dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Perzeption negativer ökologischer Effekte des industrialistischen Wachstumsmodells wird spätestens seit Beginn der 70er Jahre das Technikmodell westlicher Industriestaaten in Frage gestellt.⁵ Ausgehend von einer Kritik an der großen Produktionsmaschinerie betonen die technikkritischen Ansätze insbesondere einen strukturellen Zusammenhang zwischen industrialistisch-kapitalistischer Technologie und Umweltzerstörung.⁶ Dabei werden der – auch und besonders in der ArbeiterInnen- und sozialistischen Bewegung⁷ – lange Zeit vorherrschende Technikdeterminismus, demzufolge Technik als exogene Kraft mit einer eigenen Dynamik begriff-

-
- 5 Ähnliche Überlegungen finden sich im Ansatz auch in den realsozialistischen Staaten, können dort jedoch keinen Einfluß auf die aktuelle Politik ausüben (so beispielsweise Rudolf Bahro: *Die Alternative. Zur Kritik des Industriesystems.* Reinbek bei Hamburg 1980. – Siehe auch Radovan Richta [u. a.]: *Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution.* Frankfurt am Main 1971).
 - 6 Siehe Peter Döge: *Grüne Perspektiven sozial-ökologischer Technikgestaltung – welchen Beitrag leistet Technikfolgenabschätzung?* In: Brigitte Fenner (Hrsg.): *Technikfolgenabschätzung heute – Akzeptanzsteuerung oder Technikgestaltung?* Marburg 1994. S. 11–26. – In der technik- und wachstumskritischen Debatte werden Kapitalismus und Realsozialismus unter dem Begriff des Industrialismus subsumiert und analysiert: »Im Resultat ergibt sich eine Produktionsorganisation, die zusammengefaßt folgende Merkmale hat: Sie ist groß, viele Menschen und Sachen sind an einem Ort konzentriert, kaserniert; sie ist hochgradig arbeitsteilig; durch den Einsatz von Wissenschaft erfolgt eine stärkere Spezialisierung; sie ist hierarchisch aufgebaut, das Herrschaftswissen und die Verfügungsgewalt sind in einer ›Spitze‹ zentralisiert, es erfolgt eine Aufteilung in anweisende und ausführende Tätigkeiten; die Herrschaftsbeziehungen sind ›versachlicht‹; der Sachenanteil ist sehr groß; sie hat einen hohen Verwaltungs- und Büroanteil für den Zusammenhalt und die ›Rechnungsführung‹ der Sachen und Personen und für die Planung, und sie ist auf Dauer, auf kontinuierlichen Betrieb hin angelegt.« (Otto Ullrich: *Weltniveau – in der Sackgasse des Industriesystems.* Berlin 1979. S. 32.) Altvater spricht von daher im Hinblick auf die realsozialistischen Staaten von einer »halben Revolution«, die zwar eine Umgestaltung des politischen Systems nach sich zog, die industrialistische Technostruktur jedoch beibehielt. (Siehe Elmar Altvater: *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des »real existierenden« Sozialismus.* Münster 1992. S. 18.)
 - 7 Siehe Hans-Albert Wulf: »Maschinenstürmer sind wir keine«. *Technischer Fortschritt und sozialdemokratische Arbeiterbewegung.* Frankfurt am Main, New York 1987.

fen wird, über deren Nutzen oder Schaden nur der gesellschaftliche Gebrauch entscheide, sowie die Gleichsetzung von technischem und sozialem Fortschritt aufzugeben. Im Gegensatz hierzu wird davon ausgegangen, daß die ökologisch und sozial destruktiven Tendenzen der gegenwärtigen Technologie, die als »soziales System« begriffen wird⁸, gesellschaftlich bedingt sind, indem bereits bei ihrer Entwicklung spezifische soziale Akteure und Interessen dominieren, die letztendlich die Materialität der technischen Artefakte weitgehend bestimmen. Insbesondere aus feministischer Perspektive wird darauf hingewiesen, daß im Prozeß der Technikgenese männliche⁹ Interessen und Leitbilder vorherrschen, die Technikentwicklung vorwiegend von ökonomischen, politischen und militärischen Machtinteressen beeinflußt sowie auf Naturbeherrschung angelegt sei.¹⁰

Aus diesen Überlegungen können folgende Leitlinien für eine sozial-ökologische Innovationspolitik abgeleitet werden: *Erstens*: Technik ist offen und gestaltbar, ein eigendynamischer technischer Sachzwang existiert nicht, es gibt immer technische Alternativen. Über die konkrete Ausgestaltung technischer Artefakte entscheiden jeweils spezifische Akteurskonstellationen, wobei unter den gegenwärtigen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen hinsichtlich des Zugangs zu den Arenen der Technikgenese strukturelle Selektivitäten existieren, die ökonomische und männliche Interessen und Visionen dominant werden lassen.

Zweitens: Von daher ist Innovationspolitik mehr als nur der Nachvollzug vermeintlich technischer Sachzwänge im Sinne Schelskys »techni-

8 Siehe Donald MacKenzie/Judy Wajcman (Eds.): *The Social Shaping of Technology*. Milton Keynes 1985.

9 Die Zuschreibungen »männlich« und »weiblich« bezeichnen keine biologisch determinierten, sondern mit sozialen Rollenzuweisungen verbundene Verhaltensweisen und Wertvorstellungen. Sie beinhalten auch keine positive Wertung sogenannter weiblicher Werte, denn auch »die weiblichen Werte sind selbst durch die männerdominierte Struktur unserer Gesellschaft verfälscht« (Judy Wajcman: *Technik und Geschlecht. Die feministische Technikdebatte*. Frankfurt am Main 1994. S. 199).

10 Siehe Brigitte Fenner: *Technik in Wissenschaft und Politik*. Marburg 1994. – Regine Kollek: Brauchen wir eine neue wissenschaftliche Revolution? In: Regine Kollek/Hans-Jürgen Fischbeck (Hrsg.): *Fortschritt wohin? Wissenschaft in der Verantwortung – Politik in der Herausforderung*. Münster 1994. S. 41–49. S. 199). – Carolyn Merchant: *Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Wissenschaft*. München 1987. – In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß Bacon, der Begründer der modernen Naturwissenschaft, auch als Inquisitor tätig war und die Erforschung der Natur in seinen Schriften mit der Erpressung von Geheimnissen von Hexen unter der Folter verglich (siehe Carolyn Merchant: *Der Tod der Natur*. S. 177ff.).

schen Staates«. Innovationspolitik kann die Ausgestaltung technischer Artefakte vor allem dadurch entscheidend mitbestimmen, daß sie spezifische Akteurskonstellationen präferiert bzw. ausschließt.

Drittens: Die präzise Bestimmung der oben angeführten Kriterien für sozial-ökologische Technologien, etwa von Ressourceneffizienz, Energieeffizienz und Demokratieverträglichkeit, kann nicht nur a priori »objektiv«, sondern sollte vor allem prozessual-diskursiv erfolgen. Denn auch scheinbar naturwissenschaftlich-exakt zu definierende Begriffe wie beispielsweise Ressourceneffizienz beinhalten unseres Erachtens normative – und von daher politisch zu bestimmende – Annahmen.

b) Orientierungspunkt »Nachhaltige Entwicklung«

Einen wichtigen Ausgangspunkt für die Diskussion zu Sustainable Development bildete die im Jahr 1972 erschienene Studie des Club of Rome: »Grenzen des Wachstums«. ¹¹ Zum ersten Mal wurde hier von offizieller Seite das herrschende Industrialisierungsmodell in Frage gestellt und ein »Modell einer wachstumsfreien, aber deshalb keineswegs entwicklungslosen Gesellschaft« ¹² vorgeschlagen.

Spätestens seit der UNCED-Konferenz 1992 in Rio ist Sustainable Development nun zu einem wichtigen Bestandteil der umwelt- und wirtschaftspolitischen Debatte geworden, wobei der Begriff »Nachhaltige Entwicklung« im wesentlichen vom Bericht der Brundtland-Kommission

11 Siehe Dennis L. Meadows [u. a.]: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972.

12 Hans-Jürgen Harborth: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept des »Sustainable Development«. Berlin 1993. S. 23. – Mary Mellor verweist in diesem Zusammenhang zu Recht auf die späte Wahrnehmung der ökologischen Krise durch den Norden: »Trotz all dieser Aktivitäten [der Ökologiebewegung – die Autoren] bemerkten die wichtigsten Wirtschaftsmächte und Regierungen der Welt den Ernst der ökologischen Lage erst, als der universelle Charakter der Krise nicht mehr zu übersehen war, oder, genauer gesagt, als die Krise auch die herrschenden Gruppen der herrschenden Nationen des Nordens bedrohte. Für die Menschen des Südens ist die Umweltkrise nichts Neues; sie leben schon seit langem mit rücksichtsloser industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, mit mangelhaften sanitären Einrichtungen, in erschöpfender Armut, und mit erbärmlichen Zukunftsaussichten für ihre Kinder. Der reiche Norden wurde nicht durch seine Armen oder durch die industriell produzierte Umweltverschmutzung und die Giftmüllkippen im Süden alarmiert, sondern durch den Konflikt über die Entsorgung und Lagerung radioaktiven Mülls. Klimaveränderungen, die für den Tod oder die Vertreibung von Millionen von Menschen im Süden verantwortlich sind, waren solange kein Thema, bis die Erwärmung der Erdatmosphäre auch die

geprägt worden ist, die ihn folgendermaßen definierte: »Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.«¹³

Trotz der mittlerweile breiten Debatte existiert keine eindeutige und allgemein anerkannte Definition von Sustainable Development, vielmehr besteht die Gefahr der »gruppenspezifisch differierenden Instrumentalisierung des Begriffs«.¹⁴ Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, Sustainable Development als ein normatives Konzept zu sehen¹⁵, wobei es im weiteren darauf ankomme, die Fragen nach der Gewichtung zentraler ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte sowie den Stellenwert technologischer Innovationen zu klären.¹⁶

Vor diesem Hintergrund gehen wir bei der Diskussion um Ansatzpunkte für eine nachhaltige Forschungs- und Technologiepolitik von folgenden Leitlinien aus: *Erstens*: Das industrialistisch-kapitalistische Produktions- und Konsummodell ist nicht globalisierbar, denn es basiert auf einem immensen Ressourcen- und Energiedurchsatz¹⁷, wobei »die Be-

nördliche Hemisphäre zu bedrohen begann. Das Ozonloch erklimm schlagartig die Spitze der politischen Tagesordnung, als klar wurde, daß es auch für die hellhäutigen Menschen eine Gefahr darstelle.« (Mary Mellor: Wann, wenn nicht jetzt! Für einen ökosozialistischen Feminismus. Hamburg 1994. S. 27.)

- 13 Brundtland-Bericht: Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft. Deutsche Ausgabe hrsg. von Volker Hauff. Greven 1987. S. 46.
- 14 Jürgen Kopfmüller: Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung – »Sustainable Development«. Eine kritische Betrachtung. In: Wechselwirkung 15(1993)61. S. 6.
- 15 »Sustainable development is a normative concept. Indeed, the heart of the argument is about a fair distribution of natural resources, among different generations, as well as among the population of the First, the Second and the Third World of our own generation.« (Frank J. Dietz/Jan van der Straaten: Sustainable Development and the Necessary Integration of Ecological Insights into Economic Theory. In: Frank J. Dietz/Udo Ernst Simonis/Jan van der Straaten (Eds.): Sustainability and Environmental Policy. Restraints and Advances. Berlin 1992. S. 43.)
- 16 Siehe auch Jürgen Kopfmüller: Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung – »Sustainable Development«. Eine kritische Betrachtung. In: Wechselwirkung 15(1993)61. – Gerhard Angerer: Innovative technologies for a Sustainable Development. In: Frank J. Dietz/Udo Ernst Simonis/Jan van der Straaten (Eds.): Sustainability and Environmental Policy. Restraints and Advances. Berlin 1992. S. 181–190.
- 17 Siehe Maren Jochimsen/Ulrike Knobloch/Irmi Seidl: Vorsorgendes Wirtschaften. Konturen-skizze zu Inhalt und Methode einer ökologischen und sozialverträglichen Ökonomie. In: Politische Ökologie 16(1994)Sonderheft 6. S. 6–11. – Hans-Jürgen Harborth: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbsterstörung. Eine Einführung in das Konzept des »Sustainable Development«. Berlin 1993. – Siehe auch Elmar Altvater:

drohung für Natur und das Leben der Menschheit vor allem vom Entwicklungskonzept des Nordens ausgeht«¹⁸.

Zweitens: Das westliche Industrialisierungsmodell ist in globaler Hinsicht nicht nur ökologisch unverträglich, es ist zudem gekennzeichnet von einem sozial diskriminierenden »oligarchischen Konsumniveau«¹⁹. Diese – dem westlichen Industriemodell strukturell inhärente – ungleiche Verteilung von materiellem Wohlstand, Lebens- und Bildungschancen zwischen Regionen, Ethnien und vor allem Geschlechtern²⁰ sollte langfristig ausgeglichen werden²¹.

Drittens: Die Strategie der ökologischen Modernisierung, die zum Schutz der Umwelt auf eine überwiegend durch den Einsatz von sogenannten Umwelttechnologien²² induzierte Reduzierung des Ressourceneinsatzes und der Schadstoff-Emissionen unter weitgehender Beibehaltung bestehender gesellschaftlicher Strukturen und ökonomischer Rahmenbedingungen zielt²³, stellt für sich allein genommen keine adäqua-

Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster 1992.

- 18 Christa Wichterich: Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Köln 1992. S. 21 (Berichte, Analysen, Dokumente. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Bd. 16).
- 19 Zitiert nach Hans-Jürgen Harborth: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Berlin 1993. S. 40f.
- 20 Siehe unter anderen Jodi L. Jacobson: Frauendiskriminierung: die wirkliche Ursache der Unterentwicklung. Schwalbach im Taunus 1994. – Alan B. Durning: Die Armutsfalle. Die Beziehung zwischen Armut und Umwelt – Die Elendsspirale umdrehen. Worldwatch papers/deutsche Ausgabe. Bd. 2. Schwalbach im Taunus 1992. – Nach Angaben der UNESCO sind 80 % der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den Ländern des Nordens angesiedelt. Siehe UNESCO: World Science Report. Paris 1994.
- 21 Siehe Gerald Braun: Vom Wachstum zur dauerhaften Entwicklung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« (1992)25–26. S. 12–19.
- 22 Unter Umwelttechniken, -technologien, -gütern und -Dienstleistungen verstehen wir dabei in Anlehnung an die Definition vom Office of Technology Assessment – OTA – all jene Technologien und auf sie bezogenen Dienstleistungen, die in der (verarbeitenden) Industrie zur Minderung von Umweltbelastungen nachsorgend oder vorbeugend eingesetzt werden bzw. werden können.
- 23 In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die Tatsache verwiesen, daß der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik seit Beginn der 70er Jahre weniger stark gewachsen ist als das Bruttosozialprodukt, was in erster Linie auf den Einsatz von Technologien zurückgeführt wird. Bei dieser Aussage wird jedoch außer acht gelassen, daß der Energieeinsparungseffekt zum einen auch über den wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu weniger energieintensiven Industrien sowie auch durch die Verlagerung energieintensiver und umweltzerstörender Industrien erfolgte. – Siehe Patrick Low/Alexander

te nachhaltige Innovationsstrategie dar und kann daher bestenfalls als eine Übergangsstrategie angesehen werden²⁴. Insbesondere die Tatsache, daß die überwiegend zur Anwendung kommenden Umwelttechnologien den »End-of-the-pipe-Technologien« zuzurechnen sind, die keinen oder einen nur sehr beschränkten Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten, ist hier von Bedeutung. Denn additive Umwelttechnologien verlagern Umweltbelastungen zum einen nur zeitlich, räumlich und medial, erfordern zum anderen bei ihrer Produktion zusätzlichen energetischen und stofflichen Aufwand. Des weiteren können im Laufe der Zeit Kompensationseffekte auftreten.²⁵ Additive Umwelttechnologien liefern ferner keinen Beitrag zur Verminderung der CO₂-Emissionen, zum Verlust nicht regenerierbarer Rohstoffe sowie zur Lösung des Verkehrsproblems. Dementsprechend schätzt der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen das

Yeat: Do »Dirty« Industries Migrate. In: Patrick Low (Ed.): International Trade and the Environment, World Bank Discussion Papers. Washington 1992. S. 89–103. – Hilary F. French: Handel in einer Welt: Welthandel und Umwelt in Einklang bringen. Worldwatch-Paper. Bd. 11. Schwalbach im Taunus 1995.

- 24 Auf den in diesem Zusammenhang verengten Begriff von Umweltschutz weist Sabine Hofmeister hin: »Umweltschutz wird noch immer als eine Art reproduktive ›Zusatzaufgabe‹ des Wirtschaftens begriffen. Solange noch nicht verstanden worden ist, daß die Natur nur erhalten werden kann, indem sie bewußt und ökologisch ›richtig‹ gestaltet wird [...], meint Umweltschutz vor allem ›Wiederherstellung‹ – Wiederherstellung derjenigen Anteile unserer sogenannten Um-Welt, von denen wir zwischenzeitlich zumindest ahnen, daß die hier vorfindliche Produktivität, die Produktivität des Lebendigen, doch etwas mit der *ökonomischen* Produktivität zu tun haben könnte. [...] Umweltschutz als Antwort des Industriesystems auf die ökologische Krise ist der Versuch, neben dem der Industrie eigenen Mechanismus der destruktiven Naturherstellung einen *zusätzlichen* Mechanismus der produktiven *Wiederherstellung* von Natur einzurichten. Umweltschutz ist angetreten mit dem Ziel, die naturale Produktivkraft der Industrie, von der jene ökonomisch nichts weiß, und nichts wissen will, zu reproduzieren, um zugleich den immanenten Prozeß der industriellen Negation ökologischer Produktivität weiter in Gang zu halten. So gesehen ist Umweltschutz das paradoxe Unternehmen der Industriegesellschaft, das Ergebnis ihrer eigenen Ökonomie durch *Reproduktion des Produkts* zu korrigieren.« (Sabine Hofmeister: Ist nachhaltiges Wirtschaften weiblich? – Zur Bedeutung der physischen Einheit von Produktion und Reproduktion für die Ökonomie. In: Judith Buchen [u. a.] (Hrsg.): Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral – Feministische Perspektiven. Bielefeld 1994. S. 137f. – Hervorhebungen von Sabine Hofmeister.) – Siehe auch Hans-Jürgen Harborth: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung und Jürgen Kopfmüller: Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung. In: Wechselwirkung 15(1993)61.
- 25 Siehe Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1994. Stuttgart 1994. – Reinhardt Coenen/Christine Katz [u. a.]: TA-Projekt »Umwelttechnik und wirtschaftliche Entwicklung«. Zwischenbericht. Bonn 1994.

Vermeidungspotential dieser Technologien auf nur 0 bis 2 %. Folgerichtig gelangt hier eine vom Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag erstellte Studie zum Problemkomplex Abfallvermeidung zu dem Ergebnis, daß die Senkung des Stoffdurchsatzes und die Reduzierung des Müllaufkommens eben nicht nur durch technologische Innovationen erreicht werden kann: »Antworten auf diese Frage können nicht nur in technologischen Innovationen und einer ökologischen Modernisierung gesucht werden. Vielmehr steht eine Strukturveränderung zur Debatte, die dem Leitbild einer abfallarmen Lebensweise folgt.«²⁶

Viertens: Nachhaltige Entwicklung impliziert daher im Sinne einer Strategie der strukturellen Ökologisierung einen grundlegenden Umbau wesentlicher zur Umweltzerstörung beitragender Strukturen des Industriesystems.²⁷ In diesem Zusammenhang ist neben der Begrenzung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik vor allem die Überwindung patriarchaler Strukturen²⁸ von zentraler Bedeutung: »Solange Frauen benachteiligt werden, ist eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich.«²⁹

-
- 26 Anneliese Looss und Christine Katz: Abfallvermeidung: Strategien, Instrumente und Bewertungskriterien. Endbericht des TA-Projekts »Abfallvermeidung und Hausmüllentsorgung – Vermeidung und Verminderung von Haushaltsabfällen«. Bonn 1993. S. I.
- 27 Siehe Mary Mellor: Wann, wenn nicht jetzt! Für einen ökosozialistischen Feminismus. Hamburg 1994. – Christa Wichterich: Die Erde bemuttern. Köln 1992. – Hans-Jürgen Harborth: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbsterstörung. Berlin 1993. – Saral Sarkar: Nachhaltige Entwicklung. Rettungsversuch für eine sterbende Illusion. In: Wechselwirkung 15(1993)61. S. 9–14.
- 28 Patriarchat bezeichnet eine gesellschaftliche Struktur, die sich im Laufe von Jahrtausenden entwickelt und in unterschiedlichen ökonomischen, politischen und sozialen Formen materialisiert hat. Ihr zentrales Moment ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen (öffentlicher) Produktion und (privater) Reproduktion mit den jeweiligen geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen und Wertigkeiten. Dabei besteht sehr wohl die Möglichkeit, daß Frauen vereinzelt in Führungspositionen gelangen ebenso wie Männer als Hausmänner arbeiten. An der grundlegenden geschlechtsspezifischen Selektivität patriarchaler Institutionen im ganzen ändert dies nichts. Geschlechtsspezifische Unterdrückungs- und Dominanzverhältnisse sind weitaus älter als klassenspezifische und überlagern diese: »Die Klasse ist keine Erscheinung, die sich von geschlechtsspezifischen Positionen trennen läßt, Klassenzugehörigkeit kommt vielmehr auf geschlechtsspezifische Weise zum Ausdruck, ist je nach Geschlecht definiert.« (Gerda Lerner: Die Entstehung des Patriarchats. Frankfurt am Main 1991. S. 264.) Aus einer materialistisch-emanzipativen Perspektive ist es unseres Erachtens zwingend, dieses Modell der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der damit verbundenen geschlechtsspezifischen Diskriminierungen nicht als überhistorisch oder gar biologisch determiniert hinzunehmen, sondern als historisch wandelbar zu betrachten: »Das System des Patriarchats ist

Elemente sozial-ökologischer Forschungs- und Technologiepolitik

a) Regionalorientierung

Den zentrale Ansatzpunkt nachhaltiger Entwicklung bildet die Etablierung ökonomischer Strukturen und Prozesse mit minimalem Ressourcendurchsatz, was zu einer Einschränkung ökonomischen Wachstums im herkömmlichen Sinn führen muß.³⁰ In diesem Zusammenhang wird es weiterhin nötig, zwischen Wachstum und Entwicklung zu unterscheiden, wobei insbesondere von Herman E. Daly die Möglichkeit eines »nachhaltigen Wachstums« bestritten wird. Eine nicht auf Wachstum aber auf Entwicklung basierende »steady-state-economy« schließe jedoch keinen Stillstand oder gar einen Rückschritt gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung ein, sondern eine Optimierung des materiellen und immateriellen Ressourcenverbrauchs:

»Entwicklung ohne Wachstum ist nachhaltig. Eine Wirtschaft in stationärem Maßstab vermag auch weiterhin ihre Fähigkeit zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zu steigern, indem sie die Ressourcen effizienter nutzt, die sozialen Einrichtungen verbessert und ihre ethischen Prioritäten klarer definiert – aber nicht, indem sie den Durchsatz an Ressourcen erhöht.«³¹

Zentrales Merkmal einer nachhaltigen Ökonomie ist eine Verstärkung regionaler zuungunsten internationaler Wirtschaftskreisläufe, wobei damit folgende Ziele erreicht werden könnten³².

ein historisches Konstrukt. Es hat einen Anfang und es wird ein Ende haben.« (Ebenda, S. 283.)

- 29 Jodi L. Jacobson: Frauendiskriminierung: die wirkliche Ursache der Unterentwicklung. Schwalbach im Taunus 1994. S. 9. – Hervorhebung durch die Autoren.
- 30 Siehe Sabine Hofmeister: Ist nachhaltiges Wirtschaften weiblich? Bielefeld 1994. – Siehe Elmar Altvater: Der Preis des Wohlstands oder Umweltpfändung und neue Welt(un)-ordnung. Münster 1992.
- 31 Hermann Daly: Die Gefahren des freien Handels. In: Spektrum der Wissenschaft 8(1994)1. S. 45.
- 32 Die Debatte um eine Regionalisierung der Ökonomie ist insbesondere als Reaktion auf die strukturelle Krise des kapitalistischen Weltsystems seit Mitte der 70er Jahre mit dem besonderen Augenmerk auf die Schaffung von Arbeitsplätzen geführt worden. Diese Konzepte wurden vor allem in Großbritannien mit dem Ansatz eines »Municipal Socialism« verknüpft. (Siehe Bernd-Georg Spiess: »Municipal Socialism« – oder Kommunalpolitik als Ausgangspunkt für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik? Erfahrungen aus Großbritannien. In: Bernhard Blanke [u. a.] (Hrsg.): Die zweite Stadt. Opladen 1986. S. 232–252. – Siehe auch Arnim von Gleich/Rainer Lucas/Ruggero Schlei-

Erstens: Reduzierung der mit der Weltmarktorientierung des kapitalistischen Industrialismus verbundenen globalen »sozialen Kosten«, wie beispielsweise exportierte Arbeitslosigkeit als Folge internationaler Konkurrenz, exportierte Umweltzerstörung, Reduzierung energieverschwendender Transportströme.³³

Zweitens: Wiedergewinnung regionaler Autonomie: Mit einer Orientierung der Produktion an den regional vorhandenen Bedürfnissen werden Fragen der industriellen Struktur wieder zu Angelegenheiten der jeweiligen Region und der dort lebenden Menschen. Das bedeutet keinesfalls eine regionalistische Autarkiepolitik, sondern »es geht um die Stärkung der intraregionalen auf Kosten der internationalen und interregionalen Verflechtungen«³⁴. Regionalorientierung will in erster Linie monostrukturelle Abhängigkeiten reduzieren, indem die am regionalen Bedarf ausgerichtete Industrie zur ökonomischen Basis der Region werden soll, während das Gewicht der weltmarktorientierten Industrie reduziert wird.

Drittens: Letztendlich hätte eine Regionalorientierung ökonomischer Aktivitäten den Abbau regionaler Disparitäten und somit die Angleichung der Lebensverhältnisse in den Regionen zum Ziel. Die heutige Spaltung in »Gewinner- und Verlierer«-Regionen auf der Welt ist – wie oben bereits skizziert – Resultat ökonomischer und industriestruktureller Abhängigkeiten vom Weltmarkt.

cher: Blickwende – Begründungen und Kriterien für eine regional- und bedürfnisorientierte Technologiepolitik. Düsseldorf 1988 (Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung. Werkstattbericht. Heft 33).

- 33 Für den Transport der 1991 weltweit verschifften rund vier Milliarden Tonnen Fracht war ein Energieaufwand von der Dimension des gesamten Energieverbrauchs Brasiliens und der Türkei notwendig, für die 17 Mio. Tonnen Luftfracht von der Dimension des Verbrauchs der Philippinen. (Siehe Jürgen Kopfmüller: Das Leitbild einer global zukunftsfähigen Entwicklung (»Sustainable Development«). Hintergründe und Perspektiven im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Karlsruhe 1994. S. 129 (KfK/AFAS Arbeitsbericht. Heft 10).) – Weiterhin wird exemplarisch darauf verwiesen, »daß auf dem deutschen Textilmarkt heute z. B. T-Shirts angeboten werden, bei denen Baumwolle aus Kasachstan in der Türkei zu Garn gesponnen wird, aus dem in Taiwan Gewebe entsteht, das in Frankreich unter Verwendung polnischer und chinesischer Farben bedruckt und für eine italienische Firma in Bulgarien geschneidert wird.« (Ebenda. S. 131.) – Siehe auch Hilary F. French: Handel in einer Welt: Welthandel und Umwelt in Einklang bringen. Worldwatch Paper. Bd. 11. Schwalbach im Taunus 1995.
- 34 Ruggero Schleicher/Arnim von Gleich/Rainer Lucas: Regional – statt Weltmarktorientierung: Notwendiger Perspektivwechsel für eine menschen- und naturgerechte Technologiepolitik. In: Jochen Huckt/Helmut Wollmann (Hrsg.): Dezentrale Technologiepolitik? Basel [u. a.] 1989. S. 133.

In diesem Zusammenhang müßte sich auch die Forschungs- und Technologiepolitik primär auf die Lösung regionaler Problemlagen konzentrieren und dies mit einer regional ausgerichteten Industriepolitik der Stärkung endogener Potentiale verknüpfen. Hier kommt hinzu, daß zentrale Ansatzpunkte zur Lösung vorhandener ökologischer Problemlagen – wie beispielsweise Verkehrsvermeidung, ökologischer Landbau, ökologische Stadtplanung und Bauforschung, Energieeinsparung – in der Region liegen.³⁵

b) Partizipationsorientierung

Weiterhin schließt regionalorientierte Technologiepolitik eine partizipative Orientierung mit ein und zielt auf die Mobilisierung des technologischen und problemlösenden praxisbezogenen Sachverständs der Bevölkerung zur Ermittlung weiterer sozial nützlicher Technologiefelder.³⁶ Daher muß die heute vorherrschende exklusive Gestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik, die eine akteurs- und insbesondere geschlechtsspezifische Selektierung des Zugangs zum forschungs- und technologiepolitischen Politikprozeß impliziert³⁷, im Kontext einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik als inadäquat eingeschätzt werden.

c) Problemorientierung

Nachhaltige Entwicklung im Sinne struktureller Ökologisierung erkennt schließlich die Beschränktheit primär technologischer Strategien zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme³⁸, was zu einer Erweiterung des ökonomisch verengten Innovations- und Fortschrittsbegriffs um nicht materielle Dimensionen führt. Denn nicht nur die Einführung und Anwendung neuer Technologien stellen Innovationen dar, als Innovationen können auch intentionale Veränderungen im sozial-strukturellen Bereich, sogenannte soziale Innovationen, betrachtet werden³⁹. Margrit Eichler

35 Siehe ebenda.

36 Siehe Peter Döge/Michael Zaske: Zwischen real-existierendem Kapitalismus und Sozialismus. Eine Ökonomie der Regionen. Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e. V. Berlin 1992 (IAIZ-dp 2/1992).

37 Peter Döge: Strukturelle Selektivitäten beim Umbau der universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern. In: Berliner Debatte Initial (1994)1. S. 86–93.

38 Siehe Saral Sarkar: Nachhaltige Entwicklung. Rettungsversuch für eine sterbende Illusion. In: Wechselwirkung 15(1993)61. S. 9–14.

39 In diesem Zusammenhang sollte dann auch die neuzeitliche Verengung des Begriffs

geht davon aus, daß Umweltzerstörung ein in allen sozialen Kontexten relevantes Problem ist, für das »alle Lösungen [...] zunächst und vor allem sozial (und nicht technisch) sein«⁴⁰ sollten. Soziale Innovationen bedeuten dabei jedoch nicht den absoluten Verzicht auf Technik, sondern vielmehr eine Umkehrung forschungs- und technologiepolitischer Präferenzen.

Dieser Ansatz läßt sich am Beispiel des motorisierten Individualverkehrs verdeutlichen. Konventionelle verkehrs- und technologiepolitische Strategien versuchen zur Zeit über die Anwendung neuer Technologien – wie beispielsweise Verkehrsleitsystemen –, eine weitere Optimierung des Verkehrsflusses zu erzielen.⁴¹ Demgegenüber würde eine sozial-ökologische Innovationspolitik mittels einer veränderten Stadt- und Raumplanung die heute dominierende funktionale Entmischung der Bereiche Leben, Arbeit, Freizeit aufzuheben versuchen, um auf diese Weise eine Vermeidung und Verringerung von Verkehrsströmen zu bewirken. Natürlich würden auch hierbei Technologien zur Anwendung kommen (z. B. Straßenbahnen), das Schwergewicht der Maßnahmen läge jedoch primär im sozialstrukturellen Bereich.

Sustainable Development erfordert somit im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik die Aufgabe der gegenwärtigen technologiefelderorientierten Förderstrategien zugunsten problemorientierter Ansätze.

In diesem Sinne müssen die vorherrschenden technologiepolitischen Konzepte auf Bundes- und auf Länderebene als inadäquat eingeschätzt werden. So umfaßt die Forschungsförderung des Bundes gegenwärtig 23 technologiefeldorientierte Schwerepunktbereiche, wobei auch Umweltforschung und Technikfolgenabschätzung in einzelne Förderbereiche segmentiert werden und somit kaum Einfluß auf die restlichen Programme aufweisen. Ein integriertes Konzept von Technikfolgenabschätzung ist im Rahmen dieser Förderpolitik nicht zu erkennen, Umweltforschung ist überwiegend nachsorgend ausgerichtet und angelegt.⁴² Das Ziel der Ent-

»Technik« auf technische Artefakte aufgegeben werden. Unter Technik sollte vielmehr im ureigensten Sinne des Wortes die Art und Weise, etwas zu tun, verstanden werden.

40 Margrit Eichler: »Umwelt« als soziologisches Problem. In: Das Argument. Heft 205. Hamburg 1994. S. 359–376.

41 Siehe Karl Otto Schallabick: Weniger ist oft mehr: Technik im Verkehr. In: Wechselwirkung 15(1993)63. S. 10–14.

42 Siehe Peter Döge/Brigitte Fenner: Zwischen Ökonomisierung und Technologisierung. Eine kritische Analyse des aktuellen Forschungsberichts aus sozial-ökologischer Per-

wicklung umwelt- und sozialverträglicher Technologien müßte vielmehr in sämtliche Förderbereiche der Technologiepolitik als Querschnittsaufgabe integriert werden, wobei die Förderbereiche dann allerdings nicht mehr entlang von Technik-, sondern von Problemfeldern eingerichtet werden sollten.⁴³

Eine derart angelegte Forschungs- und Technologieförderung erfordert in erster Linie interdisziplinär orientierte Ansätze⁴⁴ und Förderinstrumente. Sie sollte daher vorrangig auf die Etablierung querschnittsorientierter und interdisziplinär angelegter Verbände, in die neben Forschungseinrichtungen und Industrieunternehmen insbesondere Umwelt- und VerbraucherInnenverbände integriert werden, zielen. Dadurch könnten zum einen eine bedarfsorientierte Technologieförderung und -entwicklung initiiert werden, andererseits auch eine integrierte und prospektive Technologie- und Risikofolgenabschätzung im Sinne einer partizipativen und problemorientierten Technikfolgenabschätzung erfolgen.⁴⁵

spektive. In: Wechselwirkung 16(1994)65. S. 37–40.

- 43 Siehe auch Bericht der Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft«: Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn 1994 (Bundestags-Drucksache 12/8260).
- 44 Dabei verstehen wir unter Interdisziplinarität die disziplinenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Geistes-/Sozialwissenschaft sowie Technik-/Naturwissenschaften. Es ist heute weitgehend unbestritten, daß eine adäquate Erfassung und Bewertung globaler ökologischer und sozialer Probleme eine verstärkte Integration der Sozialwissenschaften in die Umweltforschung erfordert. (Siehe Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung »Welt im Wandel: Grundstruktur globaler Mensch-Umweltbeziehungen« (WBGU). Jahresgutachten 1993. Bremerhaven 1993). – In diesem Zusammenhang gelangt der WBGU auch zu der Feststellung: »Die globalen Umweltveränderungen stellen die Forschung weltweit vor neuartige Aufgaben. Die gegenwärtige Organisation der Forschung ist diesen Herausforderungen nicht angemessen. Der Komplexität der Probleme muß die Interdisziplinarität, dem globalen Charakter der Vorgänge die internationale Verflechtung der Forschungsprogramme entsprechen.« (Ebenda. S. 285.) Zu ähnlichen Forderungen gelangt auch der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zur Umweltforschung in Deutschland. (Siehe Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur Umweltforschung in Deutschland. Köln 1994.)
- 45 Siehe Brigitte Fenner: Technik in Wissenschaft und Politik. Eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen sozialwissenschaftlichen Technikforschung und der Technikfolgenabschätzung aus feministischer Perspektive. In: Brigitte Fenner (Hrsg.): Technikfolgenabschätzung heute – Akzeptanzsteuerung oder Technikgestaltung? Standortbestimmung GRÜNER Forschungs- und Technologiepolitik. Marburg 1994. S. 117–140.

Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische, an dem Ziel der zukunftsfähigen Entwicklung orientierte Forschungs- und Technologiepolitik liegen unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen insbesondere auch auf regionaler Ebene. Hier könnten mit den vorhandenen Mitteln durch eine dementsprechende Hochschul- und Forschungsförderungspolitik sozial-ökologische Forschungspotentiale aufgebaut werden, die ihrerseits die Basis zur Entwicklung einer regional-basierten Kreislaufwirtschaft bilden könnten. Hier bieten sich insbesondere für die neuen Bundesländer erhebliche Potentiale zum Aufbau einer zukunftsfähigen Forschungs- und Industriestruktur an, die die Fehler der Industrialisierung im Westen vermeidet und zugleich Modellcharakter für Industrialisierungsprozesse in den Volkswirtschaften der sogenannten Dritten Welt besitzt. Dies würde schließlich einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen darstellen.

Weiterführende Literatur: Judith Buchen/Katrin Buchholz [u. a.] (Hrsg.): Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Feministische Perspektiven. Bielefeld 1994. – Barbara Orland: Haushaltstechnik und Kleinfamilie. Ein unbedeutendes Kapitel des »technischen Fortschritts«. In: Eckehart Hildebrandt [u. a.] (Hrsg.): High-Tech-Down. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1986/1987. Berlin 1986. S. 127–135. – Toblacher Gespräche: Ökologischer Wohlstand statt Wachstumsträume. 8. bis 10. September 1994. Kurzfassung der Referate. Toblach 1994. – UNESCO: World Science Report. Paris 1994. – WWF: Die Umsetzung der »Agenda 21«: Indikatoren für eine tragfähige Zukunft und eine nachhaltige Entwicklung. Frankfurt am Main 1994.

PEER PASTERNAK

Die Zusammenführung der Defizite

Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus

Nicht nur meist erfolglose Bemühungen um die Rettung industrieller Kerne, flächendeckende Versorgung mit richtigem Fruchtjoghurt und andere kaum minder wichtige Dinge hat manche/r im ostdeutschen Siedlungsgebiet als eindruckliche Erfahrungen der letzten fünf Jahre gespeichert. Auch der Umbau des dortigen Wissenschaftssystems gehört dazu. Die einen feiern dabei den »vollen Erfolg«. Die anderen sehen eine »Wissenschaftskatastrophe«.¹ Die einen sind vornehmlich verantwortliche oder verantwortlich gewesene PolitikerInnen und soziale Gewinner des Vorgangs, die anderen meist OppositionspolitikerInnen und soziale Verlierer des Wissenschaftsumbaus. Übereinstimmung herrscht nur an einem Punkt: Es sei eine Überstülpung der westdeutschen Zustände auf die Ostwissenschaft erfolgt. Bei deren Einschätzung dann wieder heillose Zerstrittenheit: Die einen finden dies grandios, die anderen ganz furchtbar. Die Injektion der wissenschaftlichen Pluralität sieht sich, wie wir bemerken, pluralen Bewertungen ausgesetzt.

Die »Katastrophe«-als-»Erfolg«-Fraktion leugnet die Kosten des Vorgangs nicht. Doch veranschlagt sie den Nutzen höher. Sie pflegt die auch im übrigen vorherrschende Perspektive des Institutionentransfers²: Die außeruniversitäre Forschung der staatlichen Wissenschaftsakademien wurde erfolgreich in westdeutsche Organisationsformen überführt. Es sind Max-

1 Edelbert Richter/Christian Wipperfürth: Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern. Hrsg. von den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament. o. J. [1992]. o. O. [Strasbourg].

2 Siehe Renate Mayntz: Das deutsche Wissenschaftssystem nach der Vereinigung. In: MPG-Spiegel (1994)5.

Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Institute entstanden. Lediglich die gesamtdeutsche Gewichtsverschiebung zugunsten letzterer wird zu verkraften sein. Vielleicht werden sogar noch die geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte fortexistieren, um die derzeit heftig gepokert wird. Das Hochschulsystem ist gleichfalls angepaßt. Fachschulen und Ingenieurhochschulen, Medizinische Akademien und Pädagogische Hochschulen sind in die Universitäten integriert, zu Fachhochschulen umgewandelt oder aufgelöst worden. Lediglich die Industrieforschung ist zusammengebrochen. Doch das braucht den institutionenzentrierten Blick nicht zu beunruhigen. Denn Industrieforschung gehört in Marktzusammenhänge. Und der Markt schafft sich, Kosten-Nutzen-Kalkülen folgend, was er braucht. Oder er schafft ab.

Die »Erfolg«-als-»Katastrophe«-Fraktion kritisiert all dies heftig. Die einem Umbau naturgemäß innewohnende Chance zur Reform sei nicht genutzt, statt dessen ein krisenhaftes Strukturgeflecht implantiert worden. Nötig gewesen wäre dagegen wenigstens, den Wissenschaftskosten als innovatives Testfeld einzurichten. Verantwortlich gemacht für solch verschenkte Chancen wird eine schnöde Unwilligkeit des Westens: die Unwilligkeit, die Bildung eines deutschen Gesamtstaates als beidseitigen Veränderungsprozeß anzunehmen. Wir lauschen mithin einer Variation auf ein bekanntes Thema: die Rückführung sämtlicher Unzufriedenheiten auf den allerorten diagnostizierten Ost-West-Konflikt.

Die Vorwürfe an den Westen der Republik sind gewiß nicht aus der Luft gegriffen. Erfolgreiche Deutsche haben es offenbar immer an sich, zu den eher unangenehmeren Zeitgenossen (wie mitunter auch anderen Genossen) zu gehören. Wo die Vorwürfe jedoch als Ost-West-Konflikt inszeniert werden, unterstellen sie mindestens eines: Es habe im Osten ein *hinreichendes* Reformpotential gegeben, das aber dem Expansionsdruck der einfallenden Westmeute weichen mußte.

Eine anfangs manche/n auch im Westen euphorisierende Idee war: Die ostdeutsche Hochschulerneuerung könnte zum Ausgangspunkt einer gesamtdeutschen Wissenschaftsreform werden. Das hätte sie vielleicht auch (wobei damit noch nichts über die wahrscheinliche Richtung dieser imaginierten Reform gesagt ist), wenn mal eine Frage ernsthaft zu beantworten versucht worden wäre: Warum eigentlich müssen zwei unterschiedliche Wissenschaftssysteme um jeden Preis in kürzester Zeit vereinheitlicht werden?

Drei Antworten sind gegeben worden. *Erstens*: Weil wir das in allen Bereichen so machen, denn es ist der Wählerwille – eine Aussage von

hochnormativer Begründungskraft. *Zweitens*: Weil wir Chancengleichheit für die studierenden und lehrenden Brüder und Schwestern herstellen müssen: Ein Zeugnis eindrucksvollen Selbstbewußtseins, gestützt durch die noch eindrucksvollere Gesundheit des westdeutschen Wissenschaftssystems. *Drittens*: Weil alles andere viel zu teuer wäre. Das hilft uns, die Mechanismen von Verteilungspolitik zu begreifen. Denn der Massenabbau akademischer Beschäftigungsmöglichkeiten ist, bruttosozialproduktiv betrachtet, selbstredend kostenneutral.

Die widerstreitenden Wertungen folgenden Darstellungen des Vorgangs haben immer eines gemeinsam: Bewiesen wird die Angleichung des Ostens an den Westen. Was allgemeine Geltung erlangt, sollte den Verdacht auf ideologische Prägung wecken und entsprechende Prüfung veranlassen. Also: War der ostdeutsche Umbau wirklich nur die nachholende Annäherung an die westdeutsche Wissenschaftsmoderne? Und, Gedankenspiel: Was wäre passiert, wenn man *die* Osis, also alle miteinander, hätte alleine machen lassen?

Notwendig scheint da zunächst eine Erweiterung des Blicks über die debattenbestimmende institutionenzentrierte Perspektive hinaus. Zugleich wäre ein allein auf den Personalabbau fokussierter Blickwinkel zu vermeiden. Denn mit diesem fänden wir uns nur bei dem anderen Grenzpol der Debatte wieder.

Einer antizipationsgeleiteten Veränderung geht üblicherweise die hehre Proklamation voran, daß vorhandene Defizite beseitigt werden sollen. Die Vorstellung einer gesamtdeutschen Wissenschaftsreform gründete auf der Wahrnehmung ost- wie westdeutscher Krisenhaftigkeiten. Schauen wir dazu etwas genauer hin. Die Krisensymptome West dürfen hier einmal als bekannt vorausgesetzt werden. Weniger detailliert ist die Erinnerung an die Krisensymptome des DDR-Wissenschaftssystems ausgeprägt.

Tragen wir eingangs zusammen, was diesbezüglich immer allgemein genannt wird, wenn jemand darauf zu sprechen kommt, dann ergibt sich ein nettes Set von Unerträglichkeiten: die zentrale Steuerung des DDR-Wissenschaftssystems, zudem über zwei Stränge, den staatlichen und den der SED; die politische Prägung des Gesamtbereichs: Forschungsplanung; Ressourcenverteilung nach wesentlich außerwissenschaftlichen Kriterien in Verbindung mit fehlender gesellschaftlicher Kontrolle, Verteilung von Aufstiegschancen immer auch auf der Grundlage politischer Prämissen (*Kaderpolitik*), Mangel an Methodenvielfalt und konkurrierenden Ansätzen (wenn diese, wie hinzuzufügen ist, auch nicht völlig absent waren), durchgehende Anwesenheit des Kontrollapparats, dessen Arbeit zudem

nicht immer nach rational nachvollziehbaren Kriterien – etwa bei der Gewährung von Reisegenehmigungen – ablief; keine innerhochschulische Demokratie; die forschungspolitisch ökonomistische Schwerpunktsetzung auf Anwendungsforschung; die Abkopplung vom internationalen wissenschaftlichen Austausch außerhalb des Ostblocks; die akademische Immobilität; die Durchreglementierung des Studiums; die mangelhaften Ausstattungen der wissenschaftlichen Einrichtungen.

Daneben freilich gab es Elemente, die meist nur randständige oder keine Erwähnung finden. Das Schreckensbild muß komplettiert werden durch die mangelnde systemische Innovationskapazität, den Versuch einer Bilanzierung des akademischen Personalbedarfs, die – im Zuge eines Parteitagskonjunkturen folgenden Verständnisses von wissenschaftlich-technischer Revolution – Verfolgung eines Elitenbildungskonzepts ohne Reflexion der sozialen und politischen Implikationen, das bei all diesem gleichzeitige Fehlen produktiver Leistungsanreize für die breite Basis des wissenschaftlichen Personals, die betonte interne Hierarchisierung in Verbindung mit einer undurchlässigen Personalstruktur nach einem Berufungsschub Anfang der 70er Jahre, die damit zu einem Element konservativen Beharrens geriet, die innerwissenschaftlichen Machtstrukturen, welche die politischen um die systemübergreifenden Patronage- und Protektionsmechanismen bereicherten, eine am prognostizierten Bedarf orientierte Nachwuchsförderung und auch dadurch geringe Ausbildung von Flexibilität, die drastische Verjüngung des Frauenanteils nach oben in der Hierarchiepyramide, die ideologischen Prägungen des Alltagsbewußtseins der wissenschaftlich Beschäftigten, die fächerübergreifend ein technokratisches Selbstverständnis als wissenschaftliche Werk tätige bewirkten, die unausgeprägte Konfliktfähigkeit. Wir merken, es ist kaum noch auszuhalten, drum brechen wir hier einmal ab.

Schauen wir statt dessen, ob und wie diese Erschröcklichkeiten der marxistisch-leninistischen Kleinbürgerherrschaft alle wegtransformiert worden sind. Denn das wenigstens durfte ja wohl erwartet werden von einer Überstülpung.

Betrachten wir also die zwischenzeitlichen Ergebnisse. Zunächst: Die mangelnde systemische Innovationskapazität war nicht nur vom politischen System abgeleitet, sondern auch wissenschaftsstrukturbedingt – und zwar in Ost wie West. Der Transfer der Strukturen – materialisiert wesentlich in den Institutionen – hat die mangelnde Innovationskapazität auf eine neue institutionelle Grundlage gestellt. Deren Ursachen hat er bedauerlicherweise nicht beseitigt.

Sodann: Prägend für den ostdeutschen Wissenschaftsumbau war dessen Außensteuerung. Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat und Bund-Länder-Kommission trafen die ersten wesentlichen Entscheidungen. Extreme Zuständigkeitskonzentration bei den Länderministerien wurde hernach zum Endpunkt der Dezentralisierung. Das regte im Einzelfall manche/n an den Hochschulen und Instituten auf. Es begegnete gleichwohl dominierenden Ansichten, die offensichtlich Leninschen Argumentationslinien folgten: Übergangszeiten, in denen die Frage *Wer wen?* noch nicht abschließend geklärt ist, benötigen vor allem eine straffe Führung.

Hier offenbarten sich wohl die unbewußten aber wirksamen, realsozialistischen Befangenheiten derjenigen, die das Erneuerungsmonopol für sich beanspruchten. Dies war in den Institutionen das aus der zweiten in die erste Reihe gerutschte Führungspersonal. Seine wesentliche Qualifikation bestand – bis auf wenige Ausnahmen – darin, in der DDR unauffällig gewesen zu sein, mithin einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der bornierten Verhältnisse geleistet zu haben.

Von solchem Personal war wenig zu erwarten. Das zeigte sich dann auch in der Gestaltung innerhochschulischer Machtstrukturen: Die gesetzliche Einführung starker Dekane etwa befriedigte ein genuin ostdeutsches professorales Bedürfnis. Die Transparenz innerhochschulischer Entscheidungsprozesse brauchte nicht wesentlich verändert werden: Sie war in Ostdeutschland schon so gering, daß das Vorhandene nur weiterzupflegen war, um unnötige Störfaktoren auszuschalten.

Nächstes: Die Ressourcenzuteilung läuft nunmehr zumindest rationaler. Daß es zu wenig ist, was da zugeteilt wird, ist evident: Weil politisch die Prioritäten falsch gesetzt werden, wie wir klug hinzufügen wollen. Als Königsweg zur Deckung der Defizite gilt die Drittmittelwerbung, und zwar egal wo; vergleiche etwa das HRK-Papier »Zur Forschung in den Hochschulen der neuen Bundesländer«. Dieses lobt die TU Chemnitz-Zwickau, weil von ihr 1993 bei der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen mehr Mittel als bei der DFG eingeworben worden waren.³ Hier steckt ein ökonomistischer Wissenschaftsbegriff dahinter, der im Osten nicht erst eingebleut werden mußte. Damit ist zugleich rela-

3 Zur Forschung an den Hochschulen der neuen Bundesländer. Stellungnahme des 173. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz. Bonn 1994 (Dokumente zur Hochschulreform 97).

tiv widerstandsfrei durchzusetzen, worauf seitens der Politik im Zuge der *Standort-Deutschland*-Debatte zunehmend gedrungen wird, die Schwerpunktsetzung auf anwendungsorientierte Forschung.

Damit zur innerhochschulischen Demokratie: Einige AktivistInnen wollten 1989/1990 das ordinarial inspirierte Hochschulrecht der ehemaligen Bundesrepublik aus den Angeln heben. Es war so schön, grundsätzlich zu sein. Die altlastgesättigte Professorenschaft fand sich unter gezielter Ausnutzung ihres schlechten Gewissens zu demokratischen Verfahren gedrängt. Konzile wurden in Viertelparitäten gewählt. Die neuen Uni-Verfassungen schrieben plebiszitäre Fingerübungen fest. All das sollte sich wiederfinden in den Hochschulgesetzen der erneutgebildeten Länder. Doch der Souverän hatte wie so oft völlig daneben gewählt. Derart wurde es mit der radikalen Demokratisierung der Hochschulen wieder einmal nichts.

Ersatzweise kamen auswärtige Berater. Die hatten alle eine Diskette im Gepäck mit vermeintlich bewährten Gesetzen drauf. Nicht Textbausteine wurden der Realität angepaßt. Nein, die Realität hatte sich dem importierten Text zu nähern. Doch: Die allseits überzeugende Losung dafür hatten wieder Ostdeutsche geliefert. *Deutschlandkompatibilität* hieß der geniale Marketing-Einfall. Und: Mancher wurde auch erst dann vom ordinarialen Saulus zum gruppenuniversitären Paulus, nachdem er aus den Strukturen herausgefallen war.

Weiteres Thema: die Durchreglementierung des Studiums. Hier konnte wieder auf bewährte DDR-Erfahrungen zurückgegriffen werden. Was in den ostdeutschen Landeshochschulgesetzen westabweichend vorkommen durfte, waren Verschärfungen gegenüber der westdeutschen Gemütlichkeit. Normierte Studiengänge und sanktionsbewehrte Hochschuleaufenthaltszeiten, drastische Eingriffsmöglichkeiten der Ministerien, Hochschuleingangsprüfungen und dergleichen: Während im Westen noch heftig diskutiert wurde, schrieb es der Osten einfach in seine Gesetze. Der sächsische Wissenschaftsminister weiß auch warum: »Der Spinner und Flenner, der Chaoten und Scharlatane gibt es in Deutschland weiß Gott mehr als genug. Deren Schar brauchen die Hochschulen nicht zu vermehren.«⁴

4 Hans Joachim Meyer anlässlich der Einweihung der Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 1993. In: DUZ 49(1993)23. S. 83.

Zugleich wurde damit ein antiwestdeutsches Ressentiment instrumentalisiert. Denn all dies lief unter der großen Losung: *In Ostdeutschland sollen die westdeutschen Hochschulzustände vermieden werden!* Als Erfolgsweg dahin gilt die Restriktion des Studienablaufs auf einen normierten Normalstudenten hin. Der freilich ist eine Projektion, in deren Parameter immer weniger Studierende auch in Ostdeutschland hineinpassen. Die ostdeutschen Profs – zu Recht – unterstellte größere Aufmerksamkeit für die Lehre verbindet sich an dieser Stelle mit einer aus der DDR tradierten Vorliebe für ein Studium streng nach Vorschrift.

Hinter solchen Reglementierungen – nach denen sich ja auch der westdeutsche hochschulpolitische Mainstream sehnt – taucht eine alte DDR-Marotte auf: die Bilanzierung des akademischen Personalbedarfs. Die hatte schon in der DDR nie hingehauen.

Die akademische Immobilität, um auch einmal eine richtige Neuerung zu erwähnen, wurde zwar aufgehoben (zumindest für jüngere WissenschaftlerInnen). Doch geschah dies um den Preis der Einführung der westdeutschen Personalstruktur und der dortigen prekären Formen der Nachwuchsförderung.

Gleichfalls beim Frauenanteil im Wissenschaftsbereich wurde ein wesentlicher Schritt zur Einführung der westdeutschen Normalität – die, wir wissen es, nicht *normal* ist – getan. Doch verband dies sich gut mit einer unterschweligen Aggressivität, die im Osten eine auffällige Alltagsarroganz gegenüber Gleichstellungsfragen gründiert.

Schließlich: Verbunden ist all dies mit unausgeprägter Konfliktfähigkeit nach außen wie innen – mit phasenweisen Ausnahmen an einzelnen Hochschulen. Substituiert wird der Mangel vornehmlich mit einem beachtenswert qualifiziertem Intrigantentum. Doch damit sind wir bereits bei solchen Übereinstimmungen zwischen Ost und West, die vermutlich die tragfähigeren Brücken zur *inneren Einheit* bilden werden.

Insgesamt können wir feststellen: Einerseits waren nicht alle DDR-Defizite dem westdeutschen Wissenschaftssystem fremd. Insofern gab es nicht nur Neuzuführungen, sondern auch gegenseitige Verstärkungen von Defiziten. Andererseits wurden nicht alle DDR-Defizite übernommen, vielmehr manche durch gleichfalls defizitäre westdeutsche Lösungen ersetzt.

Um es also auf den Punkt zu bringen: Die These von der schlichten Übertragung des Westens auf den Osten kann so für das Wissenschaftssystem nicht stimmen. Statt dessen brachte die deutsche Vergesamtstaatlichung im Wissenschaftsbereich ein ansehenswertes Ergebnis der die

äußere Einheit vollendenden Obsessionen: Die ostdeutsche Wissenschaftskrise und ihr westdeutsches Pendant sind erfolgreich zur gesamtdeutschen Wissenschaftskrise vereinheitlicht worden.

Nun könnten wir überlegen: Was von all dem wäre anders passiert, wenn man die Ossi hätte alleine machen lassen? Mithin: Handelt es sich hier wirklich vornehmlich um einen Ost-West-Konflikt?

Dafür ließen sich gewiß Anhaltspunkte finden. Natürlich gab es auch eine Reihe interessanter Reformvorschläge. Allein: Es waren kleine, wenn auch aktive Minderheiten, die diese trugen. Durchgesetzt hat sich letztlich die gelangweilte Mehrheit: mit ihrer Orientierung an den nächsten Dingen, die sie zu den letzten machte. Daß es zwischendurch ein paar Auseinandersetzungen im Osten selbst gegeben hat, begründet zum einen eine Ehrenrettung für die aktiven Minderheiten. Zum anderen legt es die Vermutung nahe, daß nicht zwischen Ost und West die wesentliche Konfliktlinie verlief wie verläuft. Die Ergebnisse können wohl nicht allein westdeutscher Domestizierung zugeschrieben werden; dazu ist von ostdeutscher Seite zu viel von den eigenen Defiziten eingebracht worden.

Ein wenig merkwürdig scheint mir indessen, wie viele derjenigen, die vorzeiten immer ausnahmslos alles auf Klassenkonflikte zurückzuführen vermochten, heute dazu neigen, einem verkappten, regional definierten Nationalismus zu huldigen; indem als wesentliche Konfliktlinie eben diejenige zwischen Ost- und Westdeutschen bestimmt wird.

Dabei kennen wir alle doch auch den Guten Wessi und den Bösen Ossi.

SIEGFRIED KIEL

Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneuerung

Nachdem ich in der Vergangenheit mehrfach meine Sicht von »Hochschulerneuerung« im Osten Deutschlands dargestellt habe – ich verweise hier z. B. auf meinen im Jahre 1994 vorgelegten Analyse- und Wertungsversuch zur »personellen Erneuerung«¹ –, hat mich für unsere heutige Veranstaltung die Frage interessiert, wie gegenwärtige Funktionsinhaber für den bzw. im Hochschulbereich, also Verantwortungsträger in Politik, einflußreichen Institutionen und den Hochschulen selbst die gravierenden Veränderungen an den ostdeutschen Hochschulen bewerten.

Ich stütze mich vor allem auf zwei Konferenzmaterialien, die seit Ende 1994 veröffentlicht vorliegen. Es handelt sich erstens um die von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst herausgegebene Publikation »Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren«² und zweitens um den von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle vorgelegten Band »Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern«³, der auf einem gemeinsamen Symposium von Leopoldina und Universität Halle basiert. Speziell für dieses Symposium gilt: Der Teilnehmerkreis war – bis auf wenige Ausnahmen – männlich strukturiert, gut ausgesucht, sozusagen illustert. Minister und Staatssekretäre, Präsidenten und Rektoren waren ebenso vertreten wie Prorektoren und Dekane, Gremienvertreter und einige ausgewählte Hochschullehrer.

-
- 1 Siehe Siegfried Kiel: »Personelle Erneuerung« an ostdeutschen Hochschulen. Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung. In: hochschule ost. Leipzig 4(1994)1. S. 59ff.
 - 2 Siehe G. Buck-Bechler/H. Jahn (Hrsg.): Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren. Weinheim 1994.
 - 3 Siehe Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Nova Acta Leopoldina. Neue Folge. Nr. 290. Bd. 71. Halle (Saale) 1994.

Natürlich gibt es auch unter heutigen Funktionsinhabern differenzierte Sichtweisen – ich komme darauf zurück –, aber es dominieren, insgesamt gesehen, Wertungen, die man, wenn alle verbalen Schnörkel weggelassen werden, kurz wie folgt skizzieren kann: *Erstens* haben wir weitgehend die »Erneuerung« des ostdeutschen Hochschulwesens, vor allem die »personelle Erneuerung«, vollzogen. Jetzt haben wir in ganz Deutschland »HRG-konforme« Verhältnisse. *Zweitens* konnte die »Erneuerung« der ostdeutschen Hochschulen, so wie sie erfolgte, nicht anders verlaufen. Eine Alternative war, auch in Anbetracht des Faktors Zeit, nicht möglich. Die »Erneuerung«, wie sie konkret vollzogen wurde, war notwendig, richtig und rechtens. *Drittens*: Jetzt geht es um (wie auch immer gemeinte) Reformen der Hochschulen in ganz Deutschland, und es sei zu erwarten oder zu hoffen, daß nun »maßgebliche Impulse« aus dem »Erneuerungsprozeß in den neuen Bundesländern« auf die Hochschulausbildung in der Bundesrepublik insgesamt ausgehen werden (Ex-Minister Laermann)⁴.

Und nochmals Laermann, der das Ganze aus ministerieller Sicht so zusammenfaßt: Der »Rohbau der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern ist [...] fertiggestellt. Jetzt geht es um die Innengestaltung, um die inhaltliche Profilierung, nun beginnt der eigentliche Erneuerungsprozeß«.⁵

Aus dem Munde von den mit der Sache befaßten Wissenschaftlern, die die skizzierte Entwicklung mehr oder weniger begleitet oder aktiv mitgestaltet haben, klingt das Ganze zum Teil etwas anders, nämlich seriöser, und wird sozusagen auf die adäquaten Begriffe gebracht. Für den Heidelberger Soziologen Wolfgang Schluchter beispielsweise war und ist die »Erneuerung« der ostdeutschen Hochschulen im Kern eine »strukturelle Anpassung an die westdeutschen Hochschulen«. Es habe eine Übertragung der Institutionen des Westens auf den Osten stattgefunden, eine »Verwestlichung des Ostens, strukturell und teilweise auch personell.«⁶ Mit der »Erneuerung« der ostdeutschen Hochschulen sei zunächst ein

4 Siehe K.-H. Laermann: Plenarvortrag. In: G. Buck-Bechler/H. Jahn (Hrsg.): Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren. Weinheim 1994. S. 20.

5 Ebenda. S. 19.

6 Wolfgang Schluchter: Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung. Über die Rolle von Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommissionen im Umbauprozess. In: Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Nova Acta Leopoldina. Neue Folge. Nr. 290. Bd. 71. Halle (Saale) 1994. S. 21.

»Modernisierungsschritt *nachgeholt*«⁷ worden. Ostdeutsche Hochschulpolitiker förderten gegenwärtig eher, wie er weiter feststellt, »eine konservative Modernisierung der gesamtdeutschen Hochschulen, als daß sie die Innovationen weitergäben, die aus der basisdemokratischen Phase des Umbauprozesses hervorgingen«. Notwendig sei »abermals eine strukturelle Reform, nun aber »in Ost und West«.⁸

Auch für Schluchter erfolgte die Entwicklung der ostdeutschen Hochschulen faktisch als alternativlose Notwendigkeit. »Die Chance zur Neuordnung« des gesamtdeutschen Hochschulsystems, so sein Urteil, sei »nie groß« gewesen. Er begründet seine Bewertung u. a. damit, daß die deutsche Vereinigung als »Beitritt« erfolgte (die DDR habe ihre Eigenständigkeit selbst aufgegeben) und der Umbau des Ostens »unter extrem *kurze Fristen*« (S. 20) gestellt gewesen sei.

Einigermaßen abgerundet wird das Bild, wenn man sich die Wertungen dreier ostdeutscher Universitätsrektoren, man könnte auch sagen dreier Akteure der Umgestaltung von Universitäten im Osten, vergegenwärtigt. Erstaunliche Aussagen, die kaum in das gängige offizielle Wertungsmuster passen, lieferte der Rektor der Universität Rostock, Gerhard Maess. »In Rostock«, so lautete seine erste These, »erfolgte die Universitätserneuerung von innen heraus« – gemeint war die zeitliche Phase 1989/1990. Hier wurde noch eine (modifizierte) Drittelparität und eine Rotation in den Fachbereichs- bzw. Klinikleitungen praktiziert, und zwar im Gegensatz zur heutigen »Glorie der Klinikleitung auf Lebenszeit« (S. 87). Es gäbe Beispiele, daß bereits im Stadium der Zusammensetzung von Beiräten und Berufungskommissionen »unter parteipolitischen Gesichtspunkten« (S. 88) hineinregiert wurde.

Eine weitere Grundaussage von Maess lautet: »Die Hochschulautonomie endete in Rostock mit der Wahl der neuen Landesregierung im Oktober 1990.« (S. 89) Damit wurde der Universität auch die personelle Erneuerung aus der Hand genommen. Der Rektor weiß gewiß, wovon er spricht, wenn er seine Meinung bekundet, »daß Integration auf längere Sicht für die Gesellschaft besser gewesen wäre als Ausgrenzung« (S. 90). Er beklagt heutige Reglementierungen an der Universität, die kaum Ge-

7 Ebenda. S. 31.

8 Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Nova Acta Leopoldina. Neue Folge. Nr. 290. Bd. 71. Halle (Saale) 1994. S. 32. – Alle nachfolgenden Verweise beziehen sich auf diesen Titel und sind im Text durch in Klammern eingeschlossene Seitenangaben vermerkt.

staltungsräume ließen, und die »überzogene Sparpolitik des Schweriner Finanzministeriums«. Und offensichtlich aus einem Gemisch von Anklage, Bedauern und wohl auch ein wenig Resignation heraus wird schließlich gefragt: »Warum muß in Rostock die Drittelparität abgeschafft, die Mitsprache von Mitarbeitern und Studenten, von Personal- und Studentenrat eingeschränkt werden, wenn sich das dort bewährt hat?« (S. 90) Ja, warum wohl? Von bemerkenswerter Offenheit ist auch die These, daß »die Fachstruktur der Hochschulen des Landes« das »Ergebnis von Lobbyismus« (S. 90) sei. Auf verhaltenen Optimismus wollte der Rektor dennoch nicht verzichten: »Studieren in den neuen Bundesländern bietet trotzdem Vorteile.« (S. 91)

Ganz anders lesen sich die Darstellungen des Rektors der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gunnar Berg. Für ihn beginnt die Hochschulerneuerung faktisch erst mit der Wahl der Landtage im Jahre 1990 und der Tätigkeit der Landesregierung. »Besonders ideologiebelastete Sektionen und Fakultäten« seien »abgewickelt« worden, wobei bezeichnenderweise hinzugefügt wird, daß dies »auch teilweise inkonsequent« (S. 69) geschehen sei. Er konnte dem versammelten Auditorium berichten, daß im wesentlichen »belastete« und mit dem DDR-System eng liierte Personen nicht mehr der Universität« (S. 70) angehören. Berg geht davon aus, daß das seinerzeit vom Landtag des Landes Sachsen-Anhalt verabschiedete Hochschulerneuerungsgesetz die »Grundlage für die personelle Erneuerung« (S. 69) geliefert habe. Für ihn war und ist die »Erneuerung« der Universität – vielleicht von dieser oder jener Einzelheit abgesehen – rechtens, richtig und notwendig. Für ihn steht fest, daß das genannte Hochschulerneuerungsgesetz des Landes mit großer Mehrheit »aller demokratischen Parteien« (S. 69) verabschiedet wurde, mithin eine der größeren Parteien des Landes, die im übrigen in der Stadt Halle die stärkste Fraktion im Stadtrat bildet – gemeint ist die PDS –, a priori nicht zu den »demokratischen Parteien« zu zählen ist. Bezeichnend für die Haltung von Berg ist auch seine in der freien Diskussion geäußerte Hoffnung, daß man »doch so viel Keime« hat legen können, »daß einfach keiner der Universitätsöffentlichkeit gegenüber wagen kann, das dann wieder zu stoppen.« (S. 116)

Beistand erhält Berg durch seinen Prorektor Martin Luckner. Für ihn ist die »Chance«, die der Einigungsvertrag hinsichtlich »betriebsbedingter Entlassungen« geboten hat, »nicht konsequent wahrgenommen worden« (S. 169). Luckner bewegt vor allem die Frage, wie weiter Personal »abgebaut« und Universitätsangehörige gekündigt werden können. Mit Be-

dauern stellt er fest, daß nunmehr die »Regelungen des Einigungsvertrages [...] ausgelaufen« seien und eine Kündigung »nur unter großen Kraftanstrengungen« möglich sei. Man sollte darüber nachdenken, »ob es nicht rechtliche Sonderregelungen für die neuen Bundesländer geben kann« (S. 107), die Kündigungen weiterhin erleichterten.

Sucht man bei Berg und Luckner nach einer (selbst)kritischen Reflexion der in den letzten Jahren an den Universitäten geschaffenen neuen Tatsachen, so wäre nur eines zu sagen: Fehlmeldung.

Wie Berg hat auch der Rektor der Universität Leipzig, Cornelius Weiss, den Umgestaltungsprozeß an den Hochschulen mitgetragen und mitgestaltet. Doch der Unterschied hinsichtlich Wertung und Reflexion ist beträchtlich. Für Weiss steht zunächst fest, daß nach »40 Jahren ideologischer Bevormundung durch eine wissenschaftsfremde, vermutlich wissenschaftsfeindliche, auf jeden Fall aber gegenüber der Wissenschaft extrem mißtrauische Politbürokratie, nach Jahrzehnten fast perfekter Abschottung vom internationalen wissenschaftlichen Leben und der daraus resultierenden Provinzialität und Kleingeisterei und nach langen Jahren völlig ungenügender Investitionen [...] die ostdeutschen Hochschulen einer umfassenden Erneuerung an Kopf und Gliedern bedurften.« (S. 95) Die Veränderungen der letzten Jahre nennt Weiss eine »ungeheure Aufbauleistung«, wozu die »Lufthansaprofessoren« und die »Gründungsdekanen« aus den alten Ländern eine wichtige Hilfestellung geleistet hätten. Deren »Solidarität« erfahren zu haben, sei ein »bewegendes Erlebnis« (S. 96) gewesen. Daß nicht wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen keinerlei Chance für eine aktive Mitgestaltung an der Erneuerung der Universität gegeben wurde, die Dinge gewiß anders sehen, sei hier wenigstens angemerkt.

Aufmerksam wird der Leser, wenn Weiss zu seinen kritischen Reflexionen ansetzt. Er beklagt vertane Chancen im vollzogenen Prozeß der »Erneuerung«. So blieben der Universität »kaum Gestaltungs- und Freiräume für die Erprobung innovativer und unorthodoxer [...] Strukturen in Forschung und Lehre« (S. 97). »Wir wurden vielmehr angehalten [...], uns strikt an die westdeutschen – und wie wir inzwischen gelernt haben, damals jedoch nicht wußten – keineswegs optimalen Strukturen anzupassen. Jedes Hinterfragen dieser Strukturen galt als ungehörig.« (S. 97)

Dies sind schon wichtige Selbsterkenntnisse eines Rektors, die man anderen Verantwortungsträgern im Hochschulbereich zur genauen Kenntnisnahme nur empfehlen kann. Das gilt auch für die kritische Sicht auf den massiven Stellenabbau, insbesondere seine moralischen Konsequenzen.

zen. Es sei zu »Denunziationen, zu einem Kampf aller gegen alle«, zu einem »gewaltigen Verdrängungswettbewerb« (S. 97) und zur Schaffung von neuem Unrecht gekommen. Als ein sächsischer Landespolitiker die Politik der Entlassungen und Ausgrenzungen im Hochschulbereich anhand geschöner Zahlen zu relativieren versuchte, konterte Weiss, daß »ein paar Tausend« Wissenschaftler ohne Kündigung die Universität verlassen mußten und die »verdeckten Kündigungen« (S. 121f.) in der (üblichen) Statistik nicht enthalten seien.

Soweit – wenigstens exemplarisch – das Bild und das Selbstverständnis heute Verantwortlicher im Hochschulbereich. Ich meine, daß Analyse und Kritik der konservativen Hochschulerneuerung aus der linken Sicht künftig in genauer Kenntnis dominierender Sichtweisen und Wertungen erfolgen sollten. Der schlechte Stil so mancher Angehöriger der neuen »Elite«, nur das eigene Ego darzustellen, sollte nicht der Stil von kritischen Linken sein. Wir brauchen den Diskurs, die sachliche und kritische Auseinandersetzung mit anderen Analyse- und Wertungsergebnissen, insbesondere zu folgenden (hier nur grob formulierten) Problemkreisen: *Erstens*: Konzept und Praxis der Hochschulbildung in der DDR: Wie sehen wir heute die akademische Bildung in der DDR? *Zweitens*: Alternativen in der Wende- und Nachwendezeit: Wie stand es um die Chancen von Alternativen, und zwar in den verschiedenen Etappen seit 1989/1990? Welche Argumente, welche Fakten sind der vorherrschenden deterministischen Sicht, daß die Entwicklung der ostdeutschen Hochschulen so verlaufen mußte, wie sie verlaufen ist, möglicherweise entgegenzusetzen? *Drittens*: Gegenwart und Fernwirkungen der konservativen Hochschulerneuerung: Wie sind sie zu werten? Wie sehen wir die Chancen, die neuen Möglichkeiten, aber auch die neuen Verwerfungen und Risiken?

Alternativen sind gefragt, und zwar für künftige Entwicklungen, aber auch im Hinblick auf Analysen und Wertungen des Gewesenen und Gegenwärtigen.

LUDWIG ELM

Aufarbeitung von Vergangenem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen*

Im Vorfeld und Umkreis des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ist es zu einer erneuten intensiven und kontroversen öffentlichen Debatte über den Umgang mit der Vergangenheit gekommen – über Leistungen, Resultate, Defizite und anstehende politisch-wissenschaftliche Herausforderungen. Die Hochschulen befinden sich inmitten dieses Streits – mit ihrer eigenen Geschichte sowie dem bisherigen Umgang damit, aber auch in ihrer Verpflichtung und Kompetenz, an der Aufhellung der entsprechenden Themen und Zusammenhänge gesamtgesellschaftlich wesentlich und verantwortlich mitzuwirken. Als Objekt und Subjekt vor allem durch die Hochschullehrer repräsentiert, können sie sich auch der vergleichenden Vergangenheitsbewältigung nicht entziehen. Dabei ist die Frage von Interesse, inwieweit sie einen eigenen kritischen und kreativen Beitrag in den umfassenden Diskurs einbringen oder kraft der verinnerlichten oder opportun respektierten vorherrschenden Vorgaben, Vorurteile und Tabus in staats- und parteinahem Konformismus in Wort und Schrift agieren.

Es ist ein durchaus neuartiges und auffälliges Phänomen deutscher Hochschulgeschichte in diesem Jahrhundert, und insbesondere im Vergleich zu Zäsuren wie 1918/1919, 1933 oder 1945, daß relevante Gruppen der akademischen Intelligenz ohne Zeitverlust, mit unübersehbarem Eifer und Aufwand sowie kaum mit Rücksicht auf Befinden und Anspruch der davon Betroffenen darangehen, die jüngste Vergangenheit bis in interne Bereiche der Hochschulen, Disziplinen, Lehrstühle und Biographien zu erhellen und mit größtmöglicher öffentlicher Ausstrahlung

* In die vorliegende Fassung wurden ergänzende, bis zum Abschluß im Juli 1995 vorliegende Fakten und Veröffentlichungen einbezogen.

darzustellen. Das mögliche Erstaunen über diesen Vorgang hält sich allerdings in Grenzen, wenn seine Ursachen und Umstände mit in den Blick genommen werden: Von Ausnahmen und recht kleinen Minderheiten abgesehen, handelt es sich nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit eigener Vergangenheit und Mithaftung für die zu untersuchenden kritikwürdigen früheren Vorgänge und Verhaltensweisen. Vielmehr richtet sich der vielfach forsche und selbstgerechte Eifer überwiegend auf die Vergangenheit anderer, insbesondere der mehr oder weniger langjährig an den Universitäten und Hochschulen der DDR tätig Gewesenen. Es ist zugleich in der Regel kein Vorgehen, das Konflikte und Spannungen mit den in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien des Landes mächtigen Gruppen beinhalten oder auslösen könnte – im Gegenteil: Ganz überwiegend ist es gerade der Vollzug des historisch-politischen Interesses und Willens dieser Kreise. Das scheinbar Neuartige in der deutschen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte seit 1990 offenbart sich bei näherer Betrachtung und von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen als Fortsetzung des vorwiegend konformistischen Verhaltens deutscher Hochschulintelligenz in Umbruchzeiten.

Die aktuelle Beobachtung und Erfahrung legen es nahe, an den bundesdeutschen akademischen Umgang mit einer unvergleichlich schwerwiegenden Vergangenheit und Schuld nach 1945 zu erinnern.¹ Ein höchst erheblicher Unterschied bestand damals darin, daß es für die Masse der Lehrstuhlinhaber in hohem Maße die eigene Vergangenheit, Mitverantwortung und Täterschaft betraf. Obendrein fiel dies mit der Vergangenheit jener Oberschichten und Eliten zusammen, die nur vorübergehend zwischen 1945 und 1947 Veranlassung hatten, mögliche radikale Eingriffe in ihre gesellschaftliche Stellung und Privilegien zu befürchten. Dieser Sorgen und der davon bestimmten Verhaltensweisen waren sie spätestens mit den restaurativen Grundentscheidungen anlässlich der Staatsgründung 1948/1949 enthoben. Unmittelbar vor der »Gedenkwelle im kommenden Monat« erinnerte Eckart Krause am Beispiel der Universität Hamburg an die jahrzehntelange Tabuisierung professoralen Tuns und Unterlassens im »Tausendjährigen Reich«: »Erst Mitte der achtziger Jahre erschienen auch

1 Das Interesse des Verfassers an diesem Gegenstand wurde nicht erst durch die jüngsten Erfahrungen geweckt. – Siehe Ludwig Elm: Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD. Berlin 1972; Alma mater – Zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960–1978. Jena 1979.

bei uns Veröffentlichungen nicht nur in größerer Zahl, sondern auch anderer Qualität.«²

Die Bilanz der Hochschulen sei ernüchternd, schrieb Marco Finetti, wenn ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende über den Umgang der Deutschen mit der braunen Vergangenheit debattiert werde: »Nur einige wenige von ihnen haben sich in den vergangenen fünf Jahrzehnten überhaupt mit ihrer Rolle in der NS-Zeit auseinandergesetzt und die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht; noch weniger haben den Versuch unternommen, die Opfer des Nationalsozialismus unter ihren Lehrenden und Studierenden zumindest im nachhinein zu rehabilitieren.«³ Das Versagen habe unmittelbar nach der Nazidiktatur begonnen. Wie in allen Teilen der Gesellschaft sei auch an den Hochschulen der eigene Anteil verdrängt und totgeschwiegen worden. Im Unterschied dazu wurde beispielsweise bereits anlässlich der 400-Jahrfeier der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1958 eine ausführliche Gesamtgeschichte dieser Bildungsstätte von den Anfängen bis Anfang 1958 vorgelegt. Im neunten Kapitel fand »Die Universität Jena in der Zeit des deutschen Faschismus (1933–1945)« auf der Grundlage der verfügbaren Quellen eine gründliche und kritische Darstellung.⁴ Die Motive und Resultate solcher historisch-politisch, wissenschaftlich und moralisch bedeutender Leistungen werden im vereinigten Deutschland in beflissenen Kampagnen gegen den »verordneten Antifaschismus« der DDR denunziert und weitgehend ignoriert.

In Veröffentlichungen anlässlich des 8. Mai 1995 finden sich auch kritische wissenschafts- und hochschulgeschichtliche Beiträge. An frühere Publikationen anknüpfend⁵ schreibt Ernst Klee zur Euthanasie im Dritten

2 Eckart Krause: Verschwörung des Schweigens. Vom Umgang der Universitäten mit ihrer braunen Vergangenheit. In: *Erziehung und Wissenschaft* 47(1995)4. S. 13. – Siehe auch Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hrsg.): *Hochschulalltag im »Dritten Reich«*. Die Hamburger Universität 1933 bis 1945. Bd. 1–3. Berlin, Hamburg 1991.

3 Marco Finetti: Ein Mantel des Schweigens. Die deutschen Hochschulen haben nach Kriegsende ihre nationalsozialistische Vergangenheit verdrängt – zum Teil bis heute. In: »Süddeutsche Zeitung« vom 6./7. Mai 1995.

4 *Geschichte der Universität Jena 1548/58–1958*. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum. Im Auftrag von Rektor und Senat verfaßt und hrsg. von einem Kollektiv des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter Leitung von Max Steinmetz. Bd. I. Darstellung. Jena 1958. S. 615–649; Bd. II. Quellenedition etc. S. 611–619.

5 Siehe beispielsweise Ernst Klee: *Was sie taten – Was sie wurden*. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord. Frankfurt am Main 1986.

Reich und ihrer Aufarbeitung nach dem Kriege: »Die Strafverfolgung, und wie sich im nachhinein herausstellen sollte, auch die historische Aufklärung der Krankenmorde, oblag nach 1945 der Justiz, deren Repräsentanten Komplizen beim Massenmord gewesen waren: Jeweils 34 Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte (oder ihre Vertreter) sowie zahlreiche Beamte aus dem Reichsjustizministerium waren bei einem Treffen am 23./24. April 1941 in Berlin über den Ablauf der Krankenmorde informiert und instruiert worden.«⁶ Julius Hallervorden, der von der »Euthanasie-Forschung« profitiert hatte, wurde nach 1945 »als Altmeister der deutschen und internationalen Neuropathologie vielfach gewürdigt«. Die an den Euthanasie-Morden beteiligten Ordinarien blieben im Amt. »Es gab sogar einen Medizin-Preis, der nach einem Euthanasie-Gutachter benannt war: der Friedrich Panse-Preis, verliehen von der Deutschen Gesellschaft für Neuropsychologie. Professor Werner Villinger, der als Euthanasie-Gutachter ebenfalls Kranke für die Gaskammern zu selektieren hatte, wurde nach dem Kriege sogar Wiedergutmachungs-Experte der Bundesregierung.«⁷

In einem anderen Beitrag des Sammelbandes betrachtet Hans-Erich Volkmann den Umgang von Historikern mit NS-Diktatur und Krieg. Nur wenige fielen nach 1945 der Entnazifizierung zum Opfer. »Die oft nicht minder überzeugten Nationalsozialisten, die sich nicht öffentlich prostituiert hatten, erfuhren nach einer Wartezeit wieder die Gunst der Zunft, kehrten an eine Alma mater zurück oder fanden in einem außeruniversitären Institut eine angemessene Betätigung.«⁸ Erst in den sechziger Jahren sei öffentlich Rechenschaft über ihr Tun und Lassen im Dritten Reich gefordert worden. »Gegenüber der Einsicht in ihr politisches Fehlverhalten zeigten sich nur wenige aufgeschlossen.«⁹ Im Kalten Krieg konnten

6 Ernst Klee: Die Ermordung der Unproduktiven. Euthanasie im Dritten Reich und ihre Aufarbeitung im Nachkriegsdeutschland. In: Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann. München, Zürich 1995. S. 359.

7 Ebenda. S. 360f.: »Ärzte, die behinderte Kinder ermordet hatten, mußten weder strafrechtlich noch standesrechtlich etwas befürchten, zumal sie nach Ansicht der Hamburger Ärztekammer ›keine schweren sittlichen Verfehlungen‹ begangen hatten. Die Täter waren sozusagen durch die ›Minderwertigkeit‹ der Opfer entschuldigt.«

8 Hans-Erich Volkmann: Deutsche Historiker im Umgang mit Dritten Reich und Zweitem Weltkrieg 1939–1949. In: Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. S. 880f.

9 Ebenda. S. 881.

die Osthistoriker ihr antibolschewistisches, weitgehend auch ihr antipolnisches und antitschechisches, Ressentiment pflegen und staatstragend anwenden.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), so äußerte sich Präsident Professor Wolfgang Frühwald Anfang Juli 1995 anlässlich ihres 75jährigen Bestehens, tue sich mit ihrer Geschichte »etwas schwer«. Sie wolle diese nunmehr einschließlich der Jahre 1933 bis 1945 erforschen. Gleichzeitig wurde durch Medizinstudenten bekannt, daß drei frühere Direktoren des Zentrums der Gynäkologie und Geburtshilfe der Universitätsklinik in Frankfurt am Main aktive Unterstützer des Nationalsozialismus und seiner »Rassenhygiene« waren. Ungeachtet dessen wurden sie bis heute durch Porträts in einer in der Universität ausgehängten Dokumentation der Geschichte dieses Zentrums unkritisch gewürdigt. Immerhin hatte der Gynäkologentag sich 1994 – nach 49 (neunundvierzig) Jahren – erstmalig offen zur Mitschuld von Mitgliedern dieser Disziplin bekannt und gegenüber deren Opfern entschuldigt.

Auch der bisherige Verlauf des Musterskandals um Theodor Maunz, der nach dessen Ableben im Herbst 1993 seinen Höhepunkt erreichte, verrät die fortdauernden Halbheiten und Beschwichtigungen. Der neofaschistische Politiker und Herausgeber der »Nationalzeitung«, Dr. Gerhard Frey, hatte zwei Wochen nach dem Ableben von Maunz (10. September 1993) in seinem Blatt geschrieben, daß der ehemalige faschistische und jahrzehntelang renommierte bundesdeutsche Rechtswissenschaftler sowie frühere bayerische Kultusminister ihm langjährig ein »wunderbarer Wegbegleiter« und »maßgeblicher Berater« gewesen sei. Michael Stolleis bemerkte in einem kritischen Aufsatz über Maunz: »Sein solides, freilich nicht gerade inspirierendes Lehrbuch ›Deutsches Staatsrecht‹ schien, wie der Volkswagen, ein unverwüstliches Modell der Bundesrepublik – und hatte wie dieser seine verborgenen Wurzeln im Dritten Reich.«¹⁰ Seine seit den siebziger Jahren in Freys Naziblatt geschriebenen anonymen Artikel hätten vermutlich »seine wirkliche, tiefinnerste Meinung wiedergegeben«. Ernst-Wolfgang Böckenförde stellte im Frühjahr 1995 fest, daß auch diese Affäre und die damalige öffentliche Kontroverse bei den bundesdeutschen Staatsrechtslehrern, ihrer Vereinigung und den Schülern von

10 Michael Stolleis: Eckstein des Anstoßes. Theodor Maunz und die Abgründe der »herrschenden Lehre«. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 21. Dezember 1993.

Maunz keine nennenswerte, verspätete Grundsatzklärung bewirkt haben.¹¹ Charakteristika des Umgangs der westdeutschen Hochschullehrer sowie akademischen Gremien und Vereinigungen mit der eigenen Vergangenheit im nationalsozialistischen »Verbrecherstaat« (Karl Jaspers) bis weit in die sechziger Jahre und vielfach darüber hinaus waren:

- ein Maximum an personeller, sozialer und institutioneller Kontinuität bei gleichzeitigen erheblichen weltanschaulich-ideologischen und politischen Fortschreibungen (Antikommunismus, Nationalismus, Autoritarismus, sonstige linke und emanzipatorische Feindbilder);
- die weitgehende Verdrängung der Fragen nach Schuld und Mithaftung, nach Ursachen und Wesen der Ereignisse zwischen 1933 und 1945 sowie nach Bedingungen und Perspektiven eines grundsätzlichen Neubeginns; dem entsprach die vorherrschende individuelle wie gesellschaftliche Diskretion bezüglich der Biographien und ihrer »Verstrickungen« selbst in schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
- jahrzehntelange Tabuisierung der jüngsten Geschichte der Universitäten und Hochschulen, der wissenschaftlichen Disziplinen und Gesellschaften, der Institute und Lehrstühle;
- der selbstverständliche Anspruch auf die als Staatsdiener der Nazidiktatur, insbesondere im Beamtenstatus, erworbenen Anwartschaften sozialer Sicherung (besonders Rente/Pension), dem auf der Grundlage von Artikel 131 des Grundgesetzes mit der einschlägigen Gesetzgebung ab 1951 praktisch uneingeschränkt entsprochen wurde.

Klee und Volkmann bezogen sich in den genannten Beiträgen auch auf ostdeutsche Tatsachen und Erfahrungen des Umgangs mit der Nazi-Vergangenheit. Darunter sind von Klee namentlich genannte Ärzte, die an Euthanasie-Morden beteiligt waren und unbehelligt in der DDR weiter praktizieren konnten. Das sind Hinweise darauf, Defizite der Aufarbeitung deutscher Geschichte bis 1945 in der SBZ/DDR und solche in der Erforschung und Darstellung ostdeutscher Nachkriegsgeschichte im Lichte neuer Erfahrungen und angesichts neuer Möglichkeiten kritisch zu registrieren und daraus Schlußfolgerungen für die zeitgeschichtliche und ideologiekritische Forschung abzuleiten. Die Konfrontation mit neuen

11 Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staatsrechtslehre(r). Zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24. März 1995.

Einseitigkeiten unter anderen Vorzeichen wird dabei kaum vermeidbar sein. Lothar Elsner hat darauf am Beispiel einer neuen, aus Anlaß der 575-Jahrfeier der Universität Rostock 1994 erschienenen Universitätsgeschichte hingewiesen.¹² Das gilt ähnlich für einen in Jena im Ergebnis einer universitätsgeschichtlichen Tagung erschienenen Sammelband.¹³

Der Verdrängung folgte die Apologie des Verhaltens der Hochschullehrer nach 1945. Als einer der am weitesten gehenden, rechtfertigenden Beiträge muß bis heute die Rede von Hermann Lübke auf dem internationalen Kongreß aus Anlaß des 50. Jahrestages der Bildung der Hitlerregierung im Januar 1983 in Berlin gelten. Eingebettet in eine generelle Rechtfertigung des »großen Friedens mit den Tätern« (Ralph Giordano) bemühte sich der Mitbegründer des Bundes Freiheit der Wissenschaft exemplarisch auch darum, das weitgehende akademische Versagen nach 1945 in ein weises und schließlich überaus erfolgreiches Verhalten nachzudeuten. Es sei keinem der Beteiligten ein Rätsel gewesen, wieso ein Kollege »einst Nationalsozialist« geworden war. Insofern war es müßig, »dieses Nicht-Rätsel als Frage universitätsöffentlich aufzuwerten«: »Kurz: Es entwickelten sich Verhältnisse nichtsymmetrischer Diskretion.«¹⁴

In der Diktion Lübkes läßt sich der gänzlich andere Verlauf hochschulgeschichtlicher Auseinandersetzung in und um Ostdeutschland seit 1990 als ein Vorgang der nichtsymmetrischen Indiskretion bezeichnen. Alle politischen Umstände und die Motive der Beteiligten einbeziehend, werden die Unterschiede selbst von den Betroffenen zunehmend als »Nicht-Rätsel« begriffen.

Die Resultate wie die Versäumnisse des Umgangs mit deutscher Geschichte der jüngeren und der ferneren Vergangenheit münden heute in den hochschul- und gesamtgesellschaftlichen Diskurs um Standortbestimmung, Charakter und Perspektiven der inneren und äußeren Politikgestaltung der größeren Bundesrepublik ein. Sie berühren damit substantielle Probleme künftiger Bildungsziele und Forschungsorientierungen. Längst ist die eigenständige kritische Funktion gegenwartsbezogener sozial- und

12 Lothar Elsner: Neue Doktrinen und wenig Raum für die Wahrheit. In: »Neues Deutschland« vom 23. Dezember 1994.

13 Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität. Leipzig 1994.

14 Hermann Lübke: Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt. Der Nationalsozialismus im Bewußtsein der deutschen Gegenwart. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24. Januar 1983.

politikwissenschaftlicher Disziplinen vielfach zugunsten einer bloß rechtfertigenden und ausführenden Rolle konservativ-nationalistischer, autoritärer und unsozialer Politikkonzepte abhanden gekommen oder wurde resignierend auf Nebenschauplätze des Zeitgeschehens oder geschichtlich distanziertere Gegenstände zurückgenommen. Verdrängtes oder unzureichend Aufgearbeitetes werden zu Keimzellen oder Kristallisationspunkten der Wiederaufnahme gescheiterter und jahrzehntelang diskreditierter innen-, sozial- und außenpolitischer Zielvorstellungen und politischer Orientierungen. Die akademische Intelligenz sieht sich vor neuen Bewährungssituationen, deren Ausgang wahrscheinlich nur teilweise im Einklang mit den Lektionen der Geschichte dieses Jahrhunderts stehen wird. Es sind vor allem folgende Gebiete, deren Problemfelder im vorliegenden Kontext für Inhalte der Studienstrukturreform vieler Fachrichtungen sowie für Prioritäten und Zielvorgaben in der Forschung direkt und indirekt relevant sind.

Da ist *erstens* der Drang nach einer Umorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, deren Grundtendenz die Wiederaufnahme deutscher auswärtiger Macht- und Interessenpolitik einschließlich einer wachsenden Rolle des militärisch-interventionistischen Instrumentarismus bedeutet. Hochschullehrer wie Karl Kaiser (Bonn), Gregor Schöllgen (Erlangen), Hans-Peter Schwarz (Bonn) und andere haben inzwischen mit staatsnahem Eifer Schriften vorgelegt, mit denen solche Weichenstellungen erläutert, gerechtfertigt und durchgesetzt werden sollen. Dabei artikulieren sie entsprechende Erwartungen an den Beitrag der Wissenschaft zu dieser Politik. Schöllgen beklagte die langjährige Vernachlässigung der »Lehre vom Primat der auswärtigen Politik« durch die Geschichtswissenschaft und die Überhandnahme der »Gesellschaftsgeschichte«. Gefordert sei nunmehr »eine verstärkte Konzentration auf die heute drängenden, wesentlichen Fragen, und das sind vornehmlich die nach der neuen Rolle Deutschlands in Europa und der Welt.«¹⁵

In engem und wechselseitigen Zusammenhang damit befinden sich *zweitens* die Herausforderungen seitens des konservativ-nationalistischen Geschichtsrevisionismus. Von den Vorstößen rechtsextremer Sektierer der fünfziger und sechziger Jahre vorwiegend in außeruniversitären Bereichen ausgehend, hat er über Pioniere wie Hellmut Diwald, Ernst Nolte, Bernard

15 Gregor Schöllgen: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik. Berlin, Frankfurt am Main 1993. S. 118.

Willms u. a. längst die akademischen Gefühle erreicht und differenzierte wie anspruchsvollere Gestalten angenommen. Ihm wuchsen Potentiale aus der mittleren und jüngeren Generation zu. Die Art und Weise sowie der Gehalt einer vorzugsweise rabiaten Abrechnung mit der DDR wurden zum aktuellen Hauptschauplatz des Drangs nach fortschrittsskeptischer Hegemonie in der Geschichts-, Politik- und Sozialwissenschaft. Die durch den überlieferten Antikommunismus gelähmte Widerstandskraft liberaler und sozialreformistischer Wissenschaftler wird dabei rücksichtslos ausgenutzt.

Drittens nehmen die politisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um Erscheinungen der Krise des politischen Systems und die Perspektiven bürgerlich-parlamentarischer Demokratie zu. Im Umkreis des Bundesinnenministeriums wurden vorrangig weit rechts stehende Wissenschaftler zur Beratung, Mitarbeit und Propaganda versammelt. Sie bemühen sich, die Linke einmal mehr als angeblichen Hauptgegner und Bedrohung der Demokratie in der Bundesrepublik darzustellen und autoritäre bis repressive Herrschaftskonzepte als unumgängliche Wegweisungen für die »wehrhafte Demokratie« und den »Verfassungsschutz« auszuarbeiten. Tatsächlich geht es um Beiträge der Wissenschaft zur Abwehr der konservativen Formierung des Machtgefüges, zur Verteidigung bestehender Rechte und Freiheiten sowie zur öffentlichkeitswirksamen, fundierten Debatte über Chancen und Perspektiven emanzipatorischer, basis- und radikaldemokratischer Alternativen.

Ein weites und heterogenes *viertes* Feld umfaßt die wirtschafts- und sozialpolitische sowie ökologische Bewältigung des Strukturwandels, der Umweltprobleme und der regionalen wie globalen Krisen. Hier bündeln sich die Probleme, Zwänge und Aufgaben, die radikale Gegenpositionen zum destruktiven, unsozialen und umweltzerstörenden Kurs mächtiger Interessengruppen der Wirtschaft und ihrer Lobby in Politik und Medien fordern. Die Auseinandersetzung auf diesen Feldern steht in engstem und wechselseitigem Zusammenhang mit den unter erstens und drittens genannten Herausforderungen.

Schließlich sind *fünftens* und *letztens* die Beeinträchtigungen und Gefährdungen der Bildungs- und Kulturlandschaft zu nennen. Vordringlichen Stellenwert besitzen

- die Verteidigung und der Ausbau realer, staatlich gewährleisteter Chancengleichheit in allen Stufen und Formen von Bildung, Aus- und Weiterbildung;

- die Sicherung und Erweiterung demokratischer Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten sowie weitgehender Transparenz in allen strategischen Belangen von Bildung, Forschung und Technologie, wobei dem Abbau und der Einstellung von Rüstungsforschung eine vorrangige Bedeutung zukommt;
- der Widerstand gegen extensive und dem Gemeinwohl entgleitende Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung, Forschung, Technologie und Medien;
- Bewahrung und Förderung von Kultur und Kunst in ihrer Schlüsselrolle für die Zukunft der kapitalistischen Zivilisationen, der internationalen Kommunikation und übergreifender humanistischer Leitbilder der Politik.

WERNER BRAMKE

Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz

Die kritische Lage an den deutschen Hochschulen und letztlich im ganzen System der bundesdeutschen Wissenschaft ist weithin und seit wenigstens Anfang der 90er Jahre bekannt, als sich abzeichnete, daß die Vereinigung nicht zur Reformierung der BRD-Wissenschaftslandschaft führen würde. Während eines Symposiums zum Thema »Universität, Vereinigung und Reformen«, das Anfang März 1992 und bemerkenswerterweise an der Harvard-University (Cambridge/USA) stattfand, wurden die konservative Erneuerung der Wissenschaftslandschaft im Osten und die verpaßten Chancen für eine gesamtdeutsche Hochschulreform ziemlich kritisch beleuchtet. Die matte Rechtfertigung der bloßen Überstülpung des westdeutschen Hochschulsystems auf Ostdeutschland mit den Argumenten eines Vertreters etablierter bundesdeutscher Hochschulpolitik, es habe *erstens* die Zeit gedrängt, *zweitens* Geld für Experimente gefehlt und *drittens* sei das westdeutsche Hochschulwesen durchaus bewährt, wurde mit Skepsis bzw. – besonders Punkt 3 – mit reichlich unfrohem Gelächter quittiert.

Das eigentliche Problem besteht darin, daß trotz eines gar nicht so schwachen Unbehagens sich wenig ändert, was ein Sichgewöhnen an die Krise, mit der sich leidlich zurechtkommen läßt, signalisiert. Hinzu kommt, daß die Reformvorschläge aus den Reihen der etablierten Parteien fast durchweg vordergründig auf praxisorientierte Effizienz abzielen, wobei noch der Praxisbegriff eng und ökonomistisch aufgefaßt wird. Die Totalität der Strukturprobleme in der Entstehung und Nutzung von Krisen wird nicht erfaßt oder ignoriert. Die Unterordnung von Wissenschaft unter die Wirtschaft, die Förderung eines verengten Spezialistentums trotz teilweise interdisziplinärer Vernetzung gehen einher mit der Entpolitisierung von Wissenschaftlern, der weiteren Benachteiligung der Frauen im Wissenschaftsbetrieb und mit dem weitgehenden Verlust von bereits geübter studentischer Mitbestimmung.

Dabei könnten Elemente des Reformdenkens im Rahmen einer »konservativen Modernisierung« durchaus Aufnahme in einem umfassenden Reformwerk finden. Das trifft etwa auf Überlegungen zu, eine Wettbewerbssituation beim Zugang zu den Hochschulen sowie unter Wissenschaftlern und Studenten zu stimulieren, auch wenn sie scheinbar mit der demokratischen Forderung nach unbeschränktem Zugang zur Wissenschaft kollidieren. Ohne solche Stimulierung und damit Reglementierung geht es auch an den Universitäten und Hochschulen nicht. Die Erfahrungen der DDR sollten hier sowie überhaupt im sozialen und kulturellen Bereich vorurteilsfrei überprüft werden. Ich glaube überhaupt, daß die Erfahrungen des »realen Sozialismus« hinsichtlich von Planung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse in nicht allzuferner Zeit ein zu durchforstender Fundus sein können, wenn globale (und dabei nicht nur ökologische) drängende Probleme zu umfassenderer Steuerung veranlassen werden.

Reformansätze, die auf den ersten Blick eine Unterordnung von praxisorientierter Forschung unter die Wirtschaft begünstigen, könnten sich beim zweiten Blick als in die Zukunft weisend erweisen, auch oder vielleicht gerade, wenn sie auf Erfahrungen aus dem 19. Jahrhundert zurückgreifen. So gibt es beispielsweise an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (FH) Mittweida schon weitgedachte Überlegungen, Lehre, Forschung und industrielle Praxis zusammenzuführen, wobei ein Teil der studentischen Ausbildung (!) auf die Betriebe übergeht, diese die Forschungseinrichtungen der Hochschule für die Produktion nutzen und daher daran interessiert sein müssen, daß die Geräte und Anlagen für die Forschung stets auf dem neuesten Stand sein und also auch ständig erneuert werden müssen – mit Geldern der Industrie, aber bei deren beträchtlicher Abhängigkeit von der Hochschule. Das wiederum würde diese zu beträchtlichen Forschungsanstrengungen bis in den Grundlagenbereich hinein zwingen. Wie ich mich selbst überzeugen konnte, spielt »Humboldtsches Denken« von einer universalen Wissenschaft in den Reformplänen von Mittweida eine beachtliche Rolle, und zwar besonders im Bestreben, einer weiteren Trennung von Forschung, Ausbildung und wirtschaftlicher Praxis entgegenzusteuern.

Es wird vielleicht gerade darauf ankommen, nach solchen Ansätzen zunächst in einem überschaubaren Bereich zu suchen, um von hier Schritt für Schritt eine umfassende Neugestaltung der Wissenschaftslandschaft voranzutreiben.

Nun zielen die Überlegungen des BdWi auf ein von vornherein umfassendes Reformwerk. In der Vorrede zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« wird eine Hochschulreform nur als möglich erachtet in einer »Reform der Erzeugung des wissenschaftlichen Wissens«. Noch deutlicher tritt das gesellschaftspolitische Konzept in den Thesen 5 und 6 hervor, wo langfristig die »Erneuerung des Sozialstaates« und die Notwendigkeit des »ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft« als Grundlage der Wissenschaftsreform vorausgesetzt werden. Das würde aber im Klartext heißen, es geht um einen umfassenden Umbau der Gesellschaft, den man als Revolution oder gesamtgesellschaftliche grundlegende Reformierung der Gesellschaft verstehen bzw. erwarten kann. Wie real ist eine solche Zielsetzung selbst in längerfristiger Perspektive von 15 oder 20 Jahren? Nicht sehr, wenn nicht eine globale ökologische Katastrophe oder der außer Kontrolle geratende Nord-Süd-Konflikt eine völlig neue Situation schaffen, was nicht wünschenswert, weil kaum steuerbar wäre. Deshalb erscheint ein Mitwirken linker Parteien und also auch der PDS an Teilreformen zur Milderung solcher Konflikte, die kurzzeitig zur Stabilisierung des derzeitigen gesellschaftlichen Systems oder zur Beförderung der »konservativen Modernisierung« dienen können, letztlich als sinnvoll, ja notwendig. Im Mitwirken bei solchen Reformen besteht langfristig die Möglichkeit, Reformpotential, das eine weitere Perspektive verfolgt, zu sammeln, was mühevoll und als opportunistisch deutbar ist, aber sinnvoller erscheint, als nicht berechenbare Konflikte zu schüren. Dieser Ansatz sollte grundsätzlich und auch im Bereich der Hochschulpolitik gelten.

Bevor ich zu einigen Überlegungen komme, was Länderpolitik im Hochschulbereich mittelfristig leisten könnte, will ich zwei Probleme kurz berühren, die in den Papieren des BdWi keine oder eine untergeordnete Rolle spielen: die europäische Dimension und die regionale Komponente. Bei ersterer schien es wohl Berührungängste wegen der EU-Politik der etablierten Parteien, in deren Fahrwasser man sich nicht begeben wollte, zu geben. Wenn das zuträfe, hielte ich die Enthaltensamkeit dennoch für unzweckmäßig. Bei aller Distanz zu einer eurozentrischen Sicht sollten realistisch die tatsächlichen europäischen Gemeinsamkeiten, auf die hier leider nicht näher eingegangen werden kann, gesehen werden. Und nicht zuletzt ist auf interessante Bewegungen z. B. in Belgien, den Niederlanden sowie skandinavischen Ländern in Sachen Hochschulautonomie und Rolle der Studentenschaft zu verweisen, besonders in den sozialistischen und anderen linken Parteien, auch im Europaparlament. Von daher ist

schon ein kräftiger Schub gegen Trägheit im eigenen Lande im Zuge intensiver Europa-Diskussion möglich.

Die regionale Komponente hängt mit dem Europa-Thema nicht nur wegen der – bisher mehr schlagwortartig in Rede gebrachten – These oder dem Slogan vom Europa der Regionen zusammen. Hinzu kommt, daß die vielleicht überzogene Erwartung von sozialistisch-sozialdemokratischer Seite her, mit einem erhöhten Regionalbewußtsein dem Nationalismus der Rechten entgegenwirken zu können, einen realen Kern hat. Sicher ist auch, daß die Relativierung der Ländergrenzen historisch gewachsene Gemeinsamkeiten – etwa zwischen sächsischen Regionen und solchen in Belgien, England, Schottland und Schweden – oder auch neu entstandene stärker zur Geltung bringen wird.

Der wissenschaftliche Streit in verschiedenen Disziplinen, was eine Region ausmacht und ob sich regionalisierende oder deregionalisierende Tendenzen verstärken, ist für uns durchaus von Belang. Hier soll ausreichen zu konstatieren, daß in der Politik regionale Interessen am ehesten auf Länderebene artikuliert und durchgesetzt werden können und daß das föderale Prinzip der Bundesrepublik durch den Anschluß der ostdeutschen Länder sowie die Europa-Diskussion Unterstützung gegen Zentralisierungsbestrebungen erhalten hat.

Ob bei der Verstärkung föderaler und regionaler Trends der Parlamentarismus neue Anreize erhält, ist derzeit noch nicht absehbar; die Beispiele Bayern und Sachsen deuten eher in die Gegenrichtung. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß Bayern wenigstens seit 1919 ohnehin einen »Sonderfall« darstellt und der konservative Vormarsch in Sachsen der besonderen ostdeutschen Situation insgesamt in Verbindung mit dem »Sonderfall« Biedenkopf zuzuschreiben ist. Für uns sollte beim Abwägen der verschiedenen Faktoren am meisten zählen, daß Föderalismus generell Pluralität fördern kann und immer ein Gegengewicht zum Zentralismus darstellt. Und schließlich profitieren kleinere Parteien in besonderer Weise vom Föderalismus; keine andere Partei hat in den letzten Jahren der Bundesrepublik davon stärker profitiert als die PDS.

Ich bin mir nicht sicher, ob sich die PDS der Vorteile des föderalen Prinzips voll bewußt ist. Eine Diskussion darüber findet kaum statt, sie wurde selbst dort ausgelassen, wo sie sich angeboten, ja förmlich aufgedrängt hat, nämlich bei der über weite Passagen ermüdenden Diskussion im »ND« über die nationale Problematik. Damit soll nicht gesagt werden, daß die PDS Vorteile föderaler Politik nicht sähe. Sie hat sie bisher auf eine teilweise eher spontane, von politischem Instinkt getragene Weise gut

genutzt (Sachsen-Anhalt); sie sollte diese Vorteile aber bewußter wahrnehmen.

Wesentliche Voraussetzung, um auf Länderebene mittelfristig Schwerpunkte setzen zu können, ist die Beurteilung des zu erwartenden Handlungsspielraumes, wobei Alternativen zum wahrscheinlichen Trend, doch auch unerwartete Wendungen, Berücksichtigung finden sollten. Aus meiner Sicht ist für Sachsen mittelfristig mit folgenden politischen Konstellationen zu rechnen:

Auch über die jetzige Legislaturperiode hinaus wird eine konservative politische Kultur dominant bleiben, wobei nicht abzusehen ist, ob sie sich nach dem Abtritt Biedenkopfs verstärken oder abschwächen wird. Viel wird davon abhängen, in welche Sachzwänge eine neue CDU- oder zumindest CDU-geführte Regierung geraten wird. Die PDS hat vermutlich keine andere Chance, als auf eine Situation hinzuarbeiten, daß die Alleinherrschaft der CDU gebrochen und künftige Koalitionspartner sich dann zur PDS wie eben zu einer normalen Partei verhalten. Nicht gänzlich auszuschließen – aber sehr unwahrscheinlich – könnte in einigen Jahren auch eine Situation vergleichbar der heutigen in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg sein. Zu erwarten, die CDU würde sich durch überschnelle Manöver wie in den Haushaltsabstimmungen bloßstellen oder verschleißen, ist bei der praktizierten Darstellung in der Öffentlichkeit und dem Trend zu unpolitischen Denkweisen unrealistisch. Der PDS bleibt meines Erachtens kein anderer Weg, als sich langfristig einer noch größeren Zahl von Wählern glaubwürdig zu machen, wobei die grundsätzliche Opposition beizubehalten, der praktische Reformansatz aber zu verstärken ist, auch wenn er vielleicht für zehn oder mehr Jahre nur wenig wirksam werden kann. Meines Erachtens ist unsere Situation derjenigen der Italienischen Kommunistischen Partei der 60er bis 80er Jahre sehr ähnlich. Wenn von einer Verstärkung des Reformansatzes gesprochen wird, so könnte leicht der Vorwurf des Opportunismus oder nach dem Streben eines Godesberger Weges erhoben werden. Diese Perspektive besteht in Wirklichkeit nicht, weil die PDS für ersteren nicht die Chance der SPD erhalten wird, und für ein umfassendes Programm für ein halbes Jahrhundert, wie es sich die Sozialdemokratie gegeben hat, nicht die Voraussetzungen bestehen.

Ich betone noch einmal, es geht um mittelfristige Programme, die am ehesten in den einzelnen Sachgebieten entwickelt werden können. Die Richtlinienkompetenz der Fraktion sollte darin bestehen, die Ausarbeitung solcher Reformansätze forcierend zu begleiten und zu bündeln, damit je-

der Abgeordnete seine Vorhaben in einen Gesamtzusammenhang einordnen kann. Die Wissenschafts- und Hochschulpolitik wird sicher nicht ein Hauptfeld beim Bemühen der PDS im Sächsischen Landtag um konstruktive Oppositionspolitik und um Nachweis der Regierungsfähigkeit sein; ein interessantes Experimentierfeld kann sie aber werden. Nicht zuletzt deshalb, weil das Wissen um die Mängel in diesem Bereich quer durch die Parteien geht und die Sachargumente von links vom konservativen Lager nur mit beträchtlichem Gesichtsverlust zurückgewiesen werden können, wie die letzte Haushaltsdebatte zeigte. Möglicherweise werden Sachzwänge auf Landesebene Vorstöße ermöglichen, die auf der Bundesebene zum Nachziehen zwingen.

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche, auf lange Sicht angelegte Hochschulpolitik der PDS wird sein, einerseits die umfassende Erneuerung des Hochschulwesens und der Wissenschaftslandschaft überhaupt anzustreben und andererseits auf Teilreformen zu drängen, die Vorgriffe einer solchen Erneuerung darstellen. Sicher steht dabei die PDS vor der allgemeinen Schwierigkeit, auf kein umfassendes Zukunftsprogramm, in dem die Wissenschaftspolitik ihren Platz hat, zurückgreifen zu können. Doch das relative Eigengewicht der Wissenschaft läßt in unserem Bereich diesen Mangel vielleicht nicht ganz so schwerwiegend wirken wie auf anderen Gebieten, etwa in der Wirtschaftspolitik. Zudem bestehen mit den vom BdWi erörterten Konzepten wie auch mit alternativen Gesetzentwürfen der PDS auf Landesebene (Sachsen und Berlin) immerhin ernstzunehmende Entwürfe, die zu qualifizieren sind. Wie gut, wird wesentlich vom Analysevermögen in den Ländern und auf der Bundesebene abhängen. Deshalb wird *erstens* die Analyse der bisherigen Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft ein Schwerpunkt während der gesamten Legislaturperiode sein, wobei nüchterne, d. h. auch die Vorzüge der Erneuerung erfassende Bestandsaufnahme angestrebt wird. Sie dient der Erarbeitung eigener Reformvorstellungen ebenso wie der Fundierung der Opposition gegen die Regierungspolitik.

Da für diese Legislaturperiode mit einer grundlegenden Neugestaltung des Wissenschaftsbetriebes nicht zu rechnen ist, werden sich die bisherigen Defizite noch stärker bemerkbar machen. Deshalb ist die PDS gefordert, am Ende dieser Wahlperiode ein umfassendes Bild von der Situation im Land als Voraussetzung für das überzeugendste Alternativprogramm für die Anforderungen zu Beginn des neuen Jahrhunderts zu haben. Die Aktivitäten in den Haushaltsdebatten, in denen die Wissenschafts- und

Hochschulpolitik stärker als sonst Öffentlichkeit erhält, müssen stärker als bisher von gründlichen Analysen getragen sein.

Ein *zweiter* Schwerpunkt wird im Aufbau eines leistungsfähigen Arbeitskreises Hochschulpolitik bestehen. Durch ihn werden die analytische Arbeit (z. B. über die Förderung von Projekten, durch Kolloquia sowie konkrete Vorhaben wie eine große Anfrage zu den Perspektiven der Hochschulpolitik in Sachsen noch 1995) unterstützt. Das Hauptziel des Arbeitskreises wird aber darin bestehen, ihn zu einer Stätte der Begegnung zu machen, den Dialog unterschiedlicher Standpunkte zu fördern. Nicht zuletzt soll er studentische Interessen aufgreifen. Das Bemühen, Studenten noch stärker für die Vertretung eigener und allgemeiner Interessen zu gewinnen, wird beschwerlich und nur auf lange Sicht erfolgreich sein. Ohne dieses Bemühen wird aber eine grundlegende Veränderung der Hochschullandschaft nicht zustandekommen. Einigermaßen regelmäßige Kolloquia und zumindest eine Publikationsreihe werden zum Grundbestand der Arbeit des Arbeitskreises gehören, wobei wir auf die Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Verein e. V. setzen.

Ein *dritter* Schwerpunkt ist in praktischer parlamentarischer Arbeit zu sehen, wofür sich für das zweite und wohl auch noch dritte Jahr der zweiten Legislaturperiode folgende Themen – teils als Gesetzesinitiativen, teils als Anträge oder Anfragen möglichst mit Einbeziehung wenigstens einer gewissen Öffentlichkeit – anbieten:

- die Unterstützung des Gleichstellungsgesetzesentwurfs der PDS nicht nur durch dessen Qualifizierung, sondern auch durch andere Initiativen, um die gerade im Wissenschaftsbereich prekäre Situation für Frauen zu verbessern;
- Initiativen, den Hochschulzugang und die Finanzierung des Studiums betreffend (es sollte noch im Herbst 1995 entschieden werden, ob in diesem Bereich eine Novellierung des Sächsischen Hochschulgesetzes vorbereitet wird);
- die Förderung der Bewertung der Lehre unter maßgeblicher Einbeziehung der Studenten mit dem Ziel, die Lehre insgesamt deutlich als Teil der wissenschaftlichen Arbeit aufzuwerten;
- die Unterstützung eines »Sächsischen Modells« der Fachhochschulen, sofern damit die Erhaltung der derzeitigen Forschungskapazitäten gewährleistet wird;

- die Förderung der außeruniversitären Forschung nicht nur als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (wie jetzt stark praktiziert), sondern um die ganz originären Möglichkeiten in Sachsen, in Verbindung von Industrie und Wissenschaft betreffend, zu nutzen.

UWE HIRSCHFELD

Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit

Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven

Mit dem Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik und der Übernahme der westdeutschen Bildungssysteme waren die Voraussetzungen für den Aufbau von Fachhochschulen bzw. Fachbereichen für Sozialarbeit gegeben. Dazu gäbe es allgemein schon viel zu sagen, ich möchte mich hier aber nur auf einen kleinen Ausschnitt beziehen; den der Politikwissenschaft im Studium der Sozialarbeit.

Da es – aus unterschiedlichen (wissenschaftshistorischen, disziplinensystematischen, aber auch standespolitischen) Gründen – keine etablierte »Sozialarbeitswissenschaft« gibt, vollzieht sich die Ausbildung der StudentInnen im Zusammenspiel mehrerer Fächer. Das sind zumeist Psychologie, Rechtswissenschaft, Soziologie, Pädagogik, Politikwissenschaft, manchmal auch Ökonomie, Sozialmedizin, Kommunikationswissenschaft und Theologie und/oder Ethik. Einige Fachbereiche und Hochschulen haben diese traditionelle Struktur zugunsten definierter Lernbereiche, Studienfelder oder ähnlichem aufgelöst, was zu einer stärkeren sozialarbeiterischen Ausrichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen führen soll. Folgende Eckdaten geben ein Bild der gegenwärtigen Situation.¹

1 Die Ergebnisse basieren auf einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten und 1994 durchgeführten Studie, in deren Rahmen Interviews, Vorlesungsverzeichnisse, Studien- und Prüfungsordnungen ausgewertet wurden (siehe Uwe Hirschfeld: Zur curricularen Situation der Politikwissenschaft an Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit in Ostdeutschland. Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung. Reihe Manuskripte. Düsseldorf 1994).

Stellung des Fachs

Lediglich zwei Hochschulen haben die Politikwissenschaft strukturell in eine Konzeption von Sozialarbeitswissenschaft eingebunden: Dort ist die Politologie als Teil verschiedener Fach- oder Lernbereiche integriert. Ihr Anteil ist dabei (an einigen Stellen) nur noch schwer zu bestimmen. Alle anderen Hochschulen bauen auf den traditionellen Fächern auf und überlassen die Integration der Disziplinen wenigen besonderen Veranstaltungen bzw. allein den Köpfen der StudentInnen.

Daß die Politikwissenschaft dabei in den meisten Fällen als ein Hauptfach fungiert, in vielen Fällen auch als (Wahl-)Prüfungsfach (wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung), ist zum einen Ausdruck dieser am traditionellen Aufbau orientierten Einordnung, zum anderen aber auch ein Handicap: Alle DozentInnen, die nicht mit einer integrierenden Studien- und Prüfungsordnung arbeiten, betonen in den Interviews, daß sich bislang auch keine interdisziplinäre Zusammenarbeit entwickelt habe.

Zu einzelnen Ergebnissen: Im *Grundstudium* beträgt der Umfang der Politikwissenschaft im Schnitt 6 Belegstunden (BS), wobei zu bemerken ist, daß es dabei zwischen den verschiedenen Hochschulen kaum Unterschiede gibt.

Im *Hauptstudium* sinkt der durchschnittliche Umfang auf 3,5 BS; hier ist jetzt allerdings eine große Spannweite zu beachten. Während an einer Hochschule 10 BS zu veranschlagen sind, gibt es an zwei Hochschulen im Hauptstudium überhaupt keine ausgewiesenen Semesterwochenstunden mehr, wobei die eine Politikwissenschaft so vollständig integriert hat, daß der Anteil (auf dieser Ebene) nur einfach nicht mehr erkennbar ist, während die andere tatsächlich über kein politologisches Lehrangebot mehr verfügt.

Der rechnerische Anteil der Politikwissenschaft beträgt – bei beträchtlichen Schwankungen an einzelnen Hochschulen (zwischen 4,6 und 12,3 %) – somit ca. 7,5 % am Gesamtstundenumfang des Studiums.

Zur Einordnung der Ergebnisse kann man hier auf eine ältere Studie aus Nordrhein-Westfalen zurückgreifen, die ebenfalls Anteile verschiedener Fächer an der Ausbildung von SozialarbeiterInnen untersuchte. Dort wird die Politikwissenschaft als ein Fach »zweiter Ordnung« eingeordnet, worunter verstanden wird, daß das Fach »mit Fachprüfung oder alternativ mit Leistungsnachweis abzuschließen« sei, das mit »durchschnittlich 8,5 zu belegenden Semester-Wochenstunden [...] den achten Platz

unter den zwölf Fächern dieses Studienganges« (Sozialarbeit – U. H.) einnimmt.²

Es scheint sich also wenig in 13 Jahren getan zu haben. In unserem Untersuchungsraum beträgt die durchschnittliche Belegstundenzahl 9,5 SWS; von daher ist zu vermuten, daß sich auch an der Einordnung in der Fächerfolge wenig verändert haben wird.

In der Untersuchung wird gleichfalls festgestellt, daß bei der vorgeschriebenen Pflichtstundenzahl eine große Bandbreite besteht³, was sich auch bei der Anzahl der Lehrenden niederschlägt. Der Einschätzung von 1982 kann man sich auch heute noch anschließen: »Dies zeigt, daß dem Fach nicht nur allgemein kein besonderer Stellenwert eingeräumt wird, sondern daß man auch an den einzelnen Hochschulen über seine Bedeutung recht unterschiedlicher Meinung ist.«⁴

Personelle Situation

Während in der ersten Phase der Gründung die Lehre meistens vollständig von Lehrbeauftragten abgedeckt werden mußte, hat sich die Situation mittlerweile entspannt. Alle Befragten sind hauptamtliche, berufene ProfessorInnen an ihren Hochschulen. Sie sind unbefristet eingestellt; alle sind erstmals als ProfessorInnen tätig.

Hervorzuheben ist die Herkunft der Stelleninhaber: Über 80 % der in diesem – zugegeben kleinen – Sektor der Hochschullandschaft berufenen ProfessorInnen kommen aus dem Westen!

Auch wenn es in diesem Bereich nicht zu einer augenfälligen West-Ost-Verdrängungskonkurrenz kam, zeigt diese Zahl doch auch deutlich, daß nicht nur auf institutioneller Ebene westdeutsche Strukturen übertragen wurden, sondern diese werden auch noch, zum weitaus größten Teil, von westdeutschem Personal umgesetzt.

2 Raymund Krisam: Curriculum Sozialarbeit/Sozialpädagogik in Nordrhein-Westfalen. Analyse des Hochschulstudiums für das Sozialwesen in Nordrhein-Westfalen. Opladen 1982. S. 20 und 201. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Nr. 3150. Fachgruppe Geisteswissenschaften. Hrsg. vom Minister für Wissenschaft und Forschung.) – Fächer erster Ordnung sind zwingend mit einer Fachprüfung abzuschließen, Fächer dritter Ordnung sind frei wählbare Fächer (siehe ebenda. S. 19f.).

3 Siehe ebenda. S. 202.

4 Ebenda. S. 204.

Mit einem Verhältnis von 1:1 ist dagegen das Verhältnis von Männern und Frauen bei den berufenen ProfessorInnen ausgeglichen. Das dürfte eine große Seltenheit in der Wissenschaftslandschaft darstellen: Laut Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft betrug 1990 (in den Alten Ländern) das Verhältnis Männer zu Frauen bei den Professuren an Fachhochschulen ca. 17:1.⁵ Nun dürfte zwar der Anteil von Professorinnen an Fachbereichen und -hochschulen für Sozialarbeit schon ohnehin überproportional hoch sein, dennoch kann man das Verhältnis von 1:1 bei den ostdeutschen Professuren für Politikwissenschaft an den entsprechenden Einrichtungen nur als zufällig (wenn auch glücklich!) bezeichnen.⁶

Eine Rolle beim relativ »hohen« Frauenanteil an Sozialarbeitsfachhochschulen/-bereichen spielt das Berufungskriterium der außeruniversitären Praxiserfahrung (siehe Hochschulrahmengesetz). Nur ein Drittel der Berufenen kommt direkt von einem Arbeitsplatz in einer Hochschule, zwei Drittel stammen dagegen aus außeruniversitären Praxisfeldern.

Und tatsächlich kommen *alle Frauen* von nichthochschulischen Arbeitsplätzen, während bei den *Männern* 2 (von 3) aus einer Hochschulstelle in die Professur berufen wurden. Damit befinden sich die politikwissenschaftlichen Besetzungen der Fachbereiche und -hochschulen für Sozialarbeit in Ostdeutschland – trotz des außerordentlichen Verhältnisses von 50 % Frauen und 50 % Männern – im durchaus üblichen geschlechtsspezifischen Rekrutierungsmuster.

Arbeitsbedingungen

Das Lehrdeputat beträgt in allen Bundesländern 18 SWS (außer in Sachsen-Anhalt, dort sind es 2 SWS weniger). Deputatsreduzierungen gibt es einmal für die Führung des Dekanats (9 SWS), bzw. für die Aufgaben

5 Siehe Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Die Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1993. S. 36. (Schriftenreihe Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft.) – Man sollte sich die tatsächlichen Zahlen vor Augen halten. Bei C2 standen 313 Frauen 4 010 Männer gegenüber (= 7,8%); bei C3 standen sogar nur 188 Frauen den 4 293 Männern gegenüber (= 4,4%).

6 Als zufällig ist das Verhältnis auch deshalb zu charakterisieren, weil sich der relativ hohe Frauenanteil an Fachbereichen und -hochschulen für Sozialarbeit eher in anderen Fächern realisiert (z. B. Sozialarbeitswissenschaft, Medizin, Psychologie); Politikwissenschaft ist, auch schon im (fachwissenschaftlichen) Studium, stärker männerbesetzt.

des Prodekans (3 SWS) sowie für die Übernahme bestimmter Sonderaufgaben (z. B. Prüfungsausschuß). Es ist aber zweifelhaft, ob die Deputatsentlastung tatsächlich ausreicht, die in die Erledigung der damit verbundenen Aufgaben investierte Zeit und Arbeit auch nur ansatzweise auszugleichen.

Eine – erwartungsgemäß – sehr geringe Rolle spielen derzeit noch Forschungsprojekte; nur knapp 20 % der Befragten sind aktuell mit (größeren⁷) Forschungsaufgaben beschäftigt.⁸ Zum Teil handelt es sich dabei noch um »alte« Projekte aus der vorhergehenden Tätigkeit, die noch abgeschlossen werden müssen. Alle Befragten bekundeten Interesse an einer Aufnahme bzw. Ausweitung der Forschungsarbeit; zum Teil werden konkrete Projekte vorbereitet.

Soweit die Bestandsaufnahme. Darüber hinaus wäre – trotz aller damit verbundenen Spekulation – darüber nachzudenken, ob und gegebenenfalls welche Möglichkeiten einer originär (durchaus westdeutsch unterstützten) eigenen Entwicklung es in diesem Bereich der Hochschul- ausbildung hätte geben können. Als Anknüpfungspunkte wären z. B. – trotz der geringen AbsolventInnenzahl – die FürsorgerInnen- ausbildung in Potsdam, einige der Pädagogischen Hoch- und Fachschulen und vor allem auch die kirchlichen Einrichtungen sozialdiakonischer Ausbildung in Frage gekommen. Es braucht nun heute nicht mehr darüber diskutiert werden, ob die MitarbeiterInnen der Einrichtungen und ihre Träger eine Reform aus eigener Kraft hätten entwickeln und umsetzen können. Manches spricht für diese Möglichkeit, vieles aber auch dagegen.

7 Nicht berücksichtigt sind »kleinere« Forschungsarbeiten, wie die Begleitung und Beratung von sozialarbeiterischen Projekten, die nicht deputatsrelevant sind.

8 Auch wenn heute die Forschung als Aufgabe der ProfessorInnen an Fachhochschulen (öffentlich) kaum noch bestritten wird (die materielle Ausstattung spricht allerdings weiterhin dagegen), sei noch einmal auf entsprechende Begründungen verwiesen. (Siehe Ulrich Hammer: Forschung an Fachhochschulen als Bestandteil der Wissenschaftsfreiheit. In: Rolf Hüper/Manfred Gahrens (Hrsg.): Fachhochschule im Wandel. Hannover 1986. S. 106–111.) – Eine aktuelle Untersuchung zu »Voraussetzungen von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen« liegt mit der Studie von Holtkamp vor, sie bezieht den Bereich Sozialwesen mit ein. (Siehe Rolf Holtkamp: Voraussetzungen von Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen. Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1994 (Reihe Bildung – Wissenschaft – Aktuell 1/1994).)

Sicher ist aber zweierlei: Zum einen – die Reform aus eigener Kraft war von westdeutscher Seite nicht gewünscht⁹; zum anderen hätte alles andere zugeständenermaßen wesentlich länger gedauert als die Kopie nach dem Muster der alten Länder. Das Tempo der »Vereinigung« war aber politisch und wirtschaftlich vorgegeben. Wenn man will, kann man den Herrschenden an dieser Stelle sogar sozialtechnischen Weitblick unterstellen. Die Ausbildung von SozialarbeiterInnen darf nicht wesentlich länger dauern als das Produzieren der gesellschaftlichen Probleme, mit denen sie umzugehen haben: Arbeitslosigkeit, Armut, Orientierungslosigkeit usw.

Pointiert ausgedrückt: Mit der wirtschaftspolitischen Entscheidung für die überstürzte Währungsunion und für den crash-Kurs der rabiaten Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt war auch die Notwendigkeit einer raschen Übernahme der westdeutschen Hochschulstrukturen im Bereich des Sozialwesens geschaffen.

Nun kann man aber bei vielen Personen, die sich am Aufbau des Sozialwesenstudiums in den neuen Bundesländern beteiligten, sehr wohl die Bereitschaft feststellen, die ostdeutsche Situation zur Kenntnis zu nehmen, sich darauf einzurichten, auch bewußt und gezielt nach ostdeutschen Lehrenden zu suchen. Wenn man aus Nominierungsausschüssen die Klage hört, es gäbe gar keine (zu wenige) ostdeutschen Interessenten (geschweige denn Frauen!), was solle man denn machen!, dann muß dabei aber mitbedacht werden, daß – zumindest im Bereich der Sozialarbeit, in den Natur- und Ingenieurwissenschaften mag es anders sein – es die Anforderungen sind, die mögliche BewerberInnen ausschließen. Nicht die Menschen fehlen, es sind auch nicht die falschen, sondern die Auswahlkriterien sind für sie offensichtlich weitgehend ausgrenzend.

Man muß eben auch bedenken, daß man nicht mit diesen Kriterien in diesen Hochschulverhältnissen Besetzungspolitik hätte betreiben müssen. Tut man es mit diesen Kriterien in diesen Verhältnissen, ist ja eher noch verwunderlich, daß fast ein Fünftel der ProfessorInnen nicht aus dem Westen kommt!

Andere Modelle wären denkbar gewesen, Modelle, die wahrscheinlich nicht so schnell »Vollzug« hätten melden können, die aber dafür vielleicht den Problemen der sozialen Situation Ostdeutschlands näher gewesen wären.

9 Siehe Hans-Jürgen Schulz: Hochschülerneuerungskonzepte und -ideen seit dem Herbst 1989 in der DDR. In: hochschule ost. 3(1993)10–11. S. 52–69.

Ich möchte hier nun knapp eine Alternative ansprechen, das Konzept der Lehr-Forschungs-Projekte. Es wäre m. E. nicht nur den sozialen Umbrüchen angemessener gewesen, sondern es weist auch heute noch Vorteile gegenüber dem überkommenen Ausbildungssystem auf. Man hätte – um zunächst vom Lehrpersonal zu sprechen –, statt flächendeckend mit lebenslänglichen C2/C3-Professuren anzufangen, für einige Zeit zumindest einen großen Teil der Stellen als Qualifikations- und Forschungsstellen einrichten (und mit geeigneten ostdeutschen InteressentInnen besetzen) können, um damit einen Ausbau der Fähigkeiten und Leistungen zu ermöglichen. Was dabei an (vorgeblicher) »wissenschaftlicher Kompetenz« gefehlt hätte (im Sinne von Auseinandersetzung mit westlichen Diskussionen, Veröffentlichungen o. a.), wäre durch den Lebensweltbezug und – m. E. fast noch wichtiger! – die Praxis der Forschung aufgewogen worden. (Innerhalb bestimmter Zeiten wären gegebenenfalls die Qualifikationsentwicklung zu prüfen und das Anstellungsverhältnis in eine ordentliche Professur zu verwandeln gewesen.) Das Studium hätte sich in Lehr-Forschungsprojekten entwickelt, die zum einen die soziale und politische Geschichte und gegenwärtige Situation überhaupt erst einmal erschlossen hätten, zum anderen Lernprozesse ermöglicht hätten, die wesentlich für die Berufspraxis wären.

Zum ersten: Was gesellschaftlich in Ostdeutschland geschah und geschieht, ist wissenschaftlich noch längst nicht erfaßt. Allenfalls vorläufige Vermutungen und Hypothesen sind – wenn man nicht nur nach der Bestätigung von Vorurteilen sucht – angebracht. War der historische »Sozialismus« schon ein Experiment, so ist es der gesellschaftliche »Salto rückwärts« nicht minder. Diese Umbrüche zu erfassen und in ihrer Bedeutung für die verschiedenen sozialen Gruppen aufzuschlüsseln, wäre eigentlich die Voraussetzung für eine sinnvolle politologische Lehre. Forschung so zu organisieren, daß sie zugleich lehrt (und zwar StudentInnen und DozentInnen), ist der Ausweg aus dem gezeichneten Dilemma: die Beeinträchtigung der Forschung durch eine übermäßige Lehrverpflichtung der ProfessorInnen an Fachhochschulen.

Zum zweiten: Sozialarbeit ist auch – neben vielem anderen – immer praktizierte Sozialforschung.¹⁰ Anders ist das immer wieder neu not-

10 Womit selbstverständlich nicht behauptet werden soll, sozialwissenschaftliche Forschung erschöpfe sich in der forschenden Praxis von SozialarbeiterInnen. Zum Unterschied von »Berufsfeldbezug und Wissenschaftlichkeit« siehe Reinhard Hörster:

wendige Erfassen und Einstellen auf die soziale Situation der »Klienten« und die Antizipation der Handlungsmöglichkeiten im Bedingungsfeld der Sozialarbeit nicht möglich. Die Qualität sozialer Arbeit zeigt sich u. a. in der Fähigkeit der SozialarbeiterInnen, sich ständig verändernde soziale Situationen (und deren Geschichte) immer wieder neu wahrzunehmen, zu beschreiben, zu analysieren und daraus angemessene Alternativen zu entwickeln.

Daß dieser Qualifikationsanspruch ein regionale Besonderheiten überschreitender ist, ist klar. Wohl aber ändert sich sein Stellenwert mit gesellschaftlichen Veränderungen in bestimmten Gebieten. Weil StudentInnen in den westdeutschen Ländern die sozialen Prozesse, zumindest in den lebensweltlichen Veränderungen, selbst erfahren haben, die meisten Entwicklungen auch eher »organischer« Art waren und sind, können sie sich oftmals, wissenschaftliche Kompetenz ersetzend bzw. ergänzend, mit dem Alltagsverstand orientieren und handeln. Das bedeutet zwar einen Qualitätsverlust sozialarbeiterischen Handelns (eigene Begrenzungen werden nur unzureichend reflektiert, die Situation des »Klienten« nicht kritisch wahrgenommen und analysiert), gleichwohl aber wird im Rahmen des Bestehenden etwas getan.¹¹

Für ostdeutsche SozialarbeiterInnen ist die Situation schwieriger: Die gesellschaftlichen Umbrüche sind plötzlich, oft auch sozial gewalttätig, auch dem Alltagsverstand unerklärlicher, weil es für viele Veränderungen noch keine Erklärungsmuster gibt. Während westdeutsche StudentInnen schon geborene SpezialistInnen des Lebens im Kapitalismus sind, müssen ihre ostdeutschen KommilitonInnen diese »Kompetenz« oftmals erst noch entwickeln. Damit teilen sie dann zwar auch die Situation der Menschen, mit denen sie arbeiten, aber nur in Form der »Inkompetenz«, der Unsicherheit. Der Alltagsverstand der SozialarbeiterInnen in Ostdeutsch-

Berufsfeldbezug und Wissenschaftlichkeit. Zur hochschulischen Ausbildung von Sozialpädagogen. In: Neue Praxis. Nr. 3. S. 249–255. – Eine tiefergehende theoretische Begründung »pädagogischer Handlungsforschung in der Sozialarbeit«, die hier nicht zu leisten ist, findet sich bei Karl-Heinz Braun/Gert Gekeler/Konstanze Wetzel: Subjekttheoretische Begründungen sozialarbeiterischen Handelns. Didaktische Bausteine und dialogische Interviews zur Praxisreflexion und Innovation. Marburg 1989. S. 165–180.

- 11 Zur – ohnehin vorhandenen – Tendenz der »Privatisierung« und »Therapeutisierung« in der Sozialarbeit, was nichts anderes als Entwissenschaftlichung bedeutet, siehe Kurt Bader: Wider die »Therapeutisierung« von sozialer Arbeit und Erziehung. In: Karl-Heinz Braun/Gert Gekeler (Hrsg.): Objektive und subjektive Widersprüche in der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik. Marburg 1984. S. 121–136.

land kann als Orientierungshilfe daher eine wissenschaftlich fundierte Sozialforschung als Teil sozialarbeiterischer Praxis *noch weniger* ersetzen als im Westen.¹²

Lehrforschungsprojekte wären eine herausragende Möglichkeit, die forschenden Lernprozesse so einzuüben, daß sie auch in der Berufspraxis Bestand hätten. Was sich hier nach Ausnahme anhört, nach großer individueller Anstrengung und Belastung der Lehrenden (wie auch der StudentInnen), wäre durchaus »flächendeckend« vorstellbar. Gerade im Rahmen der politologischen Studienanteile wären/sind sie gut denkbar und praktikabel. Mit nur wenigen Voraussetzungen hätte sich ein entsprechendes Modell durchführen lassen. Ich bin davon überzeugt, daß der (zunächst einmal auch nur befristete) Verzicht auf nach westdeutschem Muster standardisierte Studien- und Prüfungsordnungen zu einem Gewinn an wissenschaftlicher und beruflicher Kompetenz, Kreativität und Kritikfähigkeit geführt hätte – sowohl bei den Studierenden als auch bei den (in größerer Zahl ostdeutschen) Lehrenden.

Aber genau das ist ja vielleicht der Grund, warum Lehrforschungsprojekte – trotz ihrer Möglichkeiten – von der Wissenschaftsverwaltung so selten gefordert und gefördert werden.

12 Zugleich wird hier deutlich, daß sich mit dem Erwerb wissenschaftlicher Kompetenz auch lebensweltliche Orientierungen für die StudentInnen selbst entwickeln können.

WERNER GRAHN

Hochschulen und Staat in Thüringen

Mit meiner Zwischenbemerkung, massive Eingriffe des Staates in die Hochschulen seien zurückzudrängen, veranlaßte ich ungewollt Frau Dr. Sitte zu der Erklärung, mehr Staat an den Hochschulen zu wollen. Was das bedeuten soll, weiß ich nicht. Meine Bemerkung hat einen konkreten Hintergrund. Die Regierung in Thüringen hat unter den CDU-Ministerpräsidenten zu verantworten: Die Liquidation der Medizinischen Hochschule Erfurt, die ersatzlose Auflösung zahlreicher Ingenieurschulen und anderer Fachschulen, die Abwicklung zahlreicher Fakultäten und Institute an Hochschulen ohne fachliche Evaluation, den Abbau wissenschaftlichen Personals im großen Stil an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, eine Reduzierung der Industrie- und industrienahen Forschung auf ca. 20 % des gegebenen Standes etc. Das alles geschah über staatliche Eingriffe und unter weitgehender Ausschaltung demokratischer Selbstbestimmung, das war staatlich verordnete Überstülpung des nichteffektiven Hochschulmodells der alten BRD. Soll man angesichts solcher Tatsachen – die übrigens in Sachsen und Sachsen-Anhalt kaum anders aussehen – für mehr Staat an den Hochschulen eintreten?

Nun könnte man meinen, das war nur in der Transformationsphase in Ostdeutschland so und gehöre bereits in die Vergangenheit. Leider ist verhängnisvolle Hochschulpolitik durch den Staat auch ein Problem der Gegenwart geblieben. Auf der Bundesebene wird die Unterfinanzierung der Wissenschaft beibehalten und zumindest Stagnation bewirkt. Da gibt es nach dem Scheitern des Hochschulstrukturreformversuchs neue Bestrebungen, der Jugend den Zugang zu den Hochschulen zu erschweren. Speziell in Thüringen hält man seit Jahren die Pädagogische Hochschule im Zustand der Agonie und verweigert ihr Zusagen über eine Integration in die Universität Erfurt. Die Politik der Thüringer Regierung zu Wissenschaft und Hochschulen ist ohne Konzeption und damit nicht berechenbar. Soll man unter diesen Voraussetzungen mehr Staat an den

Hochschulen fordern? Das dürfte doch die katastrophalen Zustände erhalten. Wir wenden uns ganz entschieden gegen die Abwicklung von Hochschulen und gegen einen weiteren Stellenabbau beim wissenschaftlichen Personal, zumal die Studentenzahlen in den letzten Jahren gestiegen sind und weiter ansteigen werden. Alternative Hochschulpolitik kann kaum mit staatlicher Hochschulpolitik von CDU-Regierungen oder Regierungen einer großen Koalition übereinstimmen.

Da es hier nicht möglich ist, ausführlich die hochschulpolitischen Vorstellungen der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag darzustellen, soll als Anhang zum Beitrag über einen langfristig ausgearbeiteten Antrag an den Landtag informiert werden.

Antrag der PDS-Fraktion

zu Erhalt und Entwicklung der Hochschullandschaft Thüringens

Die Landesregierung wird aufgefordert, *erstens* spätestens im Oktober 1995 den Landtag über einen Landeshochschulplan für Thüringen gemäß § 104 Thüringer Hochschulgesetz zu unterrichten; *zweitens* zur Verabschiedung im September 1995 einen Nachtragshaushalt vorzubereiten, der a) den Wegfall der kw-Vermerke in den Stellenplänen der Thüringer Hochschulen vorsieht, und b) auf einen Stellenabbau im Wissenschafts- und Hochschulbereich Thüringens verzichtet und nicht unter den Stand vom 1.1.1995 zurückgeht (freie oder freiwerdende Stellen an den Hochschulen unterliegen der freien Disposition der Hochschulen und werden von der Regelung des § 8 Absatz 1 des Thüringer Haushaltsgesetzes 1995 ausgenommen); *drittens* die Gründung und den Ausbau der Universität Erfurt zügig zu betreiben und für die Pädagogische Hochschule mit ihrer Lehrerbildung eine Integration in die Universität Erfurt zu ermöglichen.

Begründung: Im fünften Jahr seiner Existenz ist Thüringen noch immer ohne Landeshochschulplan. Eine Zukunftskonzeption für die Thüringer Hochschulen ist – als gesetzliche Pflicht – ein unverzichtbares Planungsmittel im Interesse der Studierenden, der Wissenschaftler und Thüringens insgesamt. Den Thüringer Hochschulen und damit dem Freistaat Thüringen wird Schaden zugefügt, wenn man den Stellenabbau an den Hochschulen aus fiskalischen Gründen weiterführt.

Die Studienanfängerzahlen in Thüringen werden nach sicheren Prognosen stark ansteigen. Schon heute existieren weder eine »Über«-Personalausstattung an den thüringischen Hochschulen (Relation: Wissenschaftler zu Student) noch ein vergleichsweiser Potentialüberschuß (Relation: Wissenschaftler pro Einwohner). Wissenschaft und Hochschulen besitzen aber für die Entwicklung des Landes eine ausschlaggebende Bedeutung.

Die Gründung und der Ausbau der Universität Erfurt sollten eine Stärkung der Thüringer Hochschullandschaft bedeuten, die keine Opfer von anderen Hochschulen in Thüringen verlangt. Um den Erhalt der Potenzen der Pädagogischen Hochschule zu gewährleisten, ist ihre

Integration in die Universität Erfurt unverzüglich vorzubereiten und umzusetzen. Die anstehenden Entscheidungen sollten auf einer soliden Lehrerausbildungskonzeption einschließlich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen für Thüringen beruhen.

Für die Fraktion: Dr. Ursula Fischer

ANDREAS TRUNSCHKE

Brandenburgische Hochschulreförmchen in der Krise

Ausgangslage und Anspruch

1990 war Brandenburg das Land mit den geringsten Kapazitäten an Studienplätzen, an wissenschaftlichen Arbeitsplätzen an Hochschulen oder in der außeruniversitären Forschung. Der Anteil an der Studentenzahl und am Hochschulpersonal lag weit unter dem brandenburgischen Bevölkerungsanteil von 16 Prozent in der DDR. Neben diesem Nachholebedarf gab und gibt es zahlreiche weitere Gründe für den Auf- und Ausbau der Hochschulen in Brandenburg. Der wohl wichtigste ist der, über dieses Hilfsmittel Strukturpolitik betreiben zu wollen. In Anlehnung an Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet gingen wir davon aus, daß ohne diesen Ausbau Struktur- und Entwicklungsdefizite nicht überwunden werden können. Zudem sollten in der Region Berlin-Brandenburg nicht alle wissenschaftlichen Potentiale in Berlin konzentriert sein.

Diese hier nur angedeuteten Überlegungen waren die Voraussetzung für den parteiübergreifenden Konsens, die brandenburgische Hochschullandschaft stark auszubauen. Das Hochschulgesetz und größtenteils auch die Wissenschaftshaushalte bis 1994 fanden trotz zahlreicher Kritikpunkte Zustimmung bis in die Opposition hinein. Das Hochschulgesetz beispielsweise wurde 1991 ohne Gegenstimme angenommen. (Verweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf die »Brandenburgischen wissenschaftspolitischen Hefte«. Ich weiß nicht, ob es dies noch einmal in der Bundesrepublik gibt, daß in einer Heftenreihe alle Parteien sowie zahlreiche sonstige Akteure publizieren – und daß diese Heftreihe von einem PDS-nahen Verein herausgegeben wird.)

Brandenburg wurde nach der Wende zu dem einzigen Land, in dem mehr wissenschaftliche Arbeitsplätze auf- als abgebaut wurden. Bis zum Jahr 2 000 sollten 34 400 Studienplätze geschaffen werden.

Im Juli 1991 wurden die Universität Potsdam, die Technische Universität Cottbus und die Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder gegründet. Insbesondere an den beiden erstgenannten Hochschulen gab es in der Startphase erhebliche Dissonanzen. Beide bauten die Vorgängereinrichtungen auf, ohne daß der Zusammenhang klar war. Noch bevor der Gründungssenat der Universität Potsdam richtig zu arbeiten begann, hatte diese Universität ca. 1 000 Mitarbeiter und 4 000 Studenten. Doch diese »Altlasten« blieben weitgehend von der Mitwirkung ausgeschlossen. Der innovative Drang aus der Wendezeit wurde in Brandenburg ebenso wie in den anderen neuen Ländern abgewürgt. Statt dessen kamen Westprofessoren, die, auf ihren Erfahrungen aufbauend, eine Neuprofilierung anstrebten, auch hier und da aus von ihnen gemachten Erfahrungen zu lernen bestrebt waren. So gibt es manchen innovativen Ansatz, insgesamt wurden jedoch auch im Brandenburgischen unkritisch westdeutsche Strukturen kopiert.

Die Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg wurde fortgeführt. Sie hat heute einerseits mit gravierenden Raumproblemen zu kämpfen, ist aber andererseits neben der Fachhochschule Eberswalde wohl die Hochschule, die den meisten Zulauf aus den alten Bundesländern hat.

Schließlich wurden im Oktober 1991 die Fachhochschulen in den Städten Brandenburg, Potsdam, Wildau, Eberswalde und an dem Doppelstandort Senftenberg/Cottbus gegründet. Hinzu kommen, um dies hier zu vervollständigen, eine Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und eine Fachhochschule für Finanzen.

Im außeruniversitären Bereich können wir auf eine Großforschungseinrichtung, auf drei Außenstellen von Großforschungseinrichtungen, auf fünf Institute der Blauen Liste sowie auf Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft blicken.

Doch die Startphase der brandenburgischen Hochschullandschaft war nicht allein durch ehrgeizige quantitative Ziele gekennzeichnet, sondern auch durch qualitative, innovative Ansprüche. Sehen wir im einzelnen, was daraus geworden ist.

Aufgabe

Diesen Abschnitt habe ich mit »Aufgabe« überschrieben – leider kommen beide Bedeutungen zum Tragen. Es sind Aufgaben, die aufgegeben wurden. Dabei orientiere ich mich zunächst allein an den von den Landesregierungen der letzten und der jetzigen Legislaturperiode selbst formulierten Zielen. Das umstrittene »Eckwertepapier für die Wissenschaftspolitik des Landes Brandenburg« nennt unter anderem folgende innovative Zielsetzungen:

Erstens verstärkte interdisziplinäre Forschung und Ausbildung; in der Tat hat sich da einiges entwickelt, beispielsweise die Verbindung von Architektur und Bauingenieurwesen. Aber ich bin nicht Fachmann genug, um dies hier näher ausführen zu können. Ein Institut möchte ich aber hervorheben: das PIK – Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Dort wird ansatzweise versucht, Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften zu verbinden.

Zweitens innovative Studiengänge und Forschungsrichtungen; hier möchte ich nur skizzieren, auch weil mir der rechte Überblick fehlt, was von den vielen angedachten Sachen auch tatsächlich realisiert worden ist. Aber immerhin: Wir bilden den Umweltingenieur aus. Es gibt die Professur für Frauenforschung. Wir haben die Verbindung von Architekten- und Bauingenieurausbildung. Es gibt das Potsdamer Modell der Lehrerbildung, das Elemente der Praxisausbildung in die Universitätsstudiengänge zu integrieren sucht und auf eine enge Verbindung zwischen Erziehungswissenschaften, Fachdidaktiken und Fachstudien orientiert.

Drittens Betonung der europäischen Dimension in den Studiengängen; man ist bei dieser Überschrift geneigt, sofort an die Europa-Universität Viadrina zu denken. Für bemerkenswert halte ich, daß immerhin nahezu 30 Prozent der Studierenden an dieser Universität aus dem Ausland, aus Polen, kommen. Ungeachtet aller Probleme eine für mich herausragende Leistung. Im übrigen kommen auch zahlreiche Lehrkräfte aus dem Ausland. Das Collegium Polonicum als polnischer Partner der Viadrina östlich der Oder nimmt langsam Gestalt an.

Ebenso bemerkenswert die tragende Säule der Viadrina, die kulturwissenschaftliche Fakultät. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler sollen nicht nur ihr Gebiet beherrschen lernen, sondern auch die Kultur europäischer Länder verstehen. Inzwischen aber mehren sich die Anzeichen, daß es mit der europäischen Dimension in den einzelnen Studienrichtungen nicht weit her ist. So bekommen die Juristen kaum europäisches Recht

gelehrt. Die Internationalität in der Ausbildung versuchte man auch durch eine Betonung der Sprachausbildung zu berücksichtigen. Doch leider ist auch dies noch lange nicht auf dem erforderlichen Stand.

Viertens überschaubare, auf Effizienz in Lehre und Forschung bedachte Alternativen zu den westdeutschen Massenuniversitäten; dies insbesondere auch in Profilierung zu den Berliner Einrichtungen. Klein, aber fein sollten die brandenburgischen Hochschulen werden. Heute muß man eindeutig einschätzen, dieser Reformanspruch ist aufgegeben worden. Klein sind die Hochschulen noch immer, aber ebenso überfüllt wie anderswo auch. Auf 100 Studienplätze kommen gegenwärtig ca. 180 Studierende. Der Haushalt für 1995 zeigt deutlich, daß in absehbarer Zeit keine Besserung zu erwarten ist. Noch drastischer zeigt dies die Anmeldung Brandenburgs zum 25. Rahmenplan. Unser Aufbauziel von 34 400 Studienplätzen muß zeitlich von 2 000 auf 2 005 oder gar 2 010 verschoben werden. Damit klafft die Schere zwischen flächenbezogenen Studienplatzzahlen einerseits und personalbezogenen Aufnahmekapazitäten andererseits zusehens auseinander. Regierung wie Opposition stehen dem weitgehend konzeptionslos gegenüber.

Nahezu alle Hochschulen leiden unter Raummangel. Der Flächenstand schwankt zwischen 15 Prozent für die Fachhochschule Brandenburg und 55 Prozent für die Universität Potsdam. Es werden immer mehr Zwischenlösungen wie Anmietungen und Container notwendig, die ja letztlich alle den Ausbau der Hochschulen enorm verteuern. Schließlich haben Bund und Treuhand bei der Übergabe von Flächen und Gebäuden kräftig gemauert.

Für die ursprüngliche Planung bis 2 000 fehlt daher ca. eine halbe Mrd. DM. Statt der jetzt jährlich geplanten 200 bis 230 Mill. DM für den Hochschulbau benötigen wir eine Jahresrate von mindestens 300 Mill. DM.

Gerechtigkeitshalber sei hinzugefügt, daß die Haupt- aber nicht alleinige Schuld auf der Bundesebene zu suchen ist. Die eigenen Haushaltsansätze reichen in Brandenburg nicht hinten und nicht vorn. Aber immerhin gibt es die feste Zusage des (gerade scheidenden) Finanzministers, jede Bundesmark kofinanzieren. Notwendige Investitionen und notwendige Verwaltungslasten sind unzumutbar verschoben. Die Technische Universität stöhnt wegen zu wenig Computertechnik, die Europa-Universität wegen ungenügender Bereitstellung von Telefongebühren – beide zu Recht.

Die Aufgabe des Reformanspruchs »klein, aber fein« wird ebenso in den Personalansätzen deutlich. Der Mittelbau mag an der Universität

Potsdam und an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus noch hingehen, was im übrigen eindeutig ein Erbe der DDR ist. Die Ausstattung Lehrkräfte zu Studierenden verschlechtert sich aber mit jedem Semester, da natürlich der Personalausbau keineswegs mit dem Steigen der Studentenzahlen Schritt hält. Ausgenommen sind da lediglich die Fächer, die noch über ein zu geringes Studierendenaufkommen klagen dürfen.

In der Position wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte ist dagegen die Ausstattung schon heute schlecht. Bisher konnte noch aus nichtbesetzten Stellen umdisponiert werden; mit wachsender Besetzung der Stellen geht dies nicht mehr. Hilfskräfte müssen zeitweilig entlassen werden. Von gerechter Bezahlung nicht zu reden.

Überhaupt werden die Aufbauplanungen zunehmend gestreckt. Statt der eingeforderten mindestens sieben neuen Professuren für 1996 soll die Universität Potsdam lediglich zwei erhalten. Von einigen in der Gründungsphase geplanten Lehrstühlen ist überhaupt nicht abzusehen, ob sie je geschaffen werden können. Nicht unerwähnt bleiben soll, daß der Finanzminister in Komplizenschaft mit dem Innenminister in fast unerträglicher Weise versucht, die Berufungsverhandlungen zu strecken.

In diesen Zusammenhang gehört wohl auch das Bestreben, ein Studium in der Regelstudienzeit zu gewährleisten. Wie gesagt, noch bieten die Personalausstattungen die Gewähr dafür. Noch wird in Brandenburg im wesentlichen in der Regelstudienzeit ein Studium abgeschlossen. Aber gerade jetzt beginnen die Engpässe in den Titeln »wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte«. Auf Grund der Raumsituation deuten sich an einigen Hochschulen ebenfalls Engpässe bei den Laborpraktika an. Einer der wichtigsten Vorteile der brandenburgischen Hochschulen droht kampflös über Bord zu gehen.

Fünftens universitäre Weiterbildung; dies war ebenfalls ein gefeierter Anspruch aus dem Hochschulgesetz. Man hatte richtig erkannt, daß Weiterbildung einen weit bedeutenderen Stellenwert einnehmen wird, daß dabei die Hochschulen eine besondere Rolle spielen werden. Doch nur langsam kommt Bewegung in den still ruhenden See. Die finanziellen und personellen Mittel entsprechen kaum den Anforderungen. Für die Fachhochschulen konzentriert sich die akademische Weiterbildung nahezu vollständig auf die sogenannten Brückenkurse.

Sechstens regionalpolitische Relevanz; dies kommt, wenn auch schleppend, in Gang. Inzwischen hat wohl jede Hochschule ihr Technologietransferzentrum. Verflechtungen mit der regionalen und teilweise auch

überregionalen Wirtschaft entstehen. Doch hier muß man sagen, daß die Landesregierung bis heute nicht zu abgestimmten Konzepten gefunden hat. Obwohl es klares Ziel war, mittels der Hochschulentwicklung auch Wirtschafts- und Strukturentwicklung zu betreiben, wurde diese mehr dem Selbstlauf überlassen. Immerhin liegt aber mit den Antworten der Landesregierung auf eine Reihe von entsprechenden Kleinen Anfragen jetzt eine Übersicht über die verschiedenen Verflechtungsstrukturen zwischen den Hochschulen, den außeruniversitären Einrichtungen und den Regionen vor. Die weggebrochene Forschung in der Industrie ist nicht zu kompensieren.

Siebertens Forschung an Fachhochschulen; das brandenburgische Hochschulgesetz weist eindeutig auch den Fachhochschulen einen Forschungsauftrag zu. Inzwischen wurden auch, als eine Voraussetzung, Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau an den Fachhochschulen eingerichtet. So begrüßenswert das ist, so neidisch vielleicht westliche Fachhochschulen sein mögen, so sehr muß eingeschätzt werden, daß die Ansätze eindeutig zu gering sind. Wir gehen davon aus, daß im Durchschnitt auf jeden Fachhochschul-Professor eine halbe wissenschaftliche Mitarbeiterstelle kommen sollte. Derzeit liegen wir an den meisten Fachhochschulen unter einem Viertel.

Völlig unklar ist die inhaltliche Ausgestaltung dieser Mitarbeiterstellen. Sollen sie auch einen Teil ihrer Arbeit zur Weiterqualifizierung nutzen, wenn ja, wie groß ist dieser? Sollen sie in der Lehre tätig werden? Alles Fragen ohne Antwort. Unbefriedigend ist auch die Lehrbelastung der Professoren mit 18 SWS. Wenn man sich dann noch weigert, wenigstens als Entlastung bei den Prüfungen einen Leiter für das Prüfungsamt einzustellen – wie bei den Haushaltsverhandlungen für die Fachhochschule Lausitz geschehen –, so muß ich doch sagen, daß ich Zweifel an der ernstesten Absicht der Landesregierung bekomme.

Achtens Stärkung der Fachhochschulen; von den 34 400 Studienplätzen sollen 20 800 auf die Universitäten und auf die Hochschule für Film und Fernsehen entfallen, 13 600 auf die Fachhochschulen. Das entspricht ca. 40 Prozent der Studienplätze. Brandenburg könnte damit das Land mit dem größten Fachhochschulanteil an der Hochschullandschaft werden. Doch wie gesagt – im Jahr 2 010.

Gerade jetzt denkt man hier auch an die Gründung einer neuen Fachhochschule. Vorerst haben sich die Experten für Neuruppin entschieden. Auch aus meiner Sicht ist dies der Standort, der am ehesten eine Balance zwischen hochschulpolitischen und strukturpolitischen Gesichtspunkten

gewährleistet, möglicherweise der einzige Standort, der überhaupt ausreichend Studierende anziehen könnte. Dennoch habe ich angesichts der fehlenden Mittel im Hochschulbau und der zögerlichen Haltung der Landesregierung bei der Stellenausstattung Zweifel, ob es tatsächlich noch eine weitere Hochschule in Brandenburg geben wird. Da sei doch die Fusion mit Berlin vor.

Neuntens gesellschaftliche Einbettung; gegen einen wie auch immer gearteten Landeshochschulrat sträubte man sich von Anfang an. Mit der geplanten Fusion der Länder Berlin und Brandenburg stände das Problem eigentlich erneut zu Debatte – wäre da nicht die Arroganz der in Brandenburg alleinregierenden SPD. Während es in Berlin mit dem Kooperationsrat der Kuratorien ein analoges Gremium gibt, weigert sich diese Partei in Brandenburg, das Thema überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Das läßt nur den Schluß zu, mit der Fusion soll auch in Berlin der Kooperationsrat wieder abgeschafft werden.

Aber immerhin gelang es uns, in der Debatte des Hochschulgesetzes das damals noch im Parlament vertretene Bündnis 90/Die Grünen so in die Zange zu nehmen, daß dieses in der Koalition die Möglichkeit zur Bildung von Kuratorien durchsetzte. Aber dort schimmelt der Paragraph inzwischen vor sich hin. Es bleibt den Hochschulen überlassen, ob und wie sie ein Kuratorium einrichten. Ich halte dies für falsch verstandene Autonomie. Aus meiner Sicht erfordert die Autonomie zwingend die gesellschaftliche Verankerung. Bisher sind mir keinerlei Aktivitäten in Richtung auf ein Kuratorium bekannt.

Zehntens Kooperation zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; neben vielfältigen anderen Formen legt Brandenburg insbesondere Wert auf Doppelberufungen. Zahlreiche Wissenschaftler an den außeruniversitären Einrichtungen sollen zugleich Lehraufträge an den Hochschulen erhalten. Doch die Realität ist wieder einmal schwieriger: Die Hochschulen sind laut Haushalt nicht in der Lage, ihren 15prozentigen Anteil an der Finanzierung zu erbringen. Man hilft sich mit einer Hilfskonstruktion. Für einen Übergangszeitraum übernehmen die Institute diesen Anteil mit. Er wird aus noch nicht besetzten Stellen gespeist. Der große Wurf ist dies wohl nicht.

Soweit zu einigen Ansprüchen offizieller brandenburgischer Hochschulpolitik und ihrer Realisierung aus PDS-Sicht. Auf weitere Probleme wie die hoffentlich nicht zustande kommende Fusion Berlin-Brandenburg oder die studentischen Belange möchte ich hier nicht näher eingehen. Abschließend noch etwas zu unseren eigenen Ansprüchen.

Alternativen

Eine unserer gegenwärtigen Grundforderungen ist die, daß die Regierenden doch bitte ihre eigenen Ansprüche realisieren mögen. Das mag bescheiden sein, ich meine aber, es wäre viel erreicht, wenn dies möglich wäre. Ich hoffe, die vorhergehenden Darlegungen zeigen, welches Potential allein darin stecken würde.

Im übrigen gehört diese Herangehensweise für mich zugleich zu den Stärken als auch zu den Schwächen der PDS. Wir wurden wohl vor allem wegen des Kümmerns um Alltagsorgen gewählt. Aber wir werden diese Sorgen nicht grundsätzlich mindern können, wenn wir nicht auch grundsätzliche Veränderungsansätze anbieten. Ich möchte daher kurz noch auf einige Leitprinzipien unserer Wissenschaftspolitik eingehen, wie wir sie gerade diskutieren. Dabei muß dieses »Diskutieren« sehr eingeschränkt gesehen werden, sind es doch nur wenige, die sich in der PDS Brandenburg mit Wissenschaftspolitik befassen. Aber immerhin wird sich im Dezember 1995 ein Landesparteitag ausführlich mit Kultur und Kulturpolitik, mit Wissenschaftspolitik und Wissenschaft befassen.

Wenn ich mit den folgenden Thesen zum Widerspruch provozieren würde, hätte ich mein Ziel erreicht.

1. Wissenschaft ist öffentliches Eigentum! In Anlehnung an Daxner könnte diese These auch für uns ein zentraler Ausgangspunkt für weitere Überlegungen sein. Es bleiben jedoch zahlreiche Fragen offen: Wie kann öffentliches Eigentum mit der Freiheit der Wissenschaft und des Wissenschaftlers verbunden werden? Wäre hier auch Forschung in der Wirtschaft einzubeziehen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Wie können Eigentümerrechte wahrgenommen werden? Welche Modelle wären dabei vorstellbar? Vor allem wären öffentliches und staatliches Eigentum zu unterscheiden. Die bisherige Hochschulpolitik der PDS war vorrangig auf Autonomie, Selbstverwaltung und Selbstvertretung der Wissenschaft gerichtet; aus Sicht dieser These wäre das jedoch eindeutig zu eng gesehen.

2. Wissenschaft ist prinzipiell am Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu messen. Streicht man das Wort »prinzipiell« aus der These, so würde sie wohl weitgehende Zustimmung erfahren. Angesichts der Gefährdungen ist meines Erachtens der Zusatz aber gerechtfertigt. Offen bleiben aber allein schon die Definition von »sustainable development« und die Frage der Meßkriterien. Ein Anknüpfen an bereits ausgearbeitete Positio-

nen ist der PDS bisher nicht gelungen. Man muß sogar feststellen, daß dieser Bereich zu den Politikfeldern gehört, auf dem die PDS am wenigsten »anzubieten« hat. Eine ganz zentrale Frage ist die nach der Einschränkung der Freiheit der Forschung. Die Landesregierung bekannte dazu kürzlich: »Nach Art. 2 Abs. 5 der Landesverfassung (Bbg Verf) gehen die Bestimmungen des Grundgesetzes denen der Verfassung vor. Das Grundgesetz gewährleistet in seinem Artikel 5 Abs. 3 die Freiheit der Forschung. Dieses Grundrecht unterliegt keinem Gesetzesvorbehalt und findet – im Einzelfall nach entsprechender Abwägung – seine Grenzen daher an den Grundrechten anderer.

Durch das Grundgesetz gewährleistete Grundrechtspositionen können vom Landesgesetzgeber nicht eingeschränkt werden; der Erlaß eines Landesgesetzes zur allgemeinen Beschränkung der Forschungsfreiheit ist daher verfassungsrechtlich nicht zulässig. Die Bestimmungen des Artikels 31 Abs. 2 Bbg Verf, wonach Forschungen, wenn sie geeignet sind, die Menschenwürde zu verletzen oder die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören, gesetzlichen Beschränkungen unterliegen, zeichnen damit im Grunde lediglich die der Forschungsfreiheit generell gesetzten sogenannten immanenten Schranken nach.« (Zitiert nach der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 186 – Landtagsdrucksache 2/829.)

Doch damit ist das Problem nicht aus der Welt. Niemand will die Forschung zensieren, und doch geschieht es alltäglich allein über die Bereitstellung finanzieller Mittel. Und vor allem wird meines Erachtens diese Freiheit der Forschung nicht mehr der erlebten und drohenden Gefährdung durch Forschung gerecht. Was also tun?

3. Wissenschaftsbetrieb in einer Demokratie und Republik darf demokratischen und republikanischen Prinzipien nicht entgegenstehen. Dazu ist viel geschrieben worden, inzwischen auch von der PDS oder ihr nahestehenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Ordinarienuniversität ist abzulehnen. Die Rechte des Mittelbaus sind erheblich auszuweiten. Die Gremien sind so zusammenzusetzen, daß keine Hochschulgruppe über die anderen bestimmen kann. Etc.

4. Wissenschaft ist extrem kurzlebig. Wissenschaftspolitik dagegen eine Frage von Generationen. Wenn diese These richtig ist, wie ich meine, hat sie enorme Konsequenzen für die Wissenschaftspolitik: Wenn es stimmt, wenn sich der Aufbau von Wissenschaftslandschaften nur schwer in den Rhythmus von Legislaturperioden einpaßt, dann ist zu fragen, was

dem bisherigen System an die Seite gestellt werden kann – ohne verschiedene politische Richtungen zu nivellieren.

Ich hatte den Eindruck, in Brandenburg ist in der ersten Legislaturperiode versucht worden, dem Problem dadurch zu begegnen, daß die Wissenschaftspolitik über größere Strecken hinweg im Dialog zwischen Regierung und dem gesamten Parlament entwickelt wurde. Zumindest war der damalige Wissenschaftsminister Enderlein bereit, viele Fragen – wie beispielsweise Staatsverträge – schon im Vorfeld mit dem zuständigen Ausschuß zu diskutieren und dessen Meinung zu berücksichtigen. Vielleicht gehört diese Herangehensweise auch nur zu den Vorteilen einer Ampelregierung.

5. Wissenschaft ist ein ganzheitliches System und ist daher nur ganzheitlich beziehungsweise komplex zu betreiben. Eigentlich eine Binsenweisheit, doch es erscheint heute als erforderlich zu betonen, daß man gegen die Trennung von Forschung und Lehre und für Interdisziplinarität, gegen die Trennung von Verwaltung und eigentlichem akademischen Betrieb ist.

6. Wissenschaft und Wissenschaftsbetrieb sind hochgradig komplexe Systeme. D. h., sie entziehen sich einer eindeutigen und längerfristigen Vorhersage; sie sind nicht planbar; die Überraschung ist gewiß. Die Betonung liegt hier darauf, daß dies nicht nur für die Wissenschaft, sondern in ähnlicher Weise für den Wissenschaftsbetrieb gilt. Jede Steuerung, zu der ja die Linke so gerne neigt, wird damit konfrontiert sein, daß sie andere, ja entgegengesetzte Ergebnisse als geplant erreicht. Die vermittelte Steuerung ist daher der direkten Steuerung vorzuziehen. – Wie aber sind unter diesen Bedingungen Eigentümerrechte wahrnehmbar?

7. Recht auf Bildung – seiner Natur nach Grundrecht. Da auch darüber bereits viel geschrieben wurde, hier nur einige Fragen: Woran wird dies gemessen? Wie sind demgegenüber ökonomische Kriterien zu bewerten? Ist dieses Grundrecht in der bisherigen Form zu halten? Wären Bildungsgutscheine eine annehmbare und umsetzbare Alternative? Schließt das Recht auf Bildung eine Pflicht ein?

Abzulehnen sind technokratische Lösungen, die auf Elitenbildung sowie deren Kontrolle abzielen, wie beispielsweise zur Abkehr von der Massenuniversität die Einteilung der Studierenden in zwei Klassen. Verbunden mit dieser These ist aber auch, für jede Phase des Studiums

neben der Ausbildung die Bildung zu gewährleisten. Eine Zweiteilung des Studiums in eine reine Ausbildungsphase für die »Masse« und eine wissenschaftliche Phase für die »Elite« lehne ich ab.

8. *Öffentliche Aufgaben können sinnvoll auch von staatsunabhängigen Einrichtungen wahrgenommen werden.* Mitunter sogar besser? Wir neigten (in der DDR) oft dazu, alles unbedingt in staatlichen Institutionen zu verankern; heute neigen wir dazu, dies möglichst vom Staat fern halten zu wollen. Womöglich, weil wir diesen Staat nicht kontrollieren können, ihm nicht trauen, aber hoffen, in staatsfernen Institutionen eher Einfluß zu gewinnen? Ich meine, so kann man an die Frage nicht herangehen, falls es denn überhaupt jemand macht. Mein Ziel wäre ein in die Gesellschaft eingebetteter Wissenschaftsbetrieb, der sehr wohl von der Gesellschaft als seiner Eigentümerin kontrolliert und (indirekt) gesteuert wird, die diesem gleichzeitig seine Freiheit garantiert. Gesellschaft ist eben mehr als nur der Staat. Doch hierüber wäre eingehender nachzudenken, bleiben doch noch viele Fragen offen: Wie korrespondiert dies mit der These vom öffentlichen Eigentum? Wer ist dann Eigentümer, wenn nicht über den Staat die ganze Gesellschaft? Wie sind Eigentümerrechte zu regeln? Wie können Freiheit und Kontrolle gegeneinander abgewogen werden? Geht das überhaupt? Ist das sinnvoll?

9. *Gleichwertigkeit unterschiedlicher Leistungen, Pluralismus in der Wissenschaft.* Wer verteidigt eigentlich noch den schönen Grundsatz, Universitäten und Fachhochschulen seien verschieden, aber gleichwertig? Wer fordert noch gleiche Bezahlung für Universitäts- und Fachhochschulabsolventen auf dem Niveau der Universitätsabsolventen? Wo wird noch marxistisches Denken an ostdeutschen Hochschulen gelehrt, wo sogar noch von Ostdeutschen?

Die Forderung nach Gleichwertigkeit verschiedener Studienleistungen wird aber auch mit Blick auf das Zusammenwachsen von Europa zunehmend an Bedeutung gewinnen. Wer den Austausch Studierender will, der muß sich wohl zwangsläufig für einen Studienaufbau engagieren, der gleichwertige Leistungen in vergleichbaren Studienabschnitten gewährleistet. Es geht dann nicht mehr wie mit dem Hochschulwesen der DDR, daß allein die BRD zum Maß aller Dinge gemacht wird.

10. *Hochschulreform ist stets zugleich Gesellschaftsreform.* Wissenschaft ist stets Gesellschaftskritik, denn eine nicht kritisch hinterfragende und

zweifelnde Wissenschaft ist absurd. Nur: Ist die tatsächliche Wissenschaft so, wird dieser Aspekt gefördert? Eigentlich müßten linke Politik und Wissenschaft natürliche Verbündete sein. Warum ist davon gegenwärtig so wenig zu spüren? Was haben die Linken falsch gemacht? Mit dieser These ist selbstverständlich auch den Geisteswissenschaften ein höherer Stellenwert zuzuordnen.

11. Die gegenwärtige Vorherrschaft von Ökonomismus und Administration über Politisierung der Wissenschaft widerspricht dem Wesen von Wissenschaft. Bildung wird zunehmend und immer weniger widersprochen als nachgeordnete Funktion der Ökonomie angesehen. Damit droht Bildung zu Ausbildung zu verkommen. Die alleinige Orientierung an »Wettbewerb« und vor allem am Wettbewerb am Weltmarkt, die vorrangige Orientierung auf Wirtschaftlichkeit und Wirtschaft sowie auf finanzielle Fragen richten Wissenschaft und Wissenschaftsbetrieb sehr einseitig aus. Als Folge finden wir statt Reformen und Visionen nur noch Rationalisierungskonzepte. Auf Dauer wird dadurch die Wissenschaft aber auch an Nutzen für die jeweilige Ökonomie einbüßen.

Thesen machen noch keine Politik. Zumal, wenn sie sich noch in einem so plakativem Stadium befinden, wie ich es hier beschrieben habe. Aber es ist m. E. an der Zeit für die PDS, über die bisherigen weitgehend pragmatischen und vereinzelt vorhandenen visionären Ansätze hinauszudenken. Nur dazu sollten die vorstehenden Thesen provozieren.

Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Werner Bramke, MdL, Paul-Gruner-Straße 64, 04107 Leipzig

Torsten Bultmann, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Bonn e. V. (BdWi), Reuterstraße 44, 53113 Bonn 1

Peter Döge und Brigitte Fenner, Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e. V., Chausseestraße 35, 10115 Berlin

Prof. Dr. Ludwig Elm, MdB, Schillbachstraße 2, 07743 Jena

Dr. Astrid Franzke, Hamburger Straße 14, 04129 Leipzig

Prof. Dr. Werner Grahn, Grünauer Allee 34, 04209 Leipzig

Markus Gunkel, Holsteinischer Kamp 100, 22081 Hamburg

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, Pirnaer Straße 18, 01829 Dorf Wehlen

Dr. Barbara Höll, MdB, Brandvorwerkstraße 54, 04275 Leipzig

Prof. Dr. Siegfried Kiel, Moritzzwinger, 06108 Halle

Peer Pasternack, Redaktion »hochschule ost«, PSF 920, 04009 Leipzig

Dr. Rainer Rilling, Geschäftsführer des BdWi, Gisselberger Straße 7, PSF 543, 35037 Marburg

Dr. Andreas Trunschke, MdL, PDS-Fraktion des Brandenburgischen Landtages, Geschäftsstelle, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

Mitteilungen

Heft 1. Leipzig 1991. 28 S. [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3–5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6–8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9–15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16–24. – Erste Presseresonanz. S. 25–28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflexionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5–17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18–27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28–32. – Informationen des Vorstandes. S. 33–35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3–16. – Werner Bramke: Carl Goerdelers Weg in den Widerstand. S. 17–30. – Informationen des Vorstandes. S. 31–33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3–10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11–19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20–31. – Informationen des Vorstandes. S. 32–34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5–16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17–35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36–44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872–1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5–46.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5–34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35–50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51–52.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.] – *Heft 9. Leipzig 1993. 52 S.* [Enthält: Ausgaben des »Kommunistischen Manifest«. Eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von

Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Zum Geleit. S. 5–9. – Verzeichnis der ausgestellten Ausgaben. S. 11–16. – Faksimiles. S. 17–35. – Helmut Seidel: Über den Umgang mit Karl Marx. Zu seinem 175. Geburtstag. S. 37–40. – Personalialia. S. 41–47. – Chronik September 1992 bis März 1993. S. 47–51.] – *Heft 10. Leipzig 1993. 58 S.* [Enthält: In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 – 16. Juni 1992. – Kondolenzschreiben des Rosa-Luxemburg-Vereins, 17. Juni 1992. S. 5. – Trauerrede von Prof. Dr. Wolfgang Küttler auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 7–11. – Trauerrede von Prof. em. Dr. Hans Jürgen Friederici auf dem Leipziger Südfriedhof, 25. Juni 1992. S. 11–13. – In memoriam Prof. Dr. Gustav Seeber und Prof. Dr. Wilfried Adling (Außerordentliche Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins, 10. Oktober 1992). S. 13–14. – Heinz Wolter: Zwischen Bebel und Bismarck. Gustav Seeber verstorben. S. 15–16. – Gustav Seeber: Die historische Stellung der Reichsgründung und das nationale Selbstverständnis der Klassen und Schichten. S. 17–39. – Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Gustav Seeber. S. 41–55.] – *Heft 11. Leipzig 1993. 48 S.* [Enthält: Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung.] – *Heft 12. Leipzig 1993. 82 S.* [Enthält: Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken.] – *Heft 13. Leipzig 1993. 54 S.* [Enthält: Eberhart Schulz: Vorwort. S. 5–6. – Rolf Badstübner: Die Entstehung der DDR in ihrer Historizität und Legitimität. S. 7–14. – Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. S. 15–25. – Dieter Schulz: Der 17. Juni 1953 – Die DDR und das erste Aufbegehren gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich. S. 27–39. – Eberhart Schulz: Weitgespannte Entwürfe – großzügige Ansätze – repressive Maßnahmen. Zur Kulturpolitik der DDR. S. 41–48. – Rezension zu Siegfried Prokop: »Unternehmen ›Chinesische Wall‹. Die DDR im Zwielficht der Mauer« (Eberhart Schulz). S. 49–50. – Personalialia. S. 51.] – *Heft 14. Leipzig 1993. 66 S.* [Enthält: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« Beiträge zum 130. Jahrestag der Gründung des ADAV. – Hans Jürgen Friederici: »Der kühnen Bahn nun folgen wir...« S. 5–14. – Hans Jürgen Friederici: »Der erste Lichtpunkt nach einer langen, trüben Zeit...« Vor 130 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. S. 15–20. – Helmut Hirsch: Marxens Verhältnis zu Lassalle. S. 21–28. – Wolfgang Schröder: Zur Position des ADAV im Geschichtsbild. Mit einem Anhang: »Berliner Entwurf« für das Programm der zu vereinigenden Partei. S. 29–38. – Volker Külöw: Anmerkungen zur Geschichte des Lassalle-Nachlasses. S. 41–43. – Henrike Dietze: »Lassalle im Leipziger Stadtparlament« – ein Trauerspiel in mehreren Akten. S. 45–50. – Ausgewählte Veröffentlichungen über den ADAV und Ferdinand Lassalle. S. 51–52. – Personalialia. S. 53–61.] – *Heft 15. Leipzig 1994. 83 S.* [Enthält: Beiträge zum 175. Geburtstag von Karl Marx. – Heinrich Gemkow: Grußwort. S. 5–7. – Rolf Dlubek: Marx als Politiker in den ersten Jahren der Internationalen Arbeiterassoziation. Zum Erscheinen von Band I/20 der MEGA. S. 9–26. – Martin Hundt: Am Ursprung kommunistischer Parteipraxis. Über das Entstehen einer Monographie zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. S. 27–42. – Volker Külöw: Ein Gedenkbuch und mehr. S. 43–60. – Heinrich Gemkow: Statt einer Schlußbemerkung. S. 61–62. – Personalialia. S. 63–70. – Chronik April bis Dezember 1993. S. 71–77.] – *Heft 16. Leipzig 1995. 55 S.* [Enthält: Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie. S. 5–42. – Chronik Januar bis Juni 1994. S. 46–50.]

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1. Leipzig 1994. 76 S. [Enthält: Editorial. S. 5. – Wolfgang Geier: Wahrnehmungsschwierigkeiten. Über (West-) Deutsche Sichtweisen auf Umbrüche im Osten Deutschlands und Europas. S. 7–276. – Lutz-Dieter Behrendt: Nationale Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Ursachen und Wirkungen. S. 27–51. – Willi Beitz: Zur Debatte über Einheit oder Teilung der russischen Literatur unter vergleichend-typologischem Aspekt. S. 53–68.]

Rohrbacher Manuskripte

Heft 1: Globale Probleme im Meinungsstreit. Leipzig 1995. 84 S. [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Ist unser Planet noch zu retten? S. 9–32. – Gerhard Poppei: Die globalen Dimensionen der Energie S. 33–47. – Gerhard Gruhn: Alternative Energien. S. 49–58. – Reinhard Griening: Globale Zivilisationskrise – gibt es einen Ausweg? S. 59–68. – Manfred Jödecke: Dialog als lokales Problem (menschlichen) Überlebens. S. 69–72. – Kurt Reiprich: Wissenschaft und Wert. S. 73–78.]

Texte zur Literatur

Heft 1. Leipzig 1994. 72 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Im Zwielficht des Jahrhunderts. Johannes R. Bechers Hölderlinbilder. S. 7–32. – Klaus Pezold: »So kam ich unter die Deutschen«. Stationen und Probleme der Hölderlin-Rezeption im Deutschland des 20. Jahrhunderts. S. 33–48. – Günter Mieth: Rückblick auf öffentliche Hölderlin-Ehrungen 1970. S. 49–65. – F. A.: [Annotation zu:] Gregor Wittkop (Hrsg): Hölderlin. Der Pflegesohn. Texte und Dokumente 1806–843 mit den neu entdeckten Nürtinger Pflegschaftsakten. Stuttgart, Weimar 1993. S. 66–67.]

Texte zur Philosophie

Heft 1. Leipzig 1994. 42 S. [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. S. 5. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. S. 9–34. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37–38.]

Texte zur politischen Bildung

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 8:* Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5–38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39–52. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 53–55.] – *Heft 9:* Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – *Heft 10:* Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 55 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5–15. – Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17–58 [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verf. auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto. S. 59–61.] – *Heft 12:* Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13:* Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14:* Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15:* Sarkis Latchinian: »Maastricht« Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16:* Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit. S. 5–6. – Gustav Seeber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7–16. – Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17–23. – Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden. S. 25–30. – Kurt Pätzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. S. 31–50. – Helmut Eschwege: Zur Deportation alter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen« 1942–1945. S. 51–73. – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken...« Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rolle in den »Säuberungen« in Sachsen 1949 bis 1953. S. 75–83.] – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 18:* Kurt

Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 19*: Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92 S. – *Heft 20*: Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S.

Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

[Enthält: Vorwort. S. 7–8. – Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission. S. 9–18. – Stefan Bollinger: »Geschichtsaufarbeitung« – Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen. S. 19–28. – Günter Benser: Bundestagsdrucksache 12/7820 – auch methodisch ein Dokument voller Widersprüche. S. 29–39. – Harald Neubert: Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im internationalen Bedingungsgefüge (Thesen). S. 41–48. – Jürgen Hofmann: Deutschlandpolitik als bundesdeutsche Einbahnstraße. Nachtrag zu einem defizitären Kapitel des Abschlußberichtes. S. 49–67. – Hans Jürgen Friederici: Das Thema »Antifaschismus« im Enquete-Bericht – Kritische Anmerkungen. S. 69–75. – Jörn Schütrumpf: Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans Jürgen Friederici. S. 77–80. – Manfred Weißbecker: Nachdenken über den Antifaschismus. S. 81–98. – Ernst Wurl: Die »SED-Diktatur«. Überlegungen im Kontext einer Kritik des Begriffs aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. S. 99–121. – Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? S. 123–147. – Volkmar Schöneburg: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat? Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifikation. S. 149–61. – Bernd Okun: Inwieweit ist der Herbst 1989 »identitätsstiftend« für das vereinte Deutschland? Einige Überlegungen. S. 163–168. – Autorenverzeichnis für Band V. S. 169. – Inhaltsverzeichnis für die Bände I–V. S. 171–177.]

»Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig 1995. 262 S.

[Enthält: Vorbemerkungen der Herausgeber. S. 7. – Walter Markov: Wieviel Leben lebt der Mensch? S. 9–10. – Manfred Neuhaus, Ernst Engelberg und Gerd Diesener: Grußworte zur Eröffnung des Walter-Markov-Colloquiums am 16. April 1994 in Leipzig. S. 11–13. – Walter Grab: Walter Markovs Weg und Werk. S. 17–21. – Manfred Kossok: Walter Markov. S. 23–31. – Hannes Schmidt: Erinnerungen an Walter Markovs Wirken in den Jahren 1935 und 1936. S. 33–34. – Herbert Bartholmes: Erinnerungen an Walter Markov 1945–1949. S. 35–40. – Eberhard Wächtler: Erinnerungen an die Fachrichtung Geschichte der Universität Leipzig im Jahre 1951. S. 41–43. – Veit Diczuneit: Walter Markov und die SED-Bezirks-

leitung Leipzig im Dezember 1956. S. 45 bis 47. – Peter Sebald: Das Markovsche »atmosphärische Umfeld«. S. 49–51. – Bärbel Plötner: Erinnerungen an Walter Markov Gedanken-splitter zum Kolloquium »Jakobinismus und Volksbewegung« zu Ehren seines 80. Geburtstages im Oktober 1989. S. 53–57. – Werner Bramke: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Walter Markov und die Widerstandsforschung in der DDR. S. 59–64. – Volker Külow: Von Holzhausen nach Summt Anmerkungen zum letzten Lebensabschnitt Walter Markovs. S. 65–66. – Jean Suret-Canale: Hommage à Walter Markov. S. 67–68. – Fernand L’Huillier: Souvenirs personnels. S. 69. – Ernstgert Kalbe: Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick. S. 73–79. – Werner Bahner: Zu einigen spezifischen Aspekten der rumänischen Aufklärung in Siebenbürgen. S. 81–83. – Erhard Hexelschneider: Markov liest Karamsin – eine Miscelle. S. 85–88. – Georg G. Iggers: Einige Bemerkungen zum historischen Denken und zur Geschichtsschreibung im 18. Jahrhundert in Europa. S. 93–104. – Werner Berthold: Walter Markov zur Geschichte und zu Perspektiven der deutschen Geschichtswissenschaft. S. 105–111. – Matthias Middell: »Gelesen, aber ehrlich gesagt nicht für marxistisch gehalten!« Walter Markov in der DDR-Geschichtswissenschaft. S. 113–125. – Wolfgang Küttler: »Weltgeschichte im Revolutionsquadrat« Zu Theorieauffassung und Geschichtskonzeption Walter Markovs. S. 127–140. – Michail N. Maschkin: Walter Markov als Universalhistoriker. S. 141–142. – Rigobert Günther: Walter Markovs Forschungsbreite und einige spezielle Probleme des Übergangs von der Antike zum Mittelalter in Westeuropa. S. 143. – Katharina Middell: »Im Niemandsland jenseits von Marat« Walter Markov über »legitime« und »illegitime« Linke in der Französischen Revolution. S. 147–154. – Waltraud Seidel-Höppner und Joachim Höppner: »Die Freiheiten des Priesters Roux« und die Sozialismus-Forschung. S. 155–163. – Walter Schmidt: Walter Markov und die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. S. 165–176. – Hans Jürgen Friederici: Zum Vorlesungszyklus »Geschichte der Revolutionen der Neuzeit«, S. 179–82. – Lothar Rathmann: Walter Markov und die »farbigen Kontinente« Persönliche Reminiszenzen. S. 183–186. – Hans Piazza: Von der Totalität der Geschichte. S. 187–190. – Sarkis Latchinian: Die nationale Befreiungsbewegung im Werk Walter Markovs. S. 191–195. – Dieter Wittich: Wie berechtigt ist die Metapher »wissenschaftliche Revolution«? S. 197–202. – Hermann Klenner: Rechtentwicklung von Unten versus Rechtentwicklung von Oben. Hommage à Walter Markov. S. 203–206. – Uwe-Jens Heuer: Wissenschaft, Politik und Moral gestern und heute Überlegungen und Erfahrungen. S. 207–212. – Wolfgang Eichhorn: Überlegungen zum Vico-Theorem. S. 213–219. – Klaus-Dieter Eichler: Utopie und Geschichte. Anmerkungen zu Walter Markov und Ernst Bloch. S. 221–235. – Volker Caysa: Wider das klassizistische Ende des Romans. Anmerkungen zu Walter Markov und Georg Lukács. S. 237–249. – Ausgewählte Veröffentlichungen über Walter Markov. S. 251–252. – Personenverzeichnis. S. 253–260. – Autorenverzeichnis. S. 261–262.

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig, des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V. hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 327 S.

[Enthält: Michael Wegner: Vorbemerkung. S. 9–11. – Manfred Weißbecker: Eröffnung der Tagung »Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems«. S. 13–15. – Michael Wegner: Die »Russische Idee« – Geschichte und Wirkung. S. 17–34. – Horst Schmidt: Auf der Suche nach Orientierung Russische Autoren am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. S. 35–47. – Erhard Hexelschneider: Europa und Rußland in zeitgenössischen Reiseberichten von Fonwisin bis A. Turgenjew. S. 49–63. – Elena Annenkowa: Rußland und der Westen in der Konzeption N. W. Gogols und der Slawophilen. S. 65–89. – Gregor Schwirtz: Gedanken zum »Westlertum« Iwan Turgenjews. S. 91–100. – Christa Kouschil: Das »Archiv für wissenschaftliche Kunde von Rußland« (1841–1867) als Quelle für das Rußlandbild deutscher Gelehrter. S. 101–120. – Sonja Striegnitz: »... um direkt an die lebenden Quellen des neuesten philosophischen Denkens in Europa zu gelangen«. Zu den philosophischen Studien von Viktor Michailowitsch Tschernow. S. 121–136. – Egbert Lemcke: Das Verhältnis von Freiheit und Macht Ein Grundproblem im Schaffen von B. N. Tschitscherin. S. 137–151. – Lutz-Dieter Behrendt: M. N. Pokrowski über das Verhältnis von Rußland und Europa. S. 153–160. – Erhard John: Rußland und Europa – Rußland in Europa. Alternative oder dialektische Einheit. S. 161–168. – Wolfram Wette: Rußlandbilder der Deutschen im 20. Jahrhundert. Kristallisationspunkte, Haupt- und Nebenlinien. S. 169–180. – Wolfgang Ruge: Europäische und russische Exportgüter: Ideen, Kriege, Revolutionen. S. 181–194. – Michael Hagemeister: Die »Protokolle der Weisen von Zion«. Einige Bemerkungen zur Herkunft und zur aktuellen Rezeption. S. 195–210. – Frank Haney: Russischer Kosmismus und europäische Wissenschaft. S. 211–224. – Claus Remer: Zum Ukrainebild in Deutschland vom 19. zum 20. Jahrhundert. S. 225–243. – Werner Fritsch: Zum Rußlandbild linksdemokratischer Intellektueller in der Weimarer Republik. S. 245–254. – Manfred Weißbecker: Großmacht und kriegsbesessenen Hitlers rassistisches Rußlandbild und die Folgen. S. 255–268. – Paul Heider: Der Bolschewismus – eine Hauptlinie im prosovjetschen Rußlandbild deutscher Kommunisten und Antifaschisten. S. 269–280. – Holger Politt: Der Schatten des östlichen Nachbarn. Versuch über polnische Schwierigkeiten. S. 281–294. – Horst Fliege: Der Menschlichkeit verpflichtet Wirkungen russischer Literatur im 20. Jahrhundert. S. 295–302. – Katja Lebedewa: Neoslawophile Tendenzen in der russischen Gegenwartskultur als Seismograph von Modernisierungskonflikten. S. 303–314. – Autorenverzeichnis. S. 315–316. – Personenverzeichnis. S. 317–325.]

SPD – PDS. Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Jahr 1994. Mit einem Anhang: Integraler Sozialismus. Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht von Michael Franzke. Hrsg. im Auftrag des Politikwissenschaftlichen Arbeitskreises des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V. Leipzig 1995. 134 S.

[Enthält: Vorbemerkung. S. 5–6. – Chronologie. S. 7–22. – Dokumentenverzeichnis. S. 25 bis 28. – Dokumente. S. 29–21. – Anhang: Michael Franzke: Integraler Sozialismus. Aktuelle Erörterungen aus historischer Sicht. S. 123–134.]